

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 18. Oktober 2018, 19:00 Uhr, Rathausaal

Vorsitz: Hansjörg Huser, Einwohnerratspräsident

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrates
bis 19:40 Uhr 43
ab 19:40 Uhr 44
Mitglieder des Gemeinderates 7
Sigrist Thomas, Präsident Schulpflege
Frey Martin, Leiter Finanzen
Wiedmer Barbara, Gemeindeschreiberin

Entschuldigt
abwesend: Michel Roland
Nicodet Simona
Bader Markus
Benz Andreas
Berz Silvia
Scherer Kleiner Leo

Traktanden:

- 1 Einwohnerrat; Protokoll der Sitzung vom 6. September 2018
- 2 Budget 2019 (2017-0608)
- 3 Aufgaben- und Finanzplanung 2019-2022 und verschiedene Finanzszenarien (2018-1556)
- 4 Kreditabrechnung von Fr. 174'353.50 (inkl. MwSt.) für die Durchführung der Leistungsorientierten Verwaltungsanalyse (LOVA 2) (2018-1376)
- 5 Kreditabrechnung von Fr. 43'800.00 (inkl. MwSt.) für "little Wettige" an der Badenfahrt 2017 (2017-1254)
- 6 Motion Meier Obertüfer Jürg, WettiGrünen, und Wolf Thomas, SVP, vom 19. Oktober 2017 betreffend Monitoring der finanziellen Auswirkungen infolge Erhöhung Stellenprozente bei den Sozialen Diensten; Überweisung (2017-1042)
- 7 Postulat Schmidmeister Lea, SP, vom 13. Dezember 2012 für eine Bestandesaufnahme der lokalen ausserschulischen Bildungsangebote; Überweisung (2012-1653)
- 8 Interpellation SP/WettiGrünen vom 16. März 2017 betreffend Zustand und Zukunft der Asylunterkünfte in Wettingen; Beantwortung (2017-0339)

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Ich begrüße Sie zur sechsten Sitzung des Einwohnerrats in der Legislatur 2018/2021. Ich heisse auch den Leiter Finanzen, Martin Frey, herzlich willkommen. Er wird uns heute während der Beratung des Budgets 2019 als Auskunftsperson zur Verfügung stehen. Ich begrüße die zahlreichen Gäste auf der Tribüne und bedanke mich für Ihr Interesse. Auch die Medienvertreterinnen und -vertreter heisse ich willkommen. Kpl Josef Holdener ist heute für unsere Sicherheit zuständig.

0 Mitteilungen

0.1 Neueingänge

a) **Motion Hiller Yvonne, GLP, vom 18. Oktober 2018 betreffend Anleitung zur Umsetzung des "bedarfsgerechten Angebots an familienergänzender Betreuung" (2018-1791)**

Antrag

Der Gemeinderat wird eingeladen, im Zuge der Umsetzung des neuen KiBeG¹ und damit bis spätestens Schuljahr 2019 folgende Rahmenbedingungen in der Tagesstruktur zu schaffen:

Einführung einer neuen Anleitung zur Umsetzung einer "bedarfsgerechten Kinderbetreuung" im Sinne von Gewährleistung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf:

"Jedes Kind erhält einen dem Kindesalter angepassten Betreuungsplatz unter den Voraussetzungen

Einhaltung der üblichen Anmeldeverfahren

- **an den beantragten Tagen**
- **an der Vereinbarkeit orientierte, beantragte Anzahl Betreuungsfenster, insbesondere keine Minimalvorgabe**
- **je nach Bedarf zur Rand- Mittags- und oder Nachmittagsbetreuung**
- **am nahest möglichen oder alternativ sinnvollen vorgeschlagenen Ort**
- **in pädagogisch und qualitativ passender altersadäquater Qualität."**

Begründung

Der Gemeinderat definiert "bedarfsgerecht" aktuell als "es gibt einen Platz innert 8 Monaten". Diese Definition bedarf einer Überarbeitung und Anpassung an die neue Gesetzeslage. Mit der neuen Anleitung wird die Chance erhöht in kürzerer Zeit einen passenden Platz zu erhalten, ohne unangemessene Garantien geben zu müssen.

Die Gemeinde ist gesetzlich nicht verpflichtet, Plätze zu gewährleisten. Die Gemeinde ist aber mit dem neuen KiBeG verpflichtet, den Zugang zu einem bedarfsgerechten Angebot an familienergänzender Betreuung sicherzustellen und damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen. Es gibt ein Gesetz und für dessen Auslegung bedarf es einer **schriftlichen Ausformulierung und Festlegung der Definition auf Ebene der Gemeinde.**

Neu sind zudem auch Kinder ab 4 Jahren Teil dieser Systeme. Dieser Entwicklung soll Rechnung getragen werden, da diese noch andere pädagogische Betreuung benötigen als bspw. 10-jährige Kinder. Kinder, die die Veloprüfung absolviert haben, sollen den Betreuungsplatz nach Möglichkeit am bevorzugten Betreuungsort erhalten. Kinder unter 8 Jahren erhalten den Betreuungsplatz garantiert am bevorzugten, von Schule und Eltern allenfalls gemeinsam im Gespräch definierten, Betreuungsort. Ältere Kinder sind dafür um zu platzieren. Der Mittwochmorgen soll auch angeboten werden, da im ersten Kindergarten der Mittwoch frei ist.

Die Kostenträger sind im Gesetz definiert. Die Gemeinde kann nur profitieren:

Weniger Lohn, weniger Steuereinnahmen für die Gemeinden: <https://www.tagesanzeiger.ch/sonntagszeitung/dny/teilzeitmitarbeiter-werden-bei-befoerderung-uebergangen/story/13580631>

Mütter arbeiten mehrheitlich in tiefen Pensen oder gar nicht, weil sie auf den Mann als Versorger vertrauen. Das rächt sich im Alter und **kostet dann das Sozialamt**. <https://www.tagesanzeiger.ch/sonntagszeitung/Die-wahre-Problemzone-der-Frau-ist-das-Geld/story/23969602>

Luxuselternzeit von 38 Wochen wäre finanziert, wenn die Frauen der CH im Schnitt 2% mehr erwerbstätig wären. <https://www.tagesanzeiger.ch/14817691>

Einige Jahre Hausfrau, Scheidung und plötzlich heisst es "nicht vermittelbar" – die Folgen eines jahrelangen Berufsaustiegs. <https://www.tagesanzeiger.ch/sonntagszeitung/mythos-wiedereinstieg/story/26109966>

"Früher ging es auch so" - die Welt ändert sich. Vor 100 Jahren hat die Grossfamilie auf die Kinder aufgepasst, welche "einfach auch da" waren. Erst vor gut 50 Jahren hat die Gesellschaft begonnen, die Frauen hinter den Herd, zu den Kindern und weg von der Arbeit zu stellen.

Heute zählen wir Scheidungsraten um die 50% und die Langzeitfolgen der zu wenig angepassten Rahmenbedingungen treten langsam in Erscheinung. Das Bundesgericht hat entschieden: <https://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/ein-erster-schritt/story/20368897>. Es ist im Interesse aller und geht vor allem um die Vermeidung von langfristigen Folgekosten, dass die Gemeinde die Gegebenheiten anpasst.

¹ <https://gesetzessammlungen.ag.ch/frontend/versions/2277> / https://www.ag.ch/de/dgs/gesellschaft/familie/berufundfamilie/leitfaden/leitfaden_1.jsp

b) Motion Hiller Yvonne, GLP, betreffend Angebot und Anmeldeprozedere der Kinderbetreuung (2018-1792)

Antrag

Der Gemeinderat wird eingeladen, im Zuge der Umsetzung des neuen KiBeG¹ und damit bis spätestens Schuljahr 2019 folgende Rahmenbedingungen in der Tagesstruktur zu schaffen:

- **Vorverschiebung des Anmeldetermins** um 2-4 Wochen
- **oder / und Einführung eines zweistufigen Verfahrens.**

Begründung

Dass **Anmeldungen zu den Betreuungsangeboten erst Mitte Juni** für Mitte August entgegengenommen werden, ist eine Zumutung für Eltern, die arbeitsvertraglichen / anderweitig geregelten Verpflichtungen nachgehen. Die Eltern wissen bereits lange vorher, an welchen Tagen sie nicht für die Kinder da sind, und deren Verträge sind einzuhalten.

Rasterpläne (schulseitig) und Arbeitspläne (elternseitig) stehen bereits viel früher im Frühling. In einem zweistufigen Verfahren kann der Mittagstischbedarf im Frühling erstmals angegeben werden und alle weiteren Details im zweiten Schritt anfangs resp. Mitte Juni. Die Erstellung des Stundenplanes ist schwierig und braucht Zeit, aber Rasterpläne stehen lange vorher. Anhand dieser ist es klar, wann der Bedarf nach einem Mittagstischplatz da ist. Damit wäre der kritischste Faktor bereits vorher erfasst. Wenn ergänzende Betreuungen im Anschluss einem Wechsel der Betreuungsstätten gleichkommen, können Einzelfälle nochmals durchleuchtet werden und allenfalls auch die Angebote ausgeweitet werden an gewissen Standorten. Wenn solche für die Kinder verhinderbare Stressfaktoren zu diesem Zeitpunkt verhindert werden können und dafür etwas mehr Kosten generieren, entlastet es einige Jahre später nachweislich indirekt viele weitere Kostenpunkte (Sonderbetreuung, Einsätze Jugendpolizei,...).

Das **Anmeldeverfahren "First Come first served" ist 2018 immer noch Usus** und es gibt auch dieses Jahr mehrere **Kindergartenkinder, die anfangs Juli noch nicht wussten, ob sie einen Platz haben werden. Das aktuelle Anmeldeprozedere steht für die Motionäre nicht für ein bedarfsgerechtes und die Vereinbarkeit erleichterndes Angebot.** Ein bedarfsgerechtes Angebot an familienergänzender Betreuung zur Erleichterung von Familie und Arbeit oder Ausbildung, bedeutet für die Motionäre, dass der Nachfrage entsprechend genügend Angebote vorhanden sind und die Eltern Gewissheit haben, ihre Kinder während der eigenen Arbeits- oder Schulzeit in guten Händen zu wissen und sich keine Sorgen machen zu müssen bzgl. Betreuungsqualität und Wegsicherheit.

Finanzielle Einsparungen dank fundierter Kinderbetreuung:

- **Steuereinnahmen** durch arbeitstätige Eltern, die ohne Kinderbetreuung nicht arbeiten könnten
- **Geringere Sozialgelder an Familien**, die nicht arbeiten gehen können, weil sie die Kinder selbst betreuen
- **Geringere Sozialgelder an (geschiedene) Frauen**, die aufgrund eigener Kinderbetreuung ihr Alterskapital nicht genügend aufbauen konnten (was sehr schnell der Fall ist, mehr dazu [hier](#)), und das eine Rente lang.
- **Geringere Mittel- bis langfristige Unterstützungen** an Familien und **verminderte Steuereinnahmen** wegen Erwerbsausfällen von **Elternteilen**, die nicht mehr oder **nur minimal ins Berufsleben zurückkehren können**, wenn die Kinder grösser sind, weil sie den Anschluss verpasst haben ([hier](#)).
- **Weniger Spezialbetreuung von Kindern im Laufe der Schulzeit**, weil sie die Integration durch Randbetreuung verpasst haben.
- **Geringere Ausgaben der Polizei durch Auffälligkeiten im Jugendalter und später**, weil die Kinder die Integration durch Randbetreuung verpasst haben. Wettingen hat deshalb schon lange die löbliche Präsenz eines Jugendpolizisten eingeführt, Alan Pistone sei hier erwähnt, da sonst einzelne auffällige Jugendliche die Gemeinde schnell mal mit mehreren 100'000 CHF pro Fall belasten.

- Die **Bass-Studie von 2012 belegt, dass jeder CHF, der benötigt wird, um das Angebot auszubauen, um ein Mehrfaches in anderen – u.a. oben genannten Punkten – eingespart werden kann.** (Bass-Studie von 2012, erfragt durch Padi Neuschwander 2012 und Lea Schmidmeister 2018, versendet an alle Einwohnerräte Wettingens durch Tanja Meier am Do 28.06.2018)
- ⇒ **Prävention statt Reaktion ist kostengünstiger und positioniert Wettingen als qualitativ fundierte, familienfreundliche Gemeinde.** Es kostet, ja, aber die Folge- und Alternativkosten einer schlechten Betreuung sind für die Gemeinde mindestens gleich hoch.

¹ <https://gesetzsammlungen.ag.ch/frontend/versions/2277/> / https://www.ag.ch/de/dgs/gesellschaft/familie/berufundfamilie/leitfaden/leitfaden_1.jsp

c) Interpellation Fraktion FDP vom 18. Oktober 2018 betreffend Stand der Arbeiten zum 975-jährigen Jubiläum von Wettingen (2018-1788)

An der Einwohnerratssitzung vom 16. März 2017 äusserte sich der Gemeindeamman bezüglich der geplanten Festivitäten zum 975-jährigen Jubiläum von Wettingen dahingehend, dass er "berichten und Antrag" stellen werde. Bis zum Jubiläum im Jahr 2020 dauert es zwar noch einige Zeit. Erfahrungen der Fraktionsmitglieder mit ähnlichen Festivitäten haben aber gezeigt, dass mit einer Planungszeit von über einem Jahr zu rechnen ist. Insofern fragt sich die Fraktion, ob bereits Arbeiten im Gange sind. Eine Wiederholung des unschönen Prozesses rund um "little Wettige" ist unter allen Umständen zu verhindern. Es kann nicht sein, dass der Einwohnerrat erst ganz am Schluss beigezogen wird und dann im Sinne von entweder wird dem Antrag zugestimmt oder es gibt kein Fest, kaum mehr Handlungsspielraum hat. Vielmehr wäre es wünschenswert, dass zeitnah ein Kreditbegehren gestellt wird. In dem Sinne werden folgende Fragen gestellt:

- Ist im Budget 2019 bereits ein Posten für die Planung der Festivitäten vorgesehen und wenn ja, welche Summe?
- Per wann kann der Einwohnerrat mit einem Bericht und Antrag bezüglich der Festivitäten zum 975-jährigen Jubiläum von Wettingen rechnen?

d) Interpellation Fraktion SP/WettiGrünen vom 18. Oktober 2018 betreffend Zustand der Asylunterkünfte in Wettingen (2018-1789)

SP/WettiGrünen bittet den Gemeinderat, Auskunft zu folgenden Fragen zu geben:

- Wie ist der gebäudetechnische Zustand der Asylunterkünfte in Wettingen (Heizung, Lüftung, Klima, Kälte, Sanitäre Anlagen sowie Sicherheits- und Brandschutztechnisch)?
- Gibt es Bestrebungen die gebäudetechnischen Anlagen zu erneuern?
- Welche Strategie verfolgt Wettingen in der Suche nach langfristigen Lösungen?

e) Interpellation Läng Hanna, EVP, vom 18. Oktober 2018 betreffend Altersleitbild Wettingen - wie weiter? (2018-1790)

Das Altersleitbild Wettingen wurde von einer fachlich breit abgestützten Projektgruppe im Auftrag des Gemeinderates erarbeitet. Es enthält eine Bedürfnisabklärung, Leitlinien, Strategieziele, die in sechs Handlungsfeldern beschrieben werden. Am 14. Oktober 2013 wurde die Broschüre "Altersleitbild Wettingen" an die Bevölkerung verteilt.

Aus dem Vorwort (S5): Die Alterspolitik geht davon aus, dass heute und noch verstärkt in Zukunft die Seniorinnen und Senioren am sozialen und an der gesellschaftlichen Entwicklung aktiv teilnehmen und mitreden wollen. Dies erfordert im Alltag vermehrtes Nebeneinander von Jung und Alt und bietet, wenn alle Generationen ihren Teil dazu beitragen, die Chance, das soziale Leben gemeinsam zu gestalten, voneinander zu profitieren und zu lernen. Parallel müssen die Behörden Voraussetzungen schaffen, um mit diesen Anforderungen dieser demografischen Entwicklung Schritt zu halten. Eine spannende, wenn auch herausfordernde Aufgabe für alle.

Die Gemeinde Wettingen stellt sich aktiv dieser Herausforderung. Sie definierte auf strategischer Ebene mit dem vorliegenden Altersleitbild, unter Einbezug der betroffenen Bevölkerungsgruppe, die Rahmenbedingungen und die grundlegenden Werte, anhand derer sich die Gestaltung der Alterspolitik in den nächsten Jahren entwickeln wird mit dem Ziel, dass sich Einwohnerinnen und Einwohner auch im Alter in Wettingen wohl fühlen.

Aus Leitlinien: (S16) ... Die Koordination der Leistungen in der Altersarbeit, die Beobachtung von Veränderungen und die Erarbeitung notwendiger Massnahmen sind Aufgaben des Gemeinderates. In seinen Entscheidungen stützt sich der Gemeinderat auf die Fachstelle für Altersfragen und Freiwilligenarbeit (als Koordinationsstelle des Netzwerkes Altersarbeit Wettingen) wie auf die Meinung einer Vertretung der älteren Bevölkerung. "Alter" wird so zu einem festen Bestandteil der Legislaturziele.

Aus dieser spannenden und herausfordernden Aufgabe ist eine LOWA-Massnahme geworden. Die Fachstelle ist seit Monaten nicht mehr besetzt. Fragen/Dienstleitungen aller Art sind an Pro Senectute ausgegliedert. Das Seniorenforum wurde aufgelöst. Die Nachbarschaftshilfe/Freiwilligenarbeit gibt es noch, ist aber nicht in die Entwicklungsarbeit integriert, wie es das Leitbild beschreibt.

Frage 1: Das Altersleitbild, so wie es vorliegt, ist nach wie vor verbindlich. Mit welcher Begründung macht sich der Gemeinderat Gedanken über eine neue Stossrichtung?

Frage 2: Wie und wann informierte/informiert der Gemeinderat den Einwohnerrat, die Bevölkerung, insbesondere die ältere Bevölkerung über die Erreichung/Nichterreichung der Strategieziele aller 6 Handlungsebenen und den Grund einer neuen Stossrichtung?

Frage 3: Welche inhaltliche Begründung gibt es, dass die Fachstelle für Altersarbeit im Sinne des Altersleitbildes nicht mehr besetzt wurde?

Frage 4: Ist sich der Gemeinderat bewusst, dass er mit einem Outsourcing der Fachstelle an Pro Senectute seinem Auftrag in Wettingen Alterspolitik zu betreiben nur noch teilweise gerecht wird?

Frage 5: Mit welcher Begründung wurde das Seniorenforum aufgelöst? Ist das Reglement des Wettinger Seniorenforums nicht mehr gültig? Wenn nein:

Frage 6: Wie gedenkt der Gemeinderat zukünftig, im Sinne des Altersleitbildes, mit der älteren Bevölkerung auf Augenhöhe in den Dialog zu kommen und das Potenzial, das sie mitbringt auszuschöpfen?

Frage 7: Wie integriert der Gemeinderat die Nachbarschaftshilfe/Freiwilligenarbeit in seine Planungen? Wie zeigt er den Freiwilligen seine Unterstützung und Wertschätzung? Wer ist ihre Kontaktperson?

0.2 Rechtskraft

Die Beschlüsse der Sitzung vom 6. September 2018, welche dem fakultativen Referendum unterstellt waren, sind inzwischen in Rechtskraft erwachsen.

0.3 Tischaufgabe

- korrigierte Anträge der Finanzkommission
- Einladung zum Eidgenössischen Kulturanlass im Kloster Wettingen

Reinert Marie Louise: Wettingen ist beim Europäischen Kulturerbejahr 2018 dabei. Warum? Der Schweizerische Lateintag findet dieses Jahr im Kloster Wettingen mit internationalem Horizont statt. Fachleute der lateinischen Sprache zeigen, welche Schätze in dieser Sprache zu finden sind. Jede interessierte Person kann sich an diesem Tag im Kloster Wettingen einfinden. Interessant sind die lateinischen Zitate, Zahlen und Inschriften, die im Kloster zu finden sind. In Bezug auf das Wort 'Legislatur' anlässlich der letzten Einwohnerratssitzung lade ich Sie alle am 27. Oktober 2018 für einige Stunden ins Kloster zu diesem musikalischen, akustischen, kulinarischen und intellektuellen Anlass ein. Auch eine geballte Ladung Krimi wartet auf Sie und ich wünsche Ihnen viel Vergnügen.

0.4 Rücktritte

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Ich habe den Rücktritt von Kristin Lamprecht, SP, bekannt zu geben und lese Ihnen ihr Rücktrittsschreiben vor.

"Sehr geehrter Herr Präsident, geehrte Gemeinderätin und Gemeinderäte, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Als ich vor fünf Jahren in den Wettinger Einwohnerrat gewählt wurde, war ich vollkommen überrascht. Als frisch eingebürgerte Neuwettingerin hatte ich mir keine Chancen ausgerechnet. Gefreut hat es mich und ich habe voller Freude die Arbeit aufgenommen. Ich habe in den letzten fünf Jahren viele spannende Begegnungen, viele interessante Diskussionen und etliche sehr treffende und bereichernde Beiträge im Rat gehört. Dass auch ich in der Regel zur unterlegenen Seite des Rats gehört habe, war das eine oder andere Mal frustrierend, aber die echten Auseinandersetzungen um die Sache, nicht ums Prinzip, machen Politik attraktiv. Ich wäre gerne geblieben, zumal ich durch die Wahl in die Finanzkommission nochmals einen sehr viel tieferen Eindruck gewonnen habe. Dennoch trete ich auf Ende Oktober von meinem Amt als Einwohnerrätin zurück. Schuld ist meine Karriere, die leider wohnortgebunden ist. Im September wurde ich in Obersiggenthal als neue Gemeindepfarrerin gewählt, was einen Wohnortwechsel mit sich bringt. Ich bedanke mich für die Kollegialität der letzten fünf Jahre und wünsche Wettingen und seinem Einwohnerrat - als Pfarrerin darf ich das sagen - Gottes Segen."

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Kristin Lamprecht hat während ihrem Amt drei Vorstösse (eine Interpellation, eine Motion und ein Postulat) eingereicht. Herzlichen Dank für deine Arbeit im Rat.

Schmidmeister Lea und Burger Alain:

Liebe Christa, Kirstin, Kristin. Knapp wurde es damals mit deiner Einbürgerung und der beinahe zeitgleichen Wahl in den Einwohnerrat. Beinahe hätten wir vier Jahre auf dich warten müssen. Wir haben dich damals kaum gekannt, doch mit deinem Eintritt in den Rat hast du uns mit deiner Präsenz und deinem zielsicheren Humor - auch wenn ihn nicht immer alle verstanden haben - beeindruckt. Für dich gibt es keine halben Sachen. Du bist immer mit deinem Trottinett an die Fraktionssitzung gefahren. Du hast dich für die Schulpflege aufstellen lassen und hast die Wahl in die Finanzkommission gewonnen. Wir haben dich beinahe schon als dritte Gemeinderätin gehandelt, Eierstöcke und der rote Lippenstift waren vorhanden. In der Fraktion haben wir dich als Person kennengelernt, die Wichtiges von Unwichtigem unterscheiden und gut zuhören kann und im richtigen Moment nachfragt. Deshalb war klar, wen wir vor einem Jahr für die Finanzkommission aufgestellt haben. Hut ab vor deinem Engagement und das mit fünf Kindern, deinem Mann Lutz, Kleintieren und Schafen. Dich hat Wettingen gepackt und jetzt bekommt die Gemeinde Obersiggenthal ein Geschenk. Kristin, du wirst unserer Fraktion und sicher auch dem Einwohnerrat fehlen. Wir wünschen dir weiterhin dieselbe Energie für all deine Tätigkeiten und alles Gute für die Zukunft.

1 Einwohnerrat; Protokoll der Sitzung vom 6. September 2018

Das Protokoll der Sitzung vom 6. September 2018 wird genehmigt und der Protokollführerin Barbara Wiedmer und ihrem Team verdankt.

2 Budget 2019 (2017-0608)

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Wie jedes Jahr wurden wir mit ausführlichen Dokumenten, Daten und Kennzahlen bedient. Wir haben den Finanzplan 2019-2022 erhalten. Wir werden zuerst eine Eintrittsdebatte führen, in der die Finanzkommission, die Fraktionen sowie der Gemeindeammann zu Wort kommen werden. Anschliessend folgt die Detailberatung.

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Gerne informiere ich Sie über die Prüfung des Budgets 2019 durch die Finanzkommission. Der Ablauf gliedert sich wie folgt:

1. Informationen der Finanzkommission zum Prüfungsablauf und generelle Feststellungen der Finanzkommission.
2. Anschliessend werden die Fraktionen eintreten.
3. Sodann wird der Gemeinderat eine erste Replik abgeben.
4. Anschliessend werden die Anträge der Finanzkommission und allenfalls Anträge aus dem Plenum direkt bei den jeweiligen Konti behandelt.
5. Zum Schluss wird die Schlussabstimmung über das Budget und den Steuerfuss erfolgen.

Informationen zum Prüfungsablauf

- Das Budget 2019 wurde durch die Mitglieder der Finanzkommission ressortweise geprüft.
- Die Prüfzeit für das Budget 2019 wurde durch den Gemeinderat leider sehr kurz bemessen. So hatte die Finanzkommission nur rund zehn Tage Zeit, die Unterlagen zu studieren und mit den Ressortvorstehenden sowie den Abteilungsleitenden zu behandeln. Das ist dem Prozess der Planung des Rechnungsablaufs zuzuschreiben. Wir haben dieses Thema mit dem Gemeinderat diskutiert. Es war sehr anspruchsvoll, anschliessend die Gespräche in einer gewissen Tiefe zu führen, damit die Fragen auch verstanden und beantwortet werden konnten. Vielen Dank an die Verwaltung für die umgehenden Beantwortungen. Die Finanzkommission wünscht sich für das nächste Mal einen grösseren Prüfungszeitraum. Wir danken dem Gemeinderat bereits heute, dass er unser Anliegen in die Jahresplanung 2019 aufgenommen hat. Das heisst, dass für die Prüfung des Budgets 2020 mehr Zeit zur Verfügung stehen wird und es so tiefer betrachtet werden kann. Zudem wird die Rechnung 2018 einen Monat früher behandelt werden können.
- Sämtliche Ansprechpersonen haben sehr bereitwillig und kompetent Auskunft erteilt. Die Finanzkommission hat den Eindruck erhalten, dass sich alle Beteiligten ihrer Verantwortung bewusst sind und nach bestem Wissen und Gewissen im Dienst der Gemeinde Wettingen handeln. Herzlichen Dank an alle Beteiligten!
- Am 10. und 11. September 2018 hat die Finanzkommission die einzelnen Prüfberichte besprochen. Wir haben daraus die offenen Fragen festgehalten und den Gemeinderat zur schriftlichen Stellungnahme eingeladen. Diese waren auch die wesentlichen Diskussionspunkte an der gemeinsamen Sitzung mit dem Gemeinderat.
- Am 24. September 2018 hat die gemeinsame Sitzung der Finanzkommission mit dem Gesamtgemeinderat stattgefunden. Es konnten dabei alle Fragen behandelt werden.
- In einer sehr konstruktiven Atmosphäre sind dabei Meinungen und Haltungen ausgetauscht worden, Kompromisslösungen wurden verhandelt und die Finanzkommission hat die jetzt vorliegenden Budgetanträge formuliert. Wir hoffen, dass wir eine austarierte Antragsdisposition aufgestellt haben.
- Die Finanzkommission schätzt diesen Austausch mit dem Gemeinderat sehr und dankt ihm für die offene, konstruktive und lösungsorientierte Diskussion.

Generelle Feststellungen zum Budget 2019

Der Gemeinderat hat der Finanzkommission transparent und nachvollziehbar aufgezeigt, wie er im Budgetprozess 2019 vorgegangen ist. Er hat sich dabei auch auf erste Prognoseerkenntnisse aus dem laufenden Budgetjahr 2018 mit den interessantesten Entwicklungen abgestützt.

Die generelle Entwicklung der laufenden Rechnung 2005 bis 2019 zeigt sich wie folgt:

- Seit 2005 stiegen Aufwand und Ertrag von dazumal rund 85 Mio. Franken stetig auf heute rund 105 Mio. Franken an. Seit der Rechnung 2014 stagniert der Aufwand und Ertrag mehr oder weniger. In den Jahren 2017 und 2018 konnten die Ergebnisse jedoch nur dank Sondereffekten erreicht werden (Landverkauf, Entnahme Aufwertungsreserve). Das war keine einfache Situation.
- Die Steigerungen von Aufwand und Ertrag 2019 gegenüber dem Budget 2018 basieren vor allem auf den Zunahmen in den Ressorts 2 Bildung (Nettoaufwand steigt um 1,4 Mio. Franken), 4 Gesundheit (+ 0,5 Mio. Franken) sowie 5 Soziale Sicherheit (+ 0,8 Mio. Franken). Diese Tendenz ist im Bereich der Gesundheit und Sozialen Sicherheit seit mehreren Jahren zu beobachten. Wenn nicht mehr eingenommen wird, ist es eine reine Umverteilung von den einzelnen Ressorts in die anderen.

- Sie werden vor allem in den Ressorts 3 Kultur, Sport und Freizeit (- 0.5 Mio. Franken) durch Umverteilungen kompensiert. Das ist die grosse Herausforderung in allen Budgets als Folge der demographischen Entwicklung. Wir werden alle älter (Gesundheit), Babyboomer lassen grüssen. Auch ich bin einer von ihnen. Auch das Thema Asylwesen (Soziale Sicherheit) ist in dieser grossen Herausforderung enthalten. Wenn keine Refinanzierung durch andere Einnahmen getätigt werden kann, führt das zur Schrumpfung von anderen Ressorts (Umverteilung).
- Die Finanzkommission verweist in diesem Bereich insbesondere auf die Seiten 4 und 5 der Erläuterungen. Ich bitte Sie, diese zu lesen. Ich erlaube mir dazu einige der wichtigsten Committments des Gemeinderats zu zitieren und zu interpretieren. Die Finanzkommission nimmt den Gemeinderat ernst mit seinen Aussagen: „Die Budgetgrundlagen 2019 basieren auf dem Budget 2018 und es hätten keine nennenswerten Veränderungen stattgefunden.“ Darauf werde ich zurückkommen, da es doch zwei oder drei kleine Veränderungen gegeben hat. Die Prognose für die Rechnung 2018 (Stand Juli 2018) deuten auf einen ausgeglichenen Abschluss 2018 hin. Das hat die Finanzkommission in der Prüfung begutachtet und stimmt uns zuversichtlich, dass das Budget 2018 ein gutes Fundament hatte.
- Das Konzept "Top-Down-Referenzwert kombiniert mit Bottom-Up-Ansatz", scheint sich zu bewähren. Es kam beim Budget 2018 zum ersten Mal zur Anwendung. Wir werden dies allerdings erst im Frühjahr 2019 bei der Rechnungsprüfung 2018 tatsächlich wissen.
- Die Entnahme aus der Aufwertungsreserve ist heute klar geregelt. Die Konzeptlosigkeit wurde von der Finanzkommission in den letzten Jahren mehrfach bemängelt. Die Entnahme aus der Aufwertungsreserve infolge Mehrabschreibungen von 1,39 Mio. Franken wird, gemäss dem beschlossenen Prozedere im Rahmen des Budgets 2018, linear über fünf Jahre abgeschrieben. Dies bedeutet, dass im Budgetjahr 2019 eine Entnahme von 1,114 Mio. Franken berücksichtigt wird (dies entspricht einer Reduktion von 20 %).
- Der Steuerfuss soll mit 95 % beibehalten werden. Das ist ein klares Committment des Gemeinderats. Er vertraut seinem Budget- und Führungskonzept.
- Die Besoldung für das hauptamtliche Personal wurde mit einer Besoldungsanpassung von 1,0 % eingesetzt. Strukturelle Anpassungen werden durch Mutationsgewinn refinanziert. Diese Anpassung korreliert mit der Einschätzung des Regierungsrats für die kantonale Verwaltung. Der Regierungsrat beantragt auch 1 % und die vorberatende Kommission unterstützt diesen Antrag. Insofern kann das eine Prozent nachvollzogen werden. Der Finanzkommission wurde interessanterweise Einblick in das Monitoring der Lohnsumme gegeben. Per September 2018 beträgt die Abweichung 0.2 %, was rund Fr. 30'000.00 auf rund 20 Mio. Franken Lohnsumme ausmacht. Das würde weiterhin eine absolute Punktlandung bedeuten, denn diese Differenz bedeutet eine Zahl nach der Kommastelle.
- Sämtliche finanziellen Auswirkungen aus der Umsetzung der LOVA-Massnahmen sind angemessen zu berücksichtigen. Diese sind auf der Seite 5 explizit für die Jahre 2017, 2018 und 2019 ausgewiesen. Für das Budget 2019 geht der Gemeinderat von einer Entlastung in der Höhe von rund Fr. 615'000.00 aus. Im Traktandum 4 komme ich auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis zurück.
- Ein sehr starkes Committment ist der letzte Teil: Das operative Ergebnis 2019 ist ausgeglichen zu gestalten. Dieses Leistungs-Committment scheint der Finanzkommission eines der wichtigsten Versprechen des Gemeinderats an den Einwohnerrat und die Bevölkerung von Wettingen zu sein. Ich nehme hier vorweg, dass die Finanzkommission dennoch zwei Sondereffekte feststellen musste:

1. Dass neu Fr. 100'000.00 Mehrertrag aus der Dividendenausschüttung aus der Elektrizitäts- und Wasserwerk Wettingen AG (EWW AG) ins Budget eingerechnet wurde. Dieser soll allerdings auch inskünftig als jährlich wiederkehrender Mehrertrag einfließen, was uns vom Verwaltungsrat der EWW AG versichert wurde.
2. Dass ein einmaliger Minderaufwand von Fr. 450'000.00 (entspricht einem Steuerprozent) beim Tägi eingerechnet wurde. Dies weil das Tägi während der Sanierungsphase tatsächlich weniger Aufwand zu verzeichnen hat. Dieser Effekt ist aber tatsächlich nur einmalig im Budgetjahr 2019.

Zugegeben, es sind Sondereffekte vorhanden oder anders gesagt: Das operative Ergebnis müsste eigentlich für die innere Hygiene als NICHT ausgeglichen bezeichnet werden oder es ist nur dank diesen beiden Sondereffekten ausgeglichen.

Auf dieses Thema werden wir sicher nochmals im Traktandum 3, Finanzplan, zurückkommen, wenn wir voraussehen, welche Zahlen dort vorhanden sind. Geht es im Jahr 2020 und 2021 nicht genau gleich weiter? Vorsicht ist geboten!

Dennoch anerkennt die Finanzkommission die umfangreichen Anstrengungen des Gemeinderats und der Verwaltung, ein ausgeglichenes Budget zu erreichen.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle einen ungeschminkten Einblick in den Budgetprozess zu geben, wie ihn der Gemeinderat der Finanzkommission gewährt hat. Anhand folgender Stichworte können die Resultate der verschiedenen Budgetrunden aufgezeigt werden:

- Budget-Vorgabeziel Top-Down: Ertragsüberschuss von rund Fr. 400'000.00.
- 1. Runde Bottom-Up Juli 2018: Aufwandüberschuss von rund 4 Mio. Franken. Das hätte mich als Gemeinderat schockiert. Fehleingaben waren noch enthalten und es hiess „ran an den Speck“ und weiterarbeiten.
- 2. Runde Bottom-Up August 2018: Aufwandüberschuss von rund 2.7 Mio. Franken. Erneute Fehlerbereinigungen und gezielte Reduktionen und Kürzungen,.
- 3. Runde Bottom-Up September 2018: Ausgleich erreicht. Wie wurde dieser erreicht? Das interessierte die Finanzkommission ganz stark, denn das geht Richtung Bilanzkosmetik und 'mit sich nicht ehrlich sein'. Wir haben im vergangenen Mai im Rechnungsabschluss 2017 moniert, dass alle Kürzungen mit den Abteilungsleitenden besprochen sowie keine Linearkürzungen und keine generellen Pauschalkürzungen gemacht werden. Dazu hat sich der Gemeinderat verpflichtet und er hat bestätigt, dass dieser Prozess nicht wie im Jahr 2016 gelaufen ist. Das, wie auch der Einblick in die Zahlen der Streichlisten, hat uns Vertrauen vermittelt. Vielen Dank für die Offenheit und Transparenz.
- Auch der Finanzkommission ist es nicht gelungen, einen Betrag in einer Grössenordnung eines Steuerprozents darzustellen, um das operative Ergebnis ausgeglichen ausweisen zu können. Die Grundgedanken für die Streichungsanträge der Finanzkommission sind äusserste Zurückhaltung des Einwohnerrats beim Aufbau von neuen und zusätzlichen Stellen. Das bedeuten jedes Jahr wiederkehrende und nicht einmalige Kosten. Im Gegensatz kann in Bauvorhaben immer mit 25 Jahren Abschreibungen gerechnet und die Kosten können somit durch die Zahl 25 geteilt werden. Die finanzielle Situation erlaubt uns nach wie vor nur das absolut Nötigste. Deshalb haben wir unsere Anträge zum Sekretariat Ressort Gesellschaft, zur Schulsozialarbeit und auch zum Integrationswesen eingereicht.
- Äusserste Zurückhaltung ist bei Budgetposten geboten, welche inhaltlich noch nicht reif sind und unerwartete Spätfolgen mit sich bringen. Ich nehme das Beispiel der Neuschaffung einer Stelle infolge Umsetzung des UNICEF-Labels. Ich bin mir nicht sicher, ob der Einwohnerrat das Thema UNICEF-Label so behandelt hätte, hätte er gewusst, dass dazu Stellenprozente geschaffen werden müssen.

Zum Schluss der generellen Feststellungen bleibt festzuhalten, dass das Budget 2019 von der Finanzkommission grossmehrheitlich zu Annahme empfohlen wird. Eine Minderheit der Finanzkommission lehnt das Budget 2019 jedoch ab, da aus ihrer Sicht im vorliegenden Budget 2019 keine echte Verzichtsplanung und kein echter Sparwille des Gemeinderats ersichtlich ist. Die Finanzkommission hat schon öfters moniert, dass Sparen auch Leistungsverzicht ist und diese Planung und Festlegung vom Gemeinderat im Rahmen der Führung der Gemeinde Wettingen erwartet wird.

Dies widerspiegelt sich im Resultat der Schlussabstimmung mit 6 Ja- zu 1 Nein-Stimmen, bei 0 Enthaltungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Einwohnerräte. Die finanzielle Lage in der Gemeinde Wettingen bleibt weiterhin sehr angespannt. Der Finanzplan zeigt keine Lösungen und grosse Herausforderungen stehen vor der Tür. Bereits im Jahr 2019 müssen wir auf zusätzliche Anträge verzichten und möglichst wenig neue Leistungen beanspruchen. Wir müssen uns vor allem auf die gesetzlichen Vorgaben und weniger auf die freiwilligen Leistungen konzentrieren.

Wir Einwohnerräte sind gefordert, politische Schwerpunkte zu setzen und uns klar zu äussern, was uns wie viel wert ist und worauf wir künftig verzichten wollen. Ich denke an den Vorstoss "Mission EINE Generation!" oder an die Zukunft unseres Budgets und unsere Nachfahren. Die Gemeinde Wettingen wird sich mit der absehbaren Verschuldungshöhe in den kommenden Jahren im Kanton Aargau unangefochten an die Spitze aller Gemeinden stellen und zur höchst verschuldeten Gemeinde werden. Der Finanzplan hat es schonungslos aufgezeigt. Erst ab 2025 kann von einem Schuldenabbau gesprochen werden, der unsere Nachfahren bis über das Jahr 2040 beschäftigen wird. Diese finanzielle Voraussicht lässt mich Sie auffordern, jetzt nach wie vor vorsichtig und unbedingt zurückhaltend zu sein!

Bevor wir zu den einzelnen Anträgen der Finanzkommission kommen, liegt der gesamten Finanzkommission sehr viel daran, allen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung unseren persönlichen Dank auszusprechen. Für einige Neumitglieder der Finanzkommission und auch für mich als neuen Präsidenten der Finanzkommission, war dies die erste Budgetprüfung und für einige von uns auch wegen vollzogener Ressortwechsel Neuland. Es ist der Finanzkommission ein grosses Anliegen unserem Finanzverwalter, Martin Frey und seinem Stellvertreter Georg Kummer sowie allen Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung ein grosses Dankeschön für ihre offene und sehr konstruktive Unterstützung auszusprechen. Ich danke aber auch allen Finanzkommissionsmitgliedern für ihren ausserordentlichen Einsatz. Insbesondere den neuen Mitgliedern.

Die Finanzkommission ist für das Eintreten auf das Budget 2019.

Wassmer Christian: Die Fraktion CVP tritt auf die Budgetdebatte ein. Wir sind überzeugt von den Budgetprozessen der letzten beiden Jahre mit dem Resultat eines ausgeglichenen operativen Budgets, was auch mehrmals im Vorfeld gefordert wurde. Die Absicht, den Rechnungsabschlussprozess zu kürzen und den Budgetprozess früher anzusetzen, begrüessen wir sehr. Das verringert die Überschneidung mit der Ferienzeit und lässt der Finanzkommission für eine seriöse Prüfung und Klärung der offenen Fragen mehr Zeit. Wir beschäftigen uns mit der Zukunft und nicht mit der Vergangenheit. Der Vergleich des vorliegenden Budgets mit dem Budget 2018 und der Rechnung 2017 ist in den Unterlagen zum Teil fragwürdig. Der Einfluss der Verselbstständigung des Tägis und das Outsourcing der Malerei und des Abfuhrwesens des Werkhofs sind keine reellen Aufwandminderungen, auch wenn der Personalaufwand natürlich zurückgeht. So wird

aus einem vermeintlichen Personalstellenabbau von 140 Stellenprozenten ein effektiver Nettoausbau von 120 Stellenprozenten, übrigens für zusätzliche, freiwillige Leistungen. Die Fraktion CVP stellt keine Änderungsanträge. Zu den Anträgen der Finanzkommission werde ich im Rahmen der Detailberatung Stellung nehmen sowie zu zwei Positionen eine Anmerkung machen.

Im Namen der Fraktion CVP möchte ich allen Beteiligten aus der Verwaltung unter der Führung der Finanzverwaltung, dem Gemeinderat und der Finanzkommission ganz herzlich für die Erarbeitung und Prüfung des Budgets 2019 danken. Die Fraktion CVP wird dem Budget 2019 mit den noch zu beschliessenden Änderungen bei einem Steuerfuss von 95 % zustimmen.

Lassen Sie mich noch eine persönliche Anmerkung zu diesem Budget machen. Die finanzielle Situation in Wettingen ist und bleibt sehr angespannt. Die Verschuldung erreicht bald ihren Höchststand. Der Schuldenabbau lässt weiter auf sich warten. Wir werden das im nächsten Traktandum genauer sehen. Uns wurde Gott sei Dank im letzten Jahr wie auch dieses Jahr ein ausgeglichenes operatives Budget vorgelegt. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass die Steuererhöhung um 3 % vom letzten Jahr bereits vollständig für das operative Budget und nicht für den Schuldenabbau absorbiert wurde. Der Finanzplan zeigt uns, dass die Steuern im Jahr 2021 nochmals um 5 % angehoben werden sollen. Das sind insgesamt 8 % innerhalb von drei Jahren. Davon soll die Hälfte für das operative Geschäft verwendet werden. Im Jahr 2020 wird bereits ein negatives operatives Ergebnis von Fr. 466'000.00 oder rund einem Steuerprozent aufgezeigt. Ich erinnere an das Votum des Finanzkommissionspräsidenten François Chapuis, der die Aufwandminderung im Tägi erwähnt hat. Das ist ein Vorteil im nächsten Budgetjahr, der im übernächsten brutal zurückschlägt. Meine Damen und Herren, wir leben deutlich über unseren Verhältnissen. Es ist schlicht kein Geld vorhanden, um uns alles leisten zu können. Bitte sind Sie sich dessen bewusst. Mit diesen heute potenziell zu bewilligenden 120 Stellenprozenten machen wir eine weitere Hypothek auf. Eine Besoldungsanpassung ist mit 1 % budgetiert. Mit der Teuerung werden wir das wahrscheinlich auch ungefähr erreichen. Der Gemeinderat wird das später definitiv beschliessen. Im Budget wurden die 1 % bei der Exekutive auch eingerechnet. Ich hoffe, das ist nicht das Signal, eine generelle Lohnerhöhung durchzuziehen, von welcher auch der Gemeinderat profitieren würde. Eine Aufgabenverzichtsplanung liegt weiter nicht vor, was auch immer wieder eine Forderung war. Die LOVA bringt nicht genügend Reduktionspotenzial. Ich möchte sowohl an den Einwohnerrat wie auch an den Gemeinderat appellieren, mit neuen Ansprüchen, die meistens finanzielle Folgen generieren, sehr zurückhaltend zu sein. Ein Vorstoss aus dem Einwohnerrat soll erst dann bearbeitet werden, wenn die Mehrheit des Parlaments den Vorstoss überwiesen hat. Bitte nehmen Sie sich das zu Herzen, wenn wir zur Detailberatung kommen und zu verschiedenen Anträgen abstimmen werden.

Gähler Judith: Im Namen der Fraktion FDP bedanke ich mich bei allen Mitarbeitenden der Verwaltung, dem Gemeinderat und der Finanzkommission für den grossen Einsatz beim Erstellen des Budgets 2019. Uns wurde ein ausgeglichenes Budget vorgelegt und durch dessen Annahme sollen die LOVA-Massnahmen auch nochmals verdeutlicht werden. Die Fraktion FDP hat das Budget mit einem kritischen Auge betrachtet. Wir sind der Meinung, dass die Steuereinnahmen sehr optimistisch budgetiert sind und hoffen, dass das Budget eingehalten werden kann. Immer grössere Sorgen bereitet uns die wachsende Verschuldung der Gemeinde. Wettingen musste und wollte in grosse Bauprojekte investieren, welchen die Bevölkerung auch zugestimmt hat. Man kann es drehen und wenden wie man will, eine Steuererhöhung wird in Wettingen in naher Zukunft ins Auge gefasst werden müssen. Obwohl der Gemeinderat immer anders argumentiert hat, werfen die hohen, teilweise immer noch laufenden Investitionen ihre dunklen Schatten voraus. Wie wir im späteren Traktandum sehen werden, ist der Schuldenabbau scheinbar nur durch Steuererhöhungen möglich. Das wurde uns nicht so verkauft. So fragt sich die

Fraktion FDP, wie lange wir mit dem Abbau der Schulden und der Anpassung noch zu warten wollen? Handeln wir noch verantwortungsbewusst für unsere späteren Generationen?

Huser Michaela: Im Namen der Fraktion SVP bedanke ich mich bei allen Beteiligten aus der Verwaltung und der Finanzkommission für die geleistete Arbeit. Es liegt uns ein ausgeglichenes Budget bei gleichbleibendem Steuerfuss vor. Eine verdächtig schwarze Null, wie wir sie uns schon fast gewohnt sind und uns daher bereits aufhorchen lässt: Wie hat dies der Gemeinderat dieses Jahr hingezaubert? Offensichtlich möchte dieser einmal mehr den Anschein erwecken, dass mit den Wettinger Finanzen alles soweit in Ordnung ist. Mit Abnicken und auf bessere Zeiten warten gibt sich die Fraktion SVP auch dieses Jahr nicht zufrieden. Die Fraktion SVP hat viele Fragezeichen betreffend dieses Budget und die finanzielle Zukunft von Wettingen. Daher erwähne ich gleich an dieser Stelle, dass die Fraktion SVP diesem Budget nicht zustimmen wird. Wenn wir diesem zustimmen würden, würden wir der Strategie des Gemeinderats zustimmen. Diese Strategie ist jedoch nicht weitsichtig und nicht nachhaltig. Der Gemeinderat hat es leider verpasst, seinen Führungsauftrag wahrzunehmen. Statt eine Verzichtsplannung aufzuzeigen, sich auf das Wichtige zu fokussieren, wird mit versteckten Steuererhöhungen und Budget-Tricks ein ausgeglichenes Budget herbeigezaubert. Eine weitsichtige Finanzplanung sieht aus Sicht der Fraktion SVP anders aus.

Die folgenden drei Täuschungsmanöver des Gemeinderats lassen rückschliessen, dass die kritische Lage in Wettingen noch nicht erkannt, geschweige denn alles in Bewegung gesetzt wurde, etwas an dieser zu ändern:

1. Sondereffekte/Budget-Tricks

Diese wurden bereits vom Präsidenten der Finanzkommission, François Chapuis, erwähnt. Letztes Jahr wurde der Steuerfuss um 3 %-Punkte angehoben. Diese Mehreinnahmen sind bereits wieder verpufft. Es braucht wieder Sondereffekte, um eine schwarze Null hinzubiegen, aber ist kein Land mehr vorhanden, dass verkauft werden kann. Es wird mit höheren Dividenden der EWW AG gerechnet. Muss die EWW AG für das Jahr 2019 wohl die Strompreise erhöhen, damit sie der Gemeinde Wettingen eine höhere Dividende auszahlen kann? Beim Steuerergebnis 2019 wird von einem sehr optimistischen Wachstum von 2 % ausgegangen, während der Kanton 1.5 % empfiehlt. Das aber hätte Wettingen nicht für die schwarze Null gereicht. Der Beitrag an die Tägi AG fällt für das 2019 um Fr. 450'000.00 tiefer aus als üblich, also ein Sondereffekt mehr.

2. Versteckte Steuererhöhung

Wir können nicht verneinen, dass uns keine Steuererhöhung vorliegt. So hat dieses Jahr eine grosse Mehrheit im Einwohnerrat den neuen Gebührenreglementen zugestimmt, welche allesamt auch eine Gebührenerhöhung bei Parkplätzen, Baubewilligungen und sogar beim Inventuramt mit sich bringen. Ausserdem wurden die Strompreise und Abwassergebühren erhöht. Wo nur möglich, wird der Wettinger Bevölkerung noch etwas abgezockt. Immer gerade so viel und so intransparent über die verschiedenen Zapfsäulen, dass es die Bevölkerung hoffentlich nicht registriert. Für die Fraktion SVP ist dies keine akzeptable, keine faire Strategie.

3. Keine Verzichtsplannung

Als letzter Punkt muss erwähnt werden, dass es bedauerlich, nein besser gesagt, dass es inakzeptabel ist, dass uns der Gemeinderat nach wie vor keine Verzichtsplannung vorgelegt hat. Im Gegenteil, diverse Posten haben sich noch erhöht. So hat die Fraktion SVP erstaunt festgestellt, dass mit einer Lohnerhöhung von 1 % anstelle von 0.5 % wie bis anhin gerechnet wird. Das ist grosszügig, aber nicht verantwortungsbewusst, wenn

die finanziellen Herausforderungen in Erinnerung gerufen werden. Es ist verantwortungslos, dass die Verzichtsdiskussion nicht geführt wird. Werte Gemeinderäte, diese muss nicht nur einmal im Jahr während der Budgetdebatte geführt werden, sondern müsste uns das ganze Jahr durch beschäftigen. Wir erachten es als unseriös, heute mit ein paar willkürlichen, nicht abgetieften Kürzungsanträgen reinzuplatzen. Mit den erarbeiteten LOVA-Massnahmen liegt auf dem Tisch, wo wir sparen und verzichten könnten. Wie das der Finanzkommissionspräsident auch erwähnt hat, muss sich die Gemeinde und somit auch wir vom Einwohnerrat auf die Kernaufgaben einer Gemeinde fokussieren. Die Gemeinde muss Prioritäten setzen. Mit welchen Konsequenzen muss bei welchen Massnahmen gerechnet werden? Bei jedem Vorstoss sollte dem Einwohnerrat auch aufgezeigt werden, welche finanziellen Konsequenzen die Umsetzung bringt. Erst dann sollte bspw. ein neues Label eingeführt werden. Diese Diskussionen müssen ausgewogen sein, das heisst, es müssen Massnahmen auf der Einnahmen- und der Ausgabenseite betrachtet werden. Bis anhin wurden mehrheitlich nur Massnahmen auf der Einnahmenseite angeschaut und oft auch nur, weil gleichzeitig noch Vorstösse zum Thema pendent waren.

Diese drei Punkte zeigen uns auf, dass der Gemeinderat die kritische finanzielle Lage in Wettingen noch nicht erkannt hat resp. sie einfach zu akzeptieren scheint und die Verzichtsdiskussion nicht führen will. Wenn so einseitig gehandelt wird, ist die bereits heute kommunizierte Steuererhöhung auf 2021 eine logische Konsequenz.

Wenn der Gemeinderat seine Führungsverantwortung wahrnehmen würde und über all diese Jahre in allen Abteilungen unternehmerischer gehaushaltet worden wäre, wäre dann diese Schieflage nicht vermeidbar gewesen? Wir für uns haben diese Frage beantwortet.

Vor diesem Hintergrund lehnt die Fraktion SVP das Budget 2019 ab und hofft, dass der Einwohnerrat auch erkennt, dass wir hier keine nachhaltige und weitsichtige Finanzpolitik betreiben.

Hiller Yvonne: Die Fraktion GLP tritt ebenfalls auf die Debatte ein und wir bedanken uns bei Martin Frey und seinem Team für die solide Arbeit.

Wir sind enttäuscht von der Verhältnismässigkeit, die uns vorgelegt wird. Es scheint, dass eine wirkliche Diskussion über das Kässeli von Wettingen vermieden werden soll. Das einzige, was klar ist, ist, dass wir uns übernommen haben. Es liegt eine Überraschung vor, die nicht voraussehbar war. Diese Vermeidungsstrategie geht langfristig nicht auf, wie wir nun im Zusammenhang mit dem Tägi und den Steuern realisieren. Sollen wir uns einen Abend lang über Fr 120'000.00 unterhalten? Wir sprechen wohlgehemmt vom Jahresbudget und nicht von einer einmaligen Investition. Ist eine Diskussionsbasis von Fr. 120'000.00 bei über 100 Mio. Franken verhältnismässig? Das entspricht 0.1 %. Wofür sind wir alle hier? Ist eine Diskussion um 0,1 % abendfüllend?

Das Budget wurde – so sagt man uns und wir versuchen es zu glauben - in solider Arbeit ausgepresst und definiert. Es existiert endlich ein langfristiger Schuldenplan. Viele Partikularinteressen, die sich im Geschäft des Rats verstecken oder aufdrängen können, sind vorhanden. Das Gesamtbild ist verzerrt. Ein Überblick und ein Gesamtfokus, wohin man will, fehlen. Wurde es wirklich so gut ausgepresst oder fehlt der Sparwille? Fehlt die Kultur zur transparenten Diskussion? Wir wollen niemandem auf die Füsse treten, aber das kann ich leider bei der Steuererklärung nicht in Abzug bringen.

Deshalb hier doch ein paar Auffälligkeiten, die wir hinterfragen:

Erläuterungsbericht Seite 22, Verwaltungsliegenschaften, Übriges - 0290.3144.00

Kosten die Rathaus-Aussenuhren wirklich Fr. 52'000.00? Braucht es auf beiden Seiten eine Uhr? Offenbar funktionieren sie ab und zu nicht. Es gäbe sicher günstigere Alternativen. Brauchen wir eine Rolex an der Rathauswand? Dazu werden wir später einen Kürzungsantrag stellen.

Verwaltungsliegenschaften, Übriges - 0290.3144.00

Ersatz der Audioanlagen im Rathaussaal. Für Fr. 21'000.00 wird eine sehr gute Anlage inkl. Technikpult etc. installiert. Braucht es das wirklich? Ihr hört mich alle gut sprechen, so dass es nicht als dringend zu taxieren ist

Erläuterungsbericht Seite 25, Liegenschaften Schulanlage Margeläcker - 2174.3144.00

Erneuerung der Gonganlage für Fr. 36'000.00 und Erneuerung Lehrerzimmer für Fr. 54'000.00. Wir hinterfragen die Anschaffungen nicht, aber sprechen von horrend hohen Kosten. Sind die Neuerungen dringend notwendig? Gäbe es günstigere Alternativen? Auch hierzu werden wir eine Kürzung beantragen.

Budget 2019 Seite 65 im Budget 2019 das Konto Personalveranstaltungen - 3099.3093.00

Uns fällt auf, dass sich die Kosten von Fr. 37'000.00 auf Fr. 65'000.00 beinahe verdoppelt haben.

Budget 2019 Seite 65, Büromaterial -3100.3100.00

Erhöhung um Fr. 30'000.00 von Fr. 64'000.00 auf Fr. 94'000.00.

Der Trend, besser immer ein wenig mehr zu beantragen, zeichnet sich ab.

Die Fraktion GLP macht sich grundsätzlich für die Prävention und für Investitionen im Vorfeld, um Konsequenzen und teure Spätfolgen zu vermeiden, stark. Es bringt nichts, wenn wir Uhren und Lehrerzimmer vergolden, aber die Lehrer nicht entlasten.

Wir verstehen nicht, dass es keine Stelle für die gesellschaftlichen Belange gibt und geben soll. Es ist nicht in Ordnung, dass sich eine Gemeinde familienfreundlich nennen will, die mit Mühe und Not Fr. 30'000.00 für eine solche Stelle vorsieht und gleichzeitig Fr. 140'000.00 in neue Uhren, Gonganlagen und Lehrerzimmer investieren will und Fr. 50 Mio. für das Tägi ausgibt. Das verfehlt das Ziel und ich betone, es geht nicht nur um UNICEF. Was vielleicht viele nicht wissen ist, dass ich bis Ende des letzten Jahrs in der Jugendkommission mitgewirkt habe und weiss, wovon ich spreche. Es geht um einen ganz anderen Umfang. Ich werde das in meinem Aufstockungsantrag erläutern.

Wir verstehen nicht, dass von unserem Gemeinderat über Jahre hinweg erarbeitete gemeinsame Lösungen mit den Nachbargemeinden nun plötzlich abgesagt werden sollen. Das Projekt wurde von Antoinette Eckert sorgfältig erarbeitet und begründet. Es wäre völlig falsch, dieses nun hier zu begraben. Eine Alternative zu suchen, würde in der Erarbeitung und Umsetzung ein Vielfaches kosten.

Es ist für uns unverständlich, dass man entscheidet, die Schulsozialarbeit zu kürzen, die dringend Stärkung braucht. In zehn bis zwanzig Jahren würden viel höhere Kosten anfallen. Der Fall Alan Pistone ist vielen sicher noch ein Begriff.

Es sind unter dem Strich alle Punkte zur Streichung offen, die in der Prävention verhältnismässig günstig wären. Die zu Grunde liegenden Konstellationen erklären uns aber einmal mehr, warum wir auf viele Fragen, unter anderem zu wichtigen gesellschaftlichen Belangen im Rathaus, keine oder sehr verspätet Antworten erhalten. Aus unserer Sicht gehen inhaltlich wichtige Prioritäten in Partikularinteressen unter.

Wir setzen uns ein, diese Gelder gerade stehen zu lassen und das Hin- und Herschieben von kostenintensivem Personalwechsel und Geschäften ruhen zu lassen. Alibi-Übungen bringen uns nicht weiter. Es liegt teilweise solide Arbeit vor und für den Rest gilt offensichtlich: „Wo kein Wille ist, ist auch kein Ziel und kein Weg, ausser der zur Vergoldung“.

Reinert Marie Louise: Die Fraktion EVP/Forum 5430 bedankt sich bei der Verwaltung für die grosse Arbeit und die Disziplin, mit der sie haushaltet. Die vorausgegangenen Voten zeigen mir, dass eine andere Sprache herrscht. Wir befinden die Berechnungen als sorgfältig ausgeführt. In dieser politischen Landschaft ist das Vorliegende nachvollziehbar, wohl abgewogen und vernünftig. Wir bedanken uns ebenfalls bei der Finanzkommission für ihre äusserst sorgfältige Arbeit. Sie findet Fehler und Auslassungen. Unser Fokus ist ein anderer. Wenn wir das Budget betrachten, fragen wir uns, ob Sachen vergessen gegangen sind oder Aufgaben zu erfüllen verunmöglicht wird, weil zu viel gespart wird. Die Räte unserer Fraktion sind keine Krösusse, aber die Aufgaben einer Gemeinde müssen sehr sorgfältig beurteilt werden. Der ganze Rat hat die Aufgabe, aufmerksam und kritisch mitzulesen und mitzudenken. Aus unserer Mitverantwortung werde ich unsere Beiträge und Anträge ergänzen.

Maibach Markus, Vizeammann: Ich bedanke mich für die Voten. Auch die kritischen Voten sind immer willkommen. Ich begrüsse die Weichen stellenden Worte des Finanzkommissionspräsidenten François Chapuis. Ich habe schon einige Male betont, dass wir uns stufenweise, möglichst seriös und mit viel Wissen dem annähern, was wir eigentlich schon längst wissen. Eine kritische Finanzlage ist vorhanden. Wir können aber nicht auf alles augenblicklich verzichten, die Steuern erhöhen und somit das Problem lösen. Wir suchen einen Mittelweg, den wir transparent darstellen und laufend kommunizieren wollen. Bevor ich einsteige, möchte ich mich bei der Finanzkommission und ganz besonders beim Finanzkommissionspräsidenten für die wichtige, konstruktive Zusammenarbeit ganz herzlich bedanken. Aus den Voten kann ich entnehmen, dass wir das Gleiche nachempfinden.

Aus der Vergangenheit: Vor zwei Jahren wies Wettingen 10 Steuerprozent Aufwandüberschuss und letztes Jahr dank der Aufwertungsreserve eine ausgeglichene Rechnung aus. Momentan bildet das Budget 2018 die Grundlage, welche Ende Jahr ohne die Sondereffekte ausgeglichen sein soll. Dasselbe soll im Jahr 2019 erreicht werden. Wir werden anschliessend im Traktandum 3 zusammen in die Zukunft blicken. Insofern ist das Budget 2018 ein 'angekündigtes' Budget, welches letztes Jahr bereits als ausgeglichen vorgesehen wurde. Es ist wichtig, dass nochmals vergegenwärtigt wird, was mit der Aufwertungsreserve passiert. Die 1,114 Mio. Franken bilden einen Überschuss (operativ 0) und werden für das Verhindern von weiterem Schuldenzuwachs verwendet.

Was ist neu gegenüber dem letzten Jahr? Einerseits wussten wir von den Fr. 1,4 Mio. Franken Abschreibungen, die verarbeitet werden müssen. Wie auch der Finanzkommissionspräsident denke ich, dass wir aufpassen müssen, dass wir sie nicht verschieben. Wichtig ist, dass der Transferaufwand, der Personalaufwand und der Sachaufwand seit dem Jahr 2014 mehr oder weniger konstant sind. Das zeigt die getätigte Analyse. Dahinter stehen bereits viele Verzichte bzw. Optimierungen. Das sind nicht die grossen Aufgaben, weil die Aufgaben sowieso gemacht werden müssen, sondern man muss sich die Frage stellen: "Wie werden die Aufgaben gemacht?" Da, wo wir keinen Einfluss ha-

ben, können wir auch nicht verzichten. Wir können auf den Kindes- und Erwachsenenschutzdienst, auf die Pflegefinanzierung oder die Spitex usw. nicht verzichten. Das muss differenziert werden. Wir haben, wie bereits angekündigt, den starken Anstieg der Gesundheitskosten erkannt. Dass der bauliche Unterhalt vor allem im Hochbau stärker zu Buche schlägt, hat sich ebenfalls herausgestellt. Das ist unter anderem eine LOVA-Massnahme, die eine bessere Prognostizierung der Aufwände verlangt.

An dieser Stelle möchte ich auf den Vergleich von Leistungen mit verschiedenen Gemeinden verweisen, den wir im letzten Jahr eingeführt haben. Wir vergleichen uns nicht nur mit Baden, sondern auch mit kleineren oder gleich grossen Gemeinden oder Nachbargemeinden. Ich will Ihnen einige Tatsachen in Erinnerung rufen. Wir tätigen Nettoinvestition von Fr. 1'200.00 pro Einwohner. Baden weist doppelt so hohe Investitionen aus und andere Gemeinde investieren ähnlich hoch. Wir investieren viel, aber wir sind keine 'Super-Investoren' und erreichen langsam das Ziel. Was mich beruhigt ist der Vergleich des Nettoaufwands der 'Allgemeinen Verwaltung'. Das ist der Teil, auf den wir am meisten Einfluss haben und gewisse Verzichte ausüben können. Hier liegen wir mehr als ein Viertel unter den grossen Gemeinden und Städte wie zum Beispiel Rheinfelden und Zofingen, welche kleiner als Wettingen sind, aber einen ähnlichen Aufwand aufweisen. Wichtig ist, dass wir unseren Verwaltungsapparat in diesem Bereich weiterhin schlank halten. Wir sind bereits schlank und hoffen, dass wir das aufrechterhalten können. Zu stark abmagern ist aber nicht gesund! Den letzten Vergleich möchte ich bei 'Kultur, Sport und Freizeit' aufzeigen. Wir sind eine Sportstadt und tätigen entsprechende Investitionen in den Sport. Hier liegen wir ca. 50 % unter dem Pro-Kopf-Aufwand 'Kultur, Sport und Freizeit' der grossen Aargauer Städte. Wir sind hier etwa im Mittelfeld zu finden. Fazit: Wir schneiden bei den Ausgabenvolumina gut ab, was zeigt, dass wir optimiert sind. Bitte nehmen Sie diese Aussagen mit.

Wo sparen wir wirklich? Wir kommen in Traktandum 4 eventuell nochmals darauf zurück. Wir haben versucht, diese Zahlen transparent aufzuzeigen. Ich verwahre mich gegen den Vorwurf, dass die Gebührenerhöhungen versteckte Einnahmen seien. Wenn Sie die Zahlen genau betrachten, stellen Sie fest, dass weniger als die Hälfte auf das Konto Gebührenerhöhungen oder Dividenden eingehen. 0,7 Mio. Franken werden auf der Kostenseite effektiv eingespart. Darunter sind einige Verzichtselemente. Es handelt sich nicht um grosse Beträge, denn diese gibt es nicht, sondern um kleine. Ich verdeutliche wie folgt:

1. Effizienter arbeiten - nur das tun, was wirklich getan werden muss.
2. Outsourcing - hier gibt es eine Verlagerung von eigenen Personalkosten zu externem Aufwand im Bereich von anderen Kostenarten, was sich netto aber ausbezahlt.
3. Verzichten - wenn wir über verzichten diskutieren, können Sie sich als Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte einbringen. Wir haben die Diskussion bereits in der LOVA-Debatte geführt und haben festgestellt, dass der Rat nicht verzichten will. Wir könnten beispielsweise auf die Beiträge an die Vereine verzichten! Aber wir haben eine Verantwortung gegenüber den Vereinen, die für die Gemeinde sehr wichtig sind. Wenn Sie in diesem Bereich verzichten wollen, bitte ich Sie, entsprechende Anträge zu stellen. Wir wollen hingegen einen Mittelweg gehen.

Ich möchte das finanzielle Ergebnis des Budgets würdigen. Bei der vorhandenen Liste der Finanzkommission handelt es sich um die kürzeste Liste aller Zeiten, die ich in meiner politischen Tätigkeit je gesehen habe. Das möchte ich nicht der eher kurzen Bearbeitungszeit zuschreiben, sondern dem Faktum, dass wir transparent das Ziel aufzeigen. Wir erhoffen uns mit dem operativen Ergebnis einer schwarzen Null, um damit das erste Ziel (ein ausgeglichenes Ergebnis mit einer schwarzen Null) zu festigen. Die zweite Aufgabe ist der Abbau der Schuldenlast im Rahmen einer Generation.

Ich nehme zu einzelnen, vorausgegangenen Kommentaren Stellung: Gegen die Begriffe 'zaubern' und 'Budgettricks' möchte ich mich verwehren. Es ist richtig, dass ein Sondereffekt vorhanden ist. Der Finanzkommissionspräsident hat davon berichtet. Es handelt sich um 0,5 Mio. Franken im Tägi, die wir dieses Jahr im Aufwand einsparen können und in Zukunft wieder in die Finanzplanung aufgenommen haben. Das bringt uns momentan eine finanzielle Entlastung.

Die Dividende wurde in der neuen Eignerrolle der Gemeinde Wettingen mit der Elektrizitäts- und Wasserwerk Wettingen AG ausgehandelt, nicht mit dem Effekt, dass aufgrund dessen die Gebühren steigen.

Es wurde moniert, dass der Gemeinderat mit den Steuereinnahmen zu optimistisch rechnet. Wir haben sehr detailliert mit bestem Wissen und Gewissen die Ertragsschätzung vorgenommen. Der Kanton macht gröbere Berechnungen. Zudem sind die Einkommens- und Vermögensstrukturen nicht vergleichbar. Daraus resultiert ein Wachstum von 2 % Einkommens- und Vermögenssteuern.

Zum Thema 'faire Gebühren' möchte ich den Einwohnerrat daran erinnern, dass wir an der letzten Sitzung diese Gebühren diskutiert haben. Den Begriff 'Fairness' habe ich an der erwähnten Sitzung nicht gehört. Es geht hier um das Verursacherprinzip, welches uns transparent und fair erscheint.

Meine letzte Bemerkung gilt dem einen Prozent Lohnerhöhung. Ich habe erwähnt, dass der Personalaufwand seit dem Jahr 2014 konstant geblieben ist. Wir haben unser Personal wahrlich nicht mit Lohnerhöhungen verwöhnt. Es zeichnet sich eine Teuerung von ca. einem Prozent ab, welche jeder verantwortungsvolle Arbeitgeber an seine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weitergibt, damit es keine Reallohnänderung gibt. Unser Personal ist unser Kapital in der vorliegenden schlanken Form und bestens motiviert. Wir wollen das Personal nicht aus der Hand geben.

Ich freue mich auf die Diskussion der einzelnen Anträge und möchte noch betonen, dass wir uns keine neuen Aufgaben angeeignet haben, sondern einen gesetzlichen Auftrag, einerseits in der Integration und in der Schulsozialarbeit (Bildung) aufgrund der wachsenden Schüleranzahl, erfüllt haben.

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Wir kommen nun zur Detailberatung. Ich möchte Sie nochmals daran erinnern, dass Sie alle das Budget bereits mit Ihren Finanzkommissionsvertretern in Ihren Fraktionen durchkämmt haben. Die Fragen sollten somit grossmehrheitlich geklärt sein. Wir durchqueren jedes Ressort. Bitte stellen Sie Ihre Fragen und schriftlichen, lesbaren Anträge - mit der Konto-Nummer bezeichnet - jeweils bei den entsprechenden Ressorts.

Ressort 0 Allgemeine Verwaltung, 0221 Gemeindeganzlei Seite 16, Konto 0221.3010.00 Löhne Fr. 759'000.00 und Konto 0221.3910.01 Anteil Soziallasten Fr. 148'000.00

Reduktion der Lohnsumme um Fr. 15'000.00, resp. Soziallastenanteil um Fr. 2'450.00
Betrifft die beantragte Stellenerhöhung von 50 % in der Gemeindeganzlei im Ressort Gesellschaft (Erläuterungsbericht, Stellenplan, Seite 18)

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Die Finanzkommission hat bei der beantragten Stellenerhöhung um 50 % stark mit sich gerungen. In der Diskussion wurde zwischen einer kompletten Streichung und einer kompletten Unterstützung alles diskutiert. Es ist aus Sicht der Finanzkommission sehr unschön, dass ein grosser Teil der beantragten Stelle mit der Einführung des UNICEF-Labels begründet wird oder es sich um innerbetriebliche, schwierige Abläufe handelt. Diese Arbeit wurde bis anhin auch ausgeführt und das Ressort Gesellschaft wurde nicht neu erfunden. Hätte der Einwohnerrat

Kenntnis von diesen dieser 'Spätfolgen' gehabt, wäre es zur Diskussion gekommen. Gleichzeitig sind wir der Meinung, dass wir genau diesen Stellenerhöhungen kritisch gegenüberstehen wollen. Wir kommen auf solche Situationen beim Integrationswesen nochmals zurück. De facto muss das UNICEF-Label hinsichtlich der finanziellen Folgen somit als Mogelpackung bezeichnet werden. Gleichzeitig anerkennt die Finanzkommission den aktuellen Status Quo des UNICEF-Labels bis es in der nächsten Legislaturperiode wieder behandelt wird und will nicht kurz nach dessen Einführung aussteigen.

Die Finanzkommission hat diese zu besetzende Stelle näher betrachtet. Der Bedarf an Unterstützung des Ressorts Gesellschaft aus der Gemeindekanzlei ist für die Finanzkommission teilweise nachvollziehbar. Die Finanzkommission ist allerdings der Auffassung, dass diese Stelle mit der Anforderung eines soziokulturellen Profils überbemessen ist und stattdessen in die übliche Lohnklasseneinreihung der Sekretariate zu erfolgen hat.

Dem Gemeinderat ist es dabei ein grosses Anliegen, mit einer 50 %-Stelle eine ausreichende zeitliche Erreichbarkeit und Präsenz des Sekretariats sicherzustellen, was mit einer von der Finanzkommission gewünschten 30 %-Stelle nicht realisierbar wäre. Nach intensiven Diskussionen zwischen der Finanzkommission und dem Gemeinderat beantragt die Finanzkommission nicht eine Reduktion der Stellenprozente, sondern nur die Senkung der Lohnkosten aufgrund einer Anpassung des Stellenprofils auf die Sekretariatsstufe der Gemeindeverwaltung. Das bedeutet eine Einsparung in der Lohnsumme von Fr. 15'000.00, resp. des Soziallastenanteils von Fr. 2'450.00. So ist die Finanzkommission überzeugt, dass die Gemeindeverwaltung diese Leistungen auf dem Niveau, das wir erwarten und uns leisten können, erbringen kann.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat den Budgetbetrag im Konto 0221.3010.00 um Fr. 15'000.00 auf neu Fr. 744'000.00 und gleichzeitig im Konto 0221.3910.01 um Fr. 2'450.00 auf neu Fr. 145'550.00 zu reduzieren.

Abstimmungsverhältnis 7 Ja- : 0 Nein-Stimmen, bei 0 Enthaltungen.

Wassmer Christian: Da ich der Ansicht war, dass wir Seite für Seite das Budget durchkämmen, habe ich bei Seite 14 meinen Einsatz verpasst.

Ich möchte auf das Statement von Markus Maibach, Gemeinderat, antworten. Die Aussage, dass der Personalaufwand seit 2014 gleichgeblieben ist, macht mich rasend. Das ist für mich eine Augenwäscherei. Ich war der Meinung, dass eine transparente Auslegung vorhanden sei und Sonderfaktoren mitberücksichtigt würden. Wir haben in der Zwischenzeit das Tägi und Teile des Werkhofs ausgelagert. Diese Kosten sind richtigerweise nicht mehr im Personalaufwand, sondern im Sachaufwand aufgeführt. Ich möchte mich gegen diese Aussage und die Erhöhungen der Löhne um 1 % infolge Personalaufwandeinsparungen/-konstanz wehren. Der Index steht bei 101.9. Inklusiv diesem Prozent, das im Budget 2019 aufgenommen wurde, haben wir seit 2015 3 % geplant oder schon vergeben. Es besteht kein Nachholbedarf.

Ich komme nun zu unseren konkreten Anliegen im Ressort 0.

Budget 2019 Seite 14: 0212 Stelle Steuerabteilung

Die CVP Fraktion unterstützt grossmehrheitlich die Aufstockung, obwohl wir bisher jedes Jahr auf den Veranlagungsstand stolz waren und bisher kein Handlungsbedarf ersichtlich war. Es ist wichtig, dass die vorhandenen Stellen auf der Steuerabteilung zielgerichtet, d.h. wo es etwas zu holen gibt, eingesetzt werden und nicht Steuererklärung um Steuererklärung ab dem Stapel abgearbeitet wird.

Budget 2018 Seite 16: 0221 Stelle bei der Gemeindekanzlei im Zusammenhang mit UNICEF

Die Fraktion SP/WettiGrünen reichte im Jahr 2006 ein entsprechendes Postulat ein. Dieses wurde im Einwohnerrat nie überwiesen. Der Gemeinderat hat ohne Auftrag des Einwohnerrats die UNICEF Zertifizierung vorangetrieben, obwohl sich der Einwohnerrat bereits verschiedentlich gegen derartige Zertifikate und Labels ausgesprochen hatte. Nun wird uns die Rechnung in Form einer Stelle präsentiert. Wir wollen festhalten, dass wir dieses Vorgehen nicht schätzen und möchten nochmals darauf hinweisen, dass wir die Vorstösse im Einwohnerrat zeitnah überweisen oder ablehnen wollen, bevor die Verwaltung viel Aufwand leistet und Folgekosten entstehen. Erst nach einer Überweisung soll eine Vorlage ausgearbeitet werden.

Wir sehen uns nun mit diesem Budgetposten in einem Sachzwang, weshalb wir die Stelle nicht streichen können. Wir unterstützen deshalb den Antrag der Finanzkommission grossmehrheitlich.

Budget 2019 Seite 17: 0290 Audioanlage Rathaussaal

Ich nehme das vorausgegangene Votum von Yvonne Hiller auf und habe hierzu eine persönliche Verständnisfrage. Im Budget sind Fr. 21'000.00 für eine neue Audioanlage im Rathaussaal eingestellt. Handelt es sich dabei um die im Jahr 2011 beschlossene Anlage für den Ratsbetrieb, die heute gut funktionell im Einsatz steht? Ist diese wirklich bereits am Lebensende angekommen? Ist es notwendig, Fr. 21'000.00 für sieben bis acht Sitzungen pro Jahr zu investieren?

Hiller Yvonne: Ich habe vorher bei meiner Bekundung das Mikrofon gehalten und habe damit ein Rauschen ausgelöst. Nun wollen wir aber beweisen, dass diese Anlage nicht erneuert werden muss. Für uns ist es strategisch ungünstig, denn wir wollten diesen Antrag am Schluss stellen, damit wir zeigen könnten, dass wir mindestens gleich viel einsparen wollen.

So beginne ich mit der Stelle bei der Gemeindekanzlei im Zusammenhang mit UNICEF (0221). Wir setzen uns ein, dass mindestens 100 Stellenprozent geschaffen werden können und fügen die Begründung an, dass wir keine goldenen Lehrerzimmer und Uhren haben wollen, sondern eine ordentliche Stelle im Rathaus für die Belange von Kindern, Jugendlichen und der Gesellschaft. Wir wollen, dass die Lehrer richtig entlastet werden. Wenn es beispielsweise um Fragen zur Betreuung geht, sind aktuell einzig der Gemeinderat und die Jugendarbeit zuständig. Es gibt keine Anlaufstelle im Rathaus. Es gibt im Rathaus ca. 240 Mitarbeiter und es wurden in den letzten Jahren 6,5 Stellen geschaffen, unter anderem weil das Tägi umstrukturiert wurde. Es gibt aber kein einziges Stellenprozent, das für die Schnittstelle zwischen Anliegen – sei es Gesetz oder Gesellschaft - und bspw. der Betreuungsorganisation zuständig ist. Antoinette Eckert und viele Freiwillige haben ihre Freizeit für solche Arbeiten geopfert. Sie sind nicht mehr da, aber das Thema schon. Die Kinder und Jugendlichen auch, die sind nicht einfach weg. Bedürfnisse wie auch die Gesetze ändern sich. Wettingen muss sein Angebot definieren können. Das neue Kinderbetreuungsgesetz steht und es braucht operative Stellenprozent für diese Schnittstelle. Sie merken, das hat nicht nur mit UNICEF zu tun. Ich erkläre es noch mit dem Beispiel von Aarau. Aarau hat über 200 Stellenprozent dafür im Einsatz. Ob diese eher analog Baden oder Wettingen aufgestellt sind, das weiss ich nicht. Aber wenn wir auch nur die Hälfte des vermeintlich zu luxuriös angesetzten Stellenaufwandes von Baden und Aarau nehmen, sind wir auch wieder bei unseren gewünschten 100 Stellenprozent, sprich einem eigentlich absoluten Minimum. Dieses Minimum beantrage ich hier. Auf der Homepage der Stadt Aarau kann das Folgende gelesen werden: Fachbereich Kind und Familie: "Der Fachbereich Kind und Familie vernetzt sich mit diesen Institutionen, Stellen und Ehrenamtlichen, koordiniert den fachlichen Austausch und unterstützt

das Entwickeln gemeinsamer Strategien sowie die Planung und Umsetzung von Projekten. Dies geschieht mit dem Ziel, dass in Aarau kinder- und familienfreundliche Lebensbedingungen gefördert werden". Das beinhaltet folgende Aufgaben: Vernetzungs- & Koordinationstätigkeit mit im Bereich Kinder und Familien tätigen Institutionen, Stellen und Freiwilligen, Durchführung eigener Projekte und Verwaltung eines Projektkredits zur Unterstützung von Aktivitäten Dritter und Öffentlichkeitsarbeit.

Lassen Sie mich festhalten. Wir geben 50 Mio. Franken für ein Tägi aus, aber können keine Vollzeitstelle für Kinder und Jugendliche allgemein vorzeigen. Das ist ein Armutszeugnis für eine Gemeinde, die sich familienfreundlich nennt. Die Fraktion GLP setzt sich für Einsparungen ein aber bei diesem Thema sieht es unserer Meinung nach Aufstockung aus. Unter dem Strich werden wir aber Fr. 10'000.00 einsparen, wenn alle unsere Anträge angenommen werden. Wir müssen uns überlegen, wo die Prioritäten liegen. Heute nach zehn Jahren zu realisieren, dass wir uns übernommen haben und dass für wichtige Angelegenheiten kein Platz mehr ist, ist nicht in Ordnung.

Baumann Jürg: Ich stelle eine Verständnisfrage, welche das Konto 0220.3100.00 betrifft. Warum ist das Büromaterial um mehr als 150 % gegenüber dem Budget 2018 gestiegen? Im Konto 0292.3300.60 ist auch eine massive Erhöhung herauszulesen. Ich gehe davon aus, dass die Investitionen im Jahr 2018 in diesem Konto nicht dazu führen, dass sich eine Abschreibung um Fr. 8'000.00 erhöht.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Ich heisse unsere Gäste auf der Tribüne zu diesen interessanten Ausführungen herzlich willkommen. Ich habe festgestellt, dass ein Durcheinander herrscht und möchte den Einwohnerratspräsidenten bitten, strukturiert vorzugehen. Wir sind sieben Gemeinderatsmitglieder und jedes wird zu seinem Ressort das Wort ergreifen.

So nehme ich gerne zum Ressort 0 Stellung:

Zum Votum von Christian Wassmer, betreffend Audioanlage: Es geht nicht darum, dass wir einander akustisch gut verstehen. An die bestehende Anlage wird ein hoch komplexes System gekoppelt, welches das Gesprochene im Saal aufzeichnet und die Erstellung des Protokolls ermöglicht. Wir haben in die Lautsprecher und Mikrofone investiert, welche gut funktionieren. Im bestehenden System ist ein analog/digital Wandler enthalten. Unlängst sind Systemausfälle während den Sitzungen vorgekommen und Ihre Voten mussten mühsam rekonstruiert werden. Das gab uns Anlass, den Betrag für eine neue Audioanlage in das Budget 2019 aufzunehmen. Im Betrag der Richtofferte von Fr. 21'000.00 sind Hardware-Komponenten und Programmierarbeiten, aber keine Lautsprecher und Mikrofone eingerechnet. Möglicherweise fallen die Kosten auch tiefer aus.

Zur zusätzlichen 50%-Stelle nehme ich ebenfalls gerne Stellung. Der Gemeinderat hat wohl dosiert überlegt, wieviele Stellenprozente wir Ihnen beantragen wollen, da uns durchaus bewusst ist, dass wir uns nach der Decke strecken müssen. Wir nehmen keine unbewilligten Stellen in Anspruch. Mit diesen 50 Stellenprozenten für das Ressort Gesellschaft und Familie wollen wir minimale Aufgaben, wie die vorgängig von Yvonne Hiller geschildert, wahrnehmen können. Wir sind mit dem Antrag der Finanzkommission einverstanden.

Das Votum von Jürg Baumann, das Büromaterial betreffend, kann ich auch beantworten. Wir haben ein grosses Projekt 'Büromaterial' umgesetzt und die Einkaufsorganisation und das Büromaterial nun zentral an einem Ort, in einem Konto, budgetiert. Ich kann Ihnen mitteilen, dass wir mit unserem neuen Druckerkonzept (automatisierte Druckersysteme) im Rathaus bereits mehrere Fr. 10'000.00 Druckkosten eingespart haben und beispielsweise der Papierverbrauch dadurch reduziert wurde.

Die Rathausuhr bereitet uns tatsächlich seit längerem Probleme. Wir sind der Auffassung, dass die Rathausuhr repariert und ergänzt werden muss. Eine Rathausuhr soll funktionieren und die richtige Zeit anzeigen. Aufgrund von Abklärungen haben wir den Betrag von Fr. 52'500.00 in das Budget 2019 aufgenommen.

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Ich bin nach wie vor der Meinung, dass wir die Budgetaufstellung nach Ressorts durchgehen und sich der Gemeinderat spezifisch äussert.

Abstimmung (Gegenüberstellung Antrag GLP : Antrag Finanzkommission)

Beschluss des Einwohnerrats

Der Änderungsantrag der Fraktion GLP, Aufstockung von 100-Stellenprozenten für Kinder, Jugendliche und Gesellschaft mit Fr. 60'000.00 von Fr. 759'000.00 auf Fr. 819'000.00 unterliegt mit 12 Ja-Stimmen dem Antrag der Finanzkommission, die Lohnsumme um Fr. 15'000.00 auf neu Fr. 744'000.00 und im Konto 0221.3910.01 den Anteil Soziallasten um Fr. 2'450.00 auf neu Fr. 149'550.00 zu reduzieren mit 31 Ja-Stimmen, bei 1 Enthaltung.

Abstimmung

Beschluss des Einwohnerrats

Der Antrag der Finanzkommission, im Konto 0221.3010.00, Gemeindeganzlei, Löhne, die Lohnsumme um Fr. 15'000.00 auf neu Fr. 744'000.00 und im Konto 0221.3910.01 den Anteil Soziallasten um Fr. 2'450.00 auf neu Fr. 149'550.00 zu reduzieren wird mit 31 Ja- : 13 Nein-Stimmen, bei 0 Enthaltungen, genehmigt.

290 Verwaltungsliegenschaften, übriges Seite 17 Konto 0290.3144.00 Unterhalt Hochbauten, Gebäude

Hiller Yvonne: Seite 17, Konto 0290.3144.00 Rathaus-Aussenuhren: Wir von der Fraktion GLP fragen uns, ob diese notwendig sind im Zeitalter des Natels, wollen sie aber nicht völlig in Frage stellen. Wenn es sich um ein Kultobjekt handelt, soll Wettingen diese Uhren unserer Meinung nach nur auf einer Seite des Rathauses und um die Hälfte des Betrags gekürzt behalten. Ich habe auf meine Anfrage hin die Auskunft erhalten, dass es keine Ersatzteile zu diesen Uhren von 1,8 Metern Durchmesser mehr gibt. Um die Zeiger und das Uhrwerk zu ersetzen, muss mit Kosten von Fr. 52'500.00 gerechnet werden. Auf meine Frage, was die günstigere Alternative wäre, habe ich keine Antwort erhalten. Das sei ein späterer Schritt. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass dieser Betrag für eine Uhr von dieser Grösse nicht in die Hand genommen werden muss und beantragen eine Kürzung um Fr. 25'000.00.

Egloff Martin, Gemeinderat: Yvonne Hiller, du hast die Frage an Csaba Dul, Fachspezialist Liegenschaften der Bau- und Planungsabteilung, gestellt. Er hat sie ausführlich beantwortet. Es ist tatsächlich so, dass diese Uhr einen Durchmesser von 1,8 Meter aufweist und keine Migros-Uhr darstellt. Es sind zwei sechzigjährige Uhren, die ersetzt werden müssen. Wenn wir eine Uhr haben wollen, müssen wir ungefähr mit diesem Betrag der Referenzofferte rechnen. Es ist möglich, dass noch ein Submissionsgewinn für die Gemeinde Wettingen gewonnen werden kann. So stellt sich die Frage, will man eine Uhr oder keine?

Ich mache darauf aufmerksam, dass bei einer Entscheidung für nur eine Rathausuhr, die Kosten nicht einfach halbiert werden können. Wenn wir beide Uhren ersetzen, können wir mit einem besseren Preis rechnen, denn wir müssen die Anfahrts- und Installationskosten und das Stellen eines Pneukrants sowieso kalkulieren. Also sprechen wir von mehr als Fr. 25'000.00.

Abstimmung

Beschluss des Einwohnerrats

Der Änderungsantrag der GLP, das Konto 0290.3144.00 sei um Fr. 25'000.00 zu kürzen wird mit 8 Ja- : 32 Nein-Stimmen, bei 4 Enthaltungen, abgelehnt.

1116 Regionalpolizei Seiten 19 und 20, **Konto 1116.3010.00 Löhne Fr. 4'005'770.00, Konto 1116.3910.01 Anteil Soziallasten Fr. 700'000.00, Konto 1116.4612.00 Entschädigungen von Gemeinden Fr. 4'247'770.00**

Anpassung Lohnerhöhung Regionalpolizei an Gemeindepersonal um Fr. 20'000.00, resp. Soziallastenanteil Fr. 3'400.00 sowie Gemeindebeiträge um Fr. 23'400.00

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Die Finanzkommission hat nicht nur die Aufgabe zu sparen und zu kürzen, sondern auch die Korrektheit zu überprüfen. Es ist Tatsache, dass die Regionalpolizei ihr Budget jeweils bereits im Frühjahr erstellt. Damals wurde von einer Lohnerhöhung von 0,5 % ausgegangen. Zwischenzeitlich beantragt der Gemeinderat für das Verwaltungspersonal eine individuelle Lohnerhöhung von 1,0 %.

Gemäss gesetzlichen Vorgaben ist es unzulässig, diese beiden Personalkörper unterschiedlich zu behandeln. Deshalb beantragt die Finanzkommission eine Anpassung der Lohnerhöhung bei der Regionalpolizei auf dasselbe Niveau von 1,0 % wie beim Verwaltungspersonal.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, den Budgetbetrag beim Konto 1116.3010.00 um Fr. 20'000.00 auf neu Fr. 4'025'770.00, beim Konto 1116.3910.01 um Fr. 3'400.00 auf neu Fr. 703'400.00 und gleichzeitig beim Konto 1116.4612.00 um Fr. 23'400.00 auf neu Fr. 4'271'170.00 zu erhöhen.

Abstimmungsverhältnis 7 Ja- : 0 Nein-Stimmen, bei 0 Enthaltungen.

Wassmer Christian: Die Fraktion CVP unterstützt die Anpassung an den Rest der Verwaltung einstimmig, da mit einer Teuerung zu rechnen ist. Wir erwarten jedoch die längst überfällige Überarbeitung des Personalreglements, wie von der Finanzkommission seit mehreren Jahren im Zusammenhang mit der Überzeit, den Ferienrückständen und der Regelung der Kompensation immer wieder moniert wurde. Dabei sollen auch überaus grosszügige Leistungen hinterfragt und allenfalls angepasst werden (z. B. Pensionskasse).

Abstimmung

Beschluss des Einwohnerrats

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Antrag der Finanzkommission, den Budgetbetrag beim Konto 1116.3010.00 um Fr. 20'000.00 auf neu Fr. 4'025'770.00, gleichzeitig beim Konto 1116.3910.01 um Fr. 3'400.00 auf neu Fr. 703'400.00 und gleichzeitig beim Konto 1116.4612.00 um Fr. 23'400.00 auf neu Fr. 4'271'170.00 zu erhöhen, wird genehmigt.

2174 LG SH Margeläcker Seite 33, Konto 2174.3144.00 Unterhalt Hochbauten, Gebäude 379'200.00

Reduktion der Unterhaltskosten, resp. der Projektkosten für die Anpassung des Lehrerzimmers und des Schulleitungs-/Sekretariatszimmers

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Die Finanzkommission unterstützt die beantragte Anpassung des Lehrerzimmers und des Schulleitungs-/Sekretariatszimmers im Schulhaus Margeläcker (Primarschule). Das Vorhaben hat zum Ziel, eine Raumverbesserung und einen Mehrwert für die Lehrerschaft analog der Sekundar-/Realschule herbeizuführen. Es handelt sich hier nicht um eine Vergoldung, sondern um Raumschaffung für den Austausch zwischen den Lehrpersonen. Zurzeit kann aus Platzgründen keine gemeinsame Zünipause gemacht werden. Für die Finanzkommission ist dieser Bedarf unbestritten.

Jedoch wurde bereits anlässlich des Baurundgangs im Frühjahr 2018 das Projekt des Einbaus einer Verbindungstüre zwischen den nebeneinanderliegenden Räumen für die Schulleitung und das Schulsekretariat bemängelt. Es würden eine Wand ausgefräst und Zargen eingebaut werden. Aus Sicht einer knappen Mehrheit in der Finanzkommission kann auf diesen Türeinbau ohne grosse Qualitätseinbussen verzichtet werden. Der Gemeinderat möchte allerdings an dieser Verbindungstüre festhalten.

Im Gespräch mit dem Gemeinderat konnte folgender Kompromiss gefunden werden: Die Gesamtkosten für das Vorhaben wird um den Betrag von Fr. 5'400.00 der Verbindungstüre reduziert. Falls es dem Gemeinderat jedoch gelingen würde, andere Einsparungen im selben Umfang, beispielsweise mit einem Vergabeerfolg, erreichen zu können, kann die Verbindungstüre trotzdem realisiert werden. De Facto kann der Gemeinderat die Kürzung also in eigener Kompetenz mit anderen Bauleistungen in diesem Vorhaben kompensieren. So würde eine Win-Win-Situation entstehen – für die Finanzkommission mit ihrem Antrag und für den Gemeinderat mit dem Wunsch der Verbindungstüre.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, den Budgetbetrag beim Konto 2174.3144.00 um Fr. 5'400.00 auf neu Fr. 373'800.00 zu reduzieren.

Abstimmungsverhältnis: 4 Ja- : 3 Nein-Stimmen, bei 0 Enthaltungen.

Baumann Jürg: Das Konto 2174.3144.00 ist mir auch aufgefallen und aufgrund meiner langjährigen Mitgliedschaft in der Finanzkommission hätte ich noch mehr gekürzt. Es sind Fr. 379'200.00 budgetiert und im Erläuterungsbericht auf Seite 25 sind rund Fr. 130'000.00 deklariert. Warum? Das Budget 2018 weist Fr. 225'700.00 aus und wenn ich Fr. 130'000.00 addiere, sind Fr. 355'700.00 aufgezählt. Das wäre mein Schlussaldo zu Finanzkommissionszeiten gewesen. Die Rechnung 2017 wies Fr. 180'580.00 aus.

Wir stellen den Antrag, im Konto 2174.3144.00 eine Gesamtkürzung von Fr. 40'000.00 vorzunehmen, damit die Budgetrichtlinien eingehalten werden.

Wassmer Christian: Budget 2019 Seite 26: 2 Schule – Exkursionen

Ich stelle nochmals eine persönliche Verständnisfrage. Gemäss den Erläuterungen zum Budget auf Seite 23 dürfen nach einem Bundesgerichtsentscheid den Eltern nicht mehr als Fr. 16.00 pro Tag für die Verpflegung der Kinder in Rechnung gestellt werden. Im Militär stehen Fr. 8.50 zur Verfügung und ich bin der Meinung, dass man sehr wohl mit Fr. 10.00 auskommen könnte und Fr. 16.00 ganz sicher ausreichend sein sollten. Ich möchte verstehen, was hinter den Fr. 124'000.00 Mehrkosten steckt und welcher Betrag für die Verpflegung eingesetzt wurde.

Budget 2019 Seite 32: 2174 Unterhalt Schule Margeläcker

Die CVP-Fraktion stellt sich grossmehrheitlich gegen den Antrag der Finanzkommission und will die Verbindungstüre nicht streichen. Jedoch sind wir besorgt über den Verlust eines Klassenzimmers, was uns in Zukunft wieder einholen wird. Dies kurz nach dem kostspieligen Aufstockungsprojekt, wo diesem Aspekt wohl zu wenig Beachtung geschenkt wurde.

Budget 2019 Seite 35: 2193 Schulsozialarbeit

Es handelt sich um eine sehr grosse Aufstockung von 60 Stellenprozent - von heute 230 % auf neu 290 % für Wettingen (Steigerung um mehr als 25 %). Zudem haben wir 80 % für andere Gemeinden eingesetzt. Die Fraktion stellt sich grossmehrheitlich hinter den Ausbau und damit gegen den Antrag der Finanzkommission. Dieses Statement hat mich persönlich Überwindung gekostet.

Hiller Yvonne: Die Fraktion GLP hätte sogar einen Kürzungsantrag um Fr. 45'000.00 gestellt, die Erneuerung des Lehrerzimmers und die Erneuerung der Gonganlage im Konto 2174.3144.00 betreffend. Wir sind nicht der Meinung, dass das Lehrerzimmer unnötig ist. Die Kosten von Fr. 54'000.00 sind aber für eine Teeküche und einige Stühle zu hoch budgetiert. Wir folgen nun aber dem Antrag der Fraktion SVP mit einer Gesamtkürzung von Fr. 40'000.00.

Reinert Marie Louise: Diese Kürzungsanträge erinnern mich an zwei vorausgegangene Sparanträge. Im Margeläcker wurde früher ein neuer Schulhausteil ohne Lift gebaut. Der Einbau dieses Lifts zehn oder zwölf Jahre später war bedeutend aufwändiger. Im Friedhof wurde eine Tonanlage günstig angeschafft und muss jetzt wieder ersetzt werden. Der Kürzungsbetrag der Finanzkommission von Fr. 5'400.00 wurde sehr sorgfältig herausgepickt, ist aber vor diesem Hintergrund nicht zielführend. Vertrauen wir doch auf die Sparsamkeit der Spezialisten.

Burger Alain: Wir sprechen über Kosten von Fr. 5'400.00 für eine Verbindungstüre bei einem Budget von 100 Mio. Franken. Das entspricht 0,00005 %. Wir haben gehört, dass man im grossen Stiel sparen und abbauen will. Wenn wir in diesem Mass weiter abbauen, werden wir nach einigen Monaten trotzdem bei einer Steuererhöhung landen. Hat die Finanzkommission diesen Antrag gestellt, damit die Liste länger wird? Wir sollten uns auf das Wesentliche konzentrieren.

Egloff Martin, Gemeinderat: Vielen Dank für das Votum des Finanzkommissionspräsidenten, François Chapuis. Wir haben Diskussionen geführt und befürworten diese Kürzung um Fr. 5'400.00 im Sinne eines Kostendachs. Wir möchten diese Verbindungstüre realisieren und ich glaube, dass wir dieses Ziel erreichen werden. Unsere Bau- und Planungsabteilung arbeitet seriös. Gegen die Pauschalkürzung von Fr. 40'000.00 möchte ich mich verwehren. Der Gemeinderat Markus Maibach hat den Budgetprozess Top-down und Bottom-up geschildert. Unsere Kalkulationen wurden seriös durchgeführt. Wenn wir Fr. 40'000.00 streichen, müssen wir auf Teile des Gebäudeunterhalts verzichten. Das wäre unseriös. Ich wäre dankbar, wenn dem Antrag der Finanzkommission zugestimmt werden würde.

Abstimmung (Gegenüberstellung Antrag SVP : Antrag Finanzkommission)**Beschluss des Einwohnerrats**

Der Änderungsantrag der Fraktion SVP, im Konto 2174.3144.00 eine Gesamtkürzung von Fr. 40'000.00 auf Fr. 339'200.00 vorzunehmen, unterliegt mit 14 Ja-Stimmen dem Antrag der Finanzkommission, den Budgetbetrag beim Konto 2174.3144.00 um Fr. 5'400.00 auf neu Fr. 373'800.00 zu reduzieren, mit 27 Ja-Stimmen, bei 3 Enthaltungen.

Christian Wassmer: Ich glaube, wir begeben uns auf Abwege, bin jedoch kein Jurist. Wir müssen eine Mehrheitsentscheid in einer Gegenüberstellung von zwei Anträgen fällen und für das eine oder andere Übel entscheiden. Danach folgt eine Abstimmung über den obsiegenden Antrag, in der auch das Nein-Sagen erlaubt ist. Ich bin der Meinung, dass keine Enthaltungen und kein Nein ausgezählt werden dürfen. Das ist bei dieser Ausmarchung nicht zulässig.

Mollet Désirée: Enthalten kann man sich, damit das Resultat aufgeht. Es ist aber nicht erlaubt, nicht abzustimmen, sondern man muss sich anschliessend in der Schlussabstimmung über den obsiegenden Antrag entsprechend aussprechen.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Das ist absolut richtig. Als Ergänzung möchte ich anfügen, dass der Gemeinderat in Zusammenarbeit mit der Finanzkommission nicht auf dem Betrag von Fr. 5'400.00 beharrt, sondern sich der Finanzkommission anschliesst. Wenn wir beharren würden, gäbe es wieder einen Zusatzantrag, über den abgestimmt werden müsste.

Burger Alain: Der Gemeinderat soll zukünftig klar und deutlich kundtun, dass er den Antrag zurückziehe resp. dass er mit dem Antrag der Finanzkommission einverstanden sei und uns diese Turnübungen ersparen.

2193 Schulsozialarbeit Seite 35

Konto 2193.3510.00 Löhne Fr. 350'000.00, Konto 2193.3910.01 Anteil Soziallasten Fr. 31'000.00

Verzicht auf die beantragte Stellenerhöhung von 60% bei der Schulsozialarbeit (Erläuterungsbericht, Stellenplan, Seite 19)

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Wie das Abstimmungsverhältnis der Finanzkommission von 3 Ja- : 2 Nein-Stimmen, bei 2 Enthaltungen, bereits vorwegnimmt, ist man sich selbst in der Finanzkommission uneinig.

Die Finanzkommission ist sich jedoch darin einig, dass die Qualität der Schulsozialarbeit an der Wettinger Schule bereits hoch ist. Auch sind nicht speziell viele Fälle oder Zunahmen von Mobbing oder anderen Problemen bekannt, welche eine Erhöhung des gesamten Stellenetats verlangten. Man merke: Die Erhöhung um 60 Stellenprozente entspricht einer Erhöhung des Gesamtetats um 25 %.

Die vom Gemeinderat angeführte Begründung des Bedarfs nach einer weiteren Qualitätsverbesserung ist für die Finanzkommission ebenfalls zweifelhaft. Es stellt sich hier die Frage des Grenznutzens. Hätten wir keine Schulsozialarbeit, müssten wir diese sofort einführen. Entfaltet eine Erhöhung des Stellenetats tatsächlich eine entsprechende Wirkung? Erfahrungsgemäss flacht die Wirkungskurve im oberen Bereich sehr stark ab. Oder mit anderen Worten: Man könnte noch viel mehr Geld und Personal investieren, aber es wird deswegen nicht im gleichen Verhältnis auch tatsächlich besser.

Einige Mitglieder der Finanzkommission sind der Auffassung, dass die Gemeinde Wettingen noch mehr investieren und vorbeugend reagieren soll für den Fall, dass ein schwieriger Fall eintritt. Ist diese Aufstockung tatsächlich das Zünglein an der Waage, welche die Risiken wegbedingt? Weil die Schulsozialarbeit heute schon mit hoher Qualität arbeitet, sind drei Mitglieder der Meinung, dass darin durchaus Potential auf einen wiederkehrenden Posten, auf jährlich wiederkehrende Löhne, vorhanden ist.

Der Beizug des Benchmarks des Departements für Bildung, Kultur und Sport erachten einige Mitglieder der Finanzkommission ebenfalls als keine stichhaltige Begründung, denn es ist hinlänglich bekannt, dass die kantonalen Vorgaben eher zu hoch und auf der sicheren Seite anzusiedeln sind. Wir haben das Recht, vernünftig am Boden zu bleiben und Zurückhaltung gegenüber unserem Budget zu wahren. Ich erwarte bereits heute, dass wenn ein schwieriger Fall eintritt, dieser prioritär behandelt wird. Und das ist mit dem Stellenetat von heute bereits möglich.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, den Budgetbetrag beim Konto 2193.3010.00 um Fr. 55'000.00 auf neu Fr. 295'000.00 und beim Konto 2193.3910.01 um Fr. 9'500.00 auf neu Fr. 21'500.00 zu reduzieren.

Abstimmungsverhältnis: 3 Ja- : 2 Nein-Stimmen, bei 2 Enthaltungen.

Hiller Yvonne: Wie bereits angetönt, wollen wir diese Stellenerhöhung nicht streichen und ich habe an Alan Pistone ermahnt. Ich habe ermahnt, dass längerfristig noch mehr Kosten generiert werden und wir in Zukunft froh wären, hätten wir diese Senkung abgelehnt. Wir verstehen nicht, dass man in Zeiten von sehr tiefem Schuleinstiegsalter von vier Jahren solche Anträge gutheissen soll. Ich weiss von vielen Eltern, denen nicht bewusst ist, dass ihr Kind auch zurückgestellt und erst mit fünf Jahren in den Kindergarten geschickt werden könnte. Ich weiss von vielen Ärzten als Entwicklungsspezialisten, dass wir in ein Desaster laufen. Die Kinder sind für alles zu jung und gehen teilweise noch Windeln tragend in den Kindergarten. Das hört mit der Lehrvertragsunterzeichnung auf, den die Jugendlichen noch nicht selber unterschreiben können. Sie stehen als Fünfzehnjährige vor dem Lehrmeister, der sie als zu jung einstuft. Dazwischen spielt sich die ganze Entwicklungsspanne ab, in der sie nicht Schritt halten können und die für alle Beteiligten Probleme generiert. Wenn wir diese Stellenerhöhung entstehen lassen, können wir entgegenwirken. Es gibt ansonsten keine Anpassungen im Schulplan und den dazugehörigen Verträgen.

Gähler Judith: Liebe anwesenden Vertreter der Schulsozialarbeit. Die Fraktion FDP wird dem Antrag der Finanzkommission nicht folgen und das nicht nur, weil die Kinder vierjährig sind. Wir, wie viele andere Kantone, haben dem HarmoS-Konkordat zugestimmt. Die Schülerzahlen in Wettingen sind in den letzten Jahren stetig gestiegen. Eine Anpassung bei der Schulsozialarbeit ist aber nicht erfolgt. In unseren Augen ist das unumgänglich, damit die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter weiterhin präventiv und professionell arbeiten können. Die Schulsozialarbeit - kurz gesagt die SSA - ist in der heutigen Schullandschaft nicht mehr wegzudenken. Sie entschärft die leider steigende Anzahl von Konflikten jeglicher Art vor Ort zeitnah, unkompliziert und professionell. Sie ist die Ansprechpartnerin für Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonen, aber auch der Eltern. Unter dem Strich ist es psychologisch für die Betroffenen und für die Gemeinde kostengünstiger, schwierige Fälle vor Ort unbürokratisch abzuhandeln. Was die SSA präventiv leistet, lässt sich nicht in Zahlen erheben. Nichtsdestotrotz zeigt sich ihr erfolgreiches Wirken in dem, dass Wettingen in den letzten Jahren von grossen, in den Medien ausgeschlachteten Mobbingfällen verschont blieb. Die Gesellschaft wandelt sich und leider nicht nur zum Guten. Denken wir an die digitalen Medien, die für alle Erziehenden, seien es Lehrpersonen oder Eltern, eine grosse Herausforderung sind. So

sind beispielsweise die Kindergartenkinder kleiner und jünger, wenn sie eingeschult werden. Sie sind nicht nur jünger, sondern haben auch spürbar immer weniger soziale Kompetenzen und grosse Mühe, sich in einer Gruppe einzuordnen. Genau hier kann die SSA viel bewirken, was sie nur machen kann, wenn sie genügend Ressourcen hat. Deshalb bitte ich Sie, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, unseren Argumenten zu folgen und die notwendigen Mittel zu sprechen.

Reinert Marie Louise: Unsere Fraktion EVP/Forum 5430 hat sich auch sofort entschlossen, diese Streichung nicht zu unterstützen. Ich möchte eine Kleinigkeit bei meiner Vorrednerin ergänzen. Konfliktsituationen sind alltäglich. Die Lehrperson wird konfrontiert und reagiert richtig, aber man muss dem Konflikt auf den Grund gehen. Die Kinder sind sehr verschieden und haben verschiedene kulturelle Horizonte, Erfahrungen und Verhaltensweisen. Das muss auch gelehrt werden. Dafür braucht es kommunikativ, sozial und interkulturell geschulte Personen. Ich denke nicht nur an Schulpfleger, auch Mütter und Väter wissen von dieser aktuellen Problematik. Ich bitte Sie, nicht auf die Stellenerhöhung "zu verzichten".

Camponovo Christa: Die Voten der Fraktion FDP sind überzeugend. In den Achzigerjahren wurde ich in der Stadt Zürich bei der ersten Schulsozialarbeitsstelle der Schweiz angestellt. Diese wurde nicht von der Schule, sondern vom Jugendsekretariat initiiert. Die aufwändigen, teuren Massnahmen, die wegen Konflikten und Problemen ergriffen werden mussten, erfolgten jeweils zu spät. Man begriff, dass zeitnah interveniert werden muss und so wurde die Schulsozialarbeit gegründet. Die Lehrpersonen waren der-einst, im Gegensatz zu heute, nicht sehr begeistert. Heute wissen sie, dass die SSA eine grosse Unterstützung ist. Wir sind der Meinung, dass keine statistischen Vorgaben von Aarau erfüllt werden müssen, denn das ist gemeindespezifisch. Dass es in Wettingen noch nie grosse Probleme gab, spricht für eine Aufrechterhaltung und Aufstockung der Schulsozialarbeit. Cybermobbing mit seinen gravierenden Folgen ist ein Stichwort. Das hat es früher in dieser Form nicht gegeben. Die Aussage des Finanzkommissionspräsidenten, dass Prioritäten gesetzt werden müssen, leuchtet uns ein. Mit der Dotierung von heute können die 'Feuerwehrrübungen' priorisiert und es kann eingegriffen werden. Die wichtige Präventionsarbeit aber leidet. Ein zusätzliches Argument ist der gravierende Lehrermangel, auch im Kanton Aargau. Die Schule muss attraktiv sein, damit die guten Lehrpersonen und Schulsozialarbeitenden nach Wettingen kommen. Die kleinliche Streichung einer notwendigen Stellenerhöhung trägt nicht zur Attraktivität einer Schule bei. Die Fraktion SP lehnt den Antrag der Finanzkommission einstimmig ab.

Fricker Martin: Eigentlich wollte ich mich zu diesem Thema nicht äussern, aber es erstaunt mich, dass wir eine Stelle erhöhen müssen, wenn wir dort keine Probleme haben. Das ist für mich völlig unlogisch. Ich möchte mich in diesem Zusammenhang als ebenfalls ehemaliger Lateinlehrer an Marie Louise Reinert wenden: "Difficile est saturam non scribere" – wie Juvenal schon wusste: "Es ist schwierig, die Satire nicht zu schreiben".

Reinert Marie Louise: Zur Aussage von Martin Fricker: Dass wir keine Probleme haben, darf nicht gesagt werden. Es ist nicht erst ein Problem, wenn es im Blick zu lesen ist. Das ist keine Sparübung! Verzichteten Sie nicht!

Sozzi Sandro, Gemeinderat: Im Voraus möchte ich mich für all die positiven Voten bedanken. Es stimmt nicht, dass wir keine Probleme haben. Seit wir die Schulsozialarbeit haben, hat sich einiges in der Schule Wettingen verändert. Positiv ist, dass sich die Schulsozialarbeit zu einem wichtigen Pfeiler in der Prävention und der Interventionsarbeit entwickelt. Sie arbeitet vernetzt, zielgerichtet und pragmatisch, was uns sehr freut. Mit ihrer Einführung kamen aber auch einige Veränderungen. Das Herabsetzen des Einstiegsalters in den Kindergarten wurde bereits erwähnt. Die Schülerzahl hat im Allgemeinen zugenommen, was nicht zu weniger Problemen führt. Hier ergänze ich, dass wir

nicht mit dem Vergleichsmassstab mithalten, denn wir befanden uns jahrelang unter diesem Massstab, fahren nun langsam wieder auf die gleiche Höhe und werden nächstes Jahr wieder darunter liegen. Es treten vermehrt Probleme mit grenzenlos sozialisierten Kindern auf. Bei Lehrpersonen, Angestellten der Schule, aber auch teilweise bei den Eltern und Kindern kommen vermehrt Stress- und Belastungsprobleme vor. Zudem hat die Schulevaluation im Frühling gezeigt, dass wir im Bereich des Schulklimas Verbesserungspotential haben. Auch hier kann die SSA einen wichtigen Beitrag leisten. All diese Punkte sind arbeitsintensiv und belasten die Schulsozialarbeit. Sie stösst langsam an ihre Grenzen. Deshalb hat sich der Gemeinderat für eine Investition in die Sicherstellung der Präventions- und Interventionsarbeit entschieden. Wir müssen die Qualität unserer Schule nachhaltig sichern. Ich möchte beliebt machen, den Antrag der Finanzkommission abzulehnen.

Ich möchte auf die Frage von Christian Wassmer betreffend Verpflegungsgelder zurückkommen. Ich habe den Abschnitt im Erläuterungsbericht nochmals gelesen. Es heisst, dass der Beitrag an die Verpflegung Fr. 16.00 pro Tag nicht übersteigen darf. Das ist nicht ganz korrekt geschrieben. Der Bundesgerichtsentscheid sagt aus, dass diese Fr. 16.00 die Basis ist, die die Eltern an Verpflegungskosten zu zahlen haben. Sprich, wenn wir eine Schulreise mit den Schülern machen, dürfen den Eltern maximal Fr. 16.00 pro Tag angelastet werden. Hiermit wird aber nicht nur die Verpflegung, sondern auch die Reise und Unterkunft usw. bezahlt. So darf ein Klassenlager à fünf Tagen nur noch Fr. 80.00 oder eine eintägige Schulreise Fr. 16.00 für die Eltern kosten. Das genügt nicht und wir können uns dem Urteil nicht widersetzen. Deshalb nehmen wir die Mehrkosten in das Budget auf.

Abstimmung

Beschluss des Einwohnerrats

Der Antrag der Finanzkommission, den Budgetbetrag beim Konto 2193.3010.00 um Fr. 55'000.00 auf neu Fr. 295'000.00 und beim Konto 2193.3910.01 um Fr. 9'500.00 auf neu 21'500.00 zu reduzieren, wird mit 7 Ja- : 33 Nein-Stimmen, bei 4 Enthaltungen, abgelehnt.

3110 Kulturförderung Seite 39, Konto 3110.3170.00 Öffentlichkeitsarbeit Fr. 2'000.00, Konto 3110.3636.01 Kulturelle Beiträge Fr. 257'775.00

Formelle, saldoneutrale Konto-Umbuchung innerhalb desselben Ressorts hinsichtlich des Beitrags für das Klosterfest.

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Es geht hier nicht um einen politisch umstrittenen Antrag, sondern um die finanzrechtliche Korrektheit.

Die Finanzkommission ist der Auffassung, dass der Beitrag an das Klosterfest nicht Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinde Wettingen ist, sondern ein Kulturbeitrag darstellt und somit am falschen Ort budgiert ist. Die Umbuchung ist saldoneutral.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, den Budgetbetrag beim Konto 3110.3170.00 um Fr. 2'000.00 auf neu Fr. 0.00 zu reduzieren und beim Konto 3110.3636.01 um Fr. 2'000.00 auf neu Fr. 259'775.00 zu erhöhen.

Abstimmungsverhältnis: 7 Ja- : 0 Nein-Stimmen, bei 0 Enthaltungen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Antrag der Finanzkommission, den Budgetbetrag beim Konto 3110.3170.00 um Fr. 2'000.00 auf neu Fr. 0.00 zu reduzieren und beim Konto 3110.3636.01 um Fr. 2'000.00 auf neu Fr. 259'775.00 Fr. zu erhöhen, wird zugestimmt.

Burger Alain: Ich will etwas Gutes loben. Unsere Gemeindebibliothek bietet neu eine Lehrstelle für Information und Dokumentation an. Die Berufsbildung ist ein wichtiger Teil unseres Bildungssystems. Im Gegensatz zur allgemeinbildenden Ausbildung ist die berufliche Grundbildung noch stärker von der Nachfrage und dem Angebot bestimmt. Ein Blick auf die Verbandsseite von Information und Dokumentation zeigt, dass es im Aargau mit Wettingen nur acht Ausbildungsplätze für diesen Beruf und im Jahr 2019 nur vier Lehrstellen gibt. Die Gemeinde Wettingen leistet mit der neuen Lehrstelle in diesem Berufsfeld einen wichtigen Beitrag. Ich bedanke mich herzlich bei den Verantwortlichen der Gemeindebibliothek und dem zuständigen Gemeinderat für diese Möglichkeit.

Reinert Marie Louise: Konto 3420, Parkanlagen - öffentliche Anlagen, Seite 43. In der Einleitung habe ich erwähnt, dass wir ab und zu etwas suchen und hoffen, es zu finden. Es handelt sich um das Konto 3140.00, Unterhalt von Grundstücken. Ich habe mir die Frage gestellt, wo der Betrag für die Neophytenbekämpfung zu finden ist. Das war schon einmal ein Thema in diesem Rat. Diese invasiven Pflanzen können nicht mit einer einmaligen Aktion bekämpft werden. Beim Unterhalt von Grundstücken wurde der Betrag der Rechnung 2017 von Fr. 172'000.00 auf Fr. 117'200.00 im Budget 2018 und Fr. 109'550.00 im Budget 2019 gekürzt. Ich hatte keine Gelegenheit in Erfahrung zu bringen, warum die Kürzung gemacht wurde. Ich vermute, dass kein Platz für die Neophytenbekämpfung vorhanden ist. Beim Werkhof und Forstwerkhof habe ich nachgefragt. Sie räumen die Neophyten in den Rabatten. Für Kontrollen und gezielte Einsätze haben sie aber keine Zeit. Ich vermute, dass anstelle des Götterbaums, des drüsigen Springkrauts, des Japanknöterichs usw. die Budgetbeiträge kurz geschnitten und die Ressourcen so gekappt werden. Wenn es der Fall ist, dass in diesem Konto die Neophytenbekämpfung abgespart wurde, würde ich das als eine schlechte Sparübung empfinden.

Konto 3420.3612.00, Entschädigungen an Gemeinden, Seite 43. Es wurden Fr. 10'000.00 gestrichen. Gemäss den erhaltenen Informationen beinhalten diese Fr. 10'000.00 einen Betrag, welchen die Einwohnergemeinde der Ortsbürgergemeinde für Unterhalt im Wald im Naherholungsgebiet abgibt. Im Erläuterungsbericht auf der Seite 5 stehen die drei Wörter 'Naherholung, Unterhalt und reduzieren'. Was wird weniger geleistet? Es wurde nicht so klar geantwortet. Die Sitzbänke und Wegweiser werden nicht mehr so häufig ersetzt. Es werden billigere Lösungen gesucht. Wir werben mit dem Naherholungsgebiet.

Konto 3420.3910.02, interne Verrechnungen Werkhof. Der Budgetbetrag wird von Fr. 365'900.00 auf Fr. 274'900.00 reduziert. Betrifft das auch noch diese Information? Im Rechenschaftsbericht 2017 verweist eine ganze Seite auf die Tümpel in der Vögelimatte. Diese sollten dringend saniert und abgetieft werden.

Wo sind die Neophytenbehandlungen und die Abtiefung und Rettung der Tümpel budgetiert? Die Miseren wurden schon dreimal in einem Rechenschaftsbericht erwähnt. Die Kulturlandkommission wurde abgeschafft, die kann sich nicht mehr zu Wort melden. Ich habe in diesem politischen Umfeld keine Chance, einen Antrag resp. drei Anträge zu stellen. Aber ich möchte diese Fragen beantwortet haben. Vielen Dank.

Ernst Kirsten, Gemeinderätin: Ich möchte mich gerne zur Neophytenbekämpfung äussern. Der Werkhof ist besorgt für die Instandhaltung im gesamten Strassenraum, in den Park-, Schul- und Sportanlagen in unserer Gemeinde. Die Neophytenbekämpfung wird tagtäglich im ordentlichen Unterhalt gemacht und ist auch dort budgetiert. Entlang der Bäche sind wir von Seiten des Kantons beauftragt die Neophytenbekämpfung durchzuführen und diese Arbeit wird vom Kanton entschädigt. Die Landwirte erhalten ebenfalls Fördergelder vom Kanton und haben somit den Auftrag ihre Wiesen und Äcker dementsprechend gegen Neophyten zu behandeln. Der Forstbetrieb ist besorgt den Wald zu pflegen und bekämpft dort die Neophyten. Das Vorkommen der Götterbäume hat sich in den letzten Jahren bedeutend reduziert, wenige sind noch im Waldbereich vorhanden und die Situation wird vorzu beobachtet. Sollten in privaten Gärten Neophyten vorkommen, dürfen sich die Eigentümer für eine Beratung beim Werkhof melden. Der Werkhofleiter Rémy Monney und Fabian Güller, Spartenleiter Grünpflege, beraten gerne die Eigentümer bei der Bekämpfung und Entfernung der Neophyten. Der Betrag, der in der Rechnung 2017 vorhanden war, wurde für die Götterbaum-Entfernung in privaten Liegenschaften verwendet. Der Betrag, der gesenkt wurde, ist eine Sparmassnahme, in dem verzichtet wird, dass noch zusätzliches als bereits im ordentlichen Unterhalt ausgeführt, gegen die Neophyten unternommen wird.

Es stimmt, der Kulturlandausschuss wurde abgeschafft und in die Bau- und Planungsabteilung integriert. Es arbeiten dort Fachleute, die sich jetzt im Auftrag ihrer Arbeit um all die Themen im Bereich Kulturland kümmern. Gerne kann sich jeder aus der Bevölkerung mit Anliegen diesbezüglich direkt an die Abteilung Bau- und Planung richten.

Reinert Marie Louise: Vielen Dank. Es wurde mir aber nicht klar, woher der Betrag für die Sanierung der Vögelmatte herangezogen werden kann, wenn alle Budgetbeträge in diesem Bereich verkleinert werden. Der Tag hat 24 Stunden und dann kommt erst noch die Nacht. Wie sollen sie das machen, wenn die Ressourcen zurückgehen? Wo müsste ein Betrag ergänzt werden? Die Frage bleibt offen.

Ernst Kirsten, Gemeinderätin: Die Rechnung 2017 weist im Konto 3420.3910.02 einen Verbrauch von Fr. 218'812.50 für diesen Bereich aus und es wurde damals nicht alles ausgeschöpft. Wir erhöhen nun dieses Konto im Budget 2019 auf Fr. 274'900.00 und haben somit eine Reserve in Form von Werkhofleistungen eingeplant.

5792 Integrationswesen Seite 49, **Konto 5792.3136.01 Projekte / Präventionsmassnahmen Fr. 26'000.00**
Streichung des Beitrags an das Projekt Regionale Integrationsfachstelle.

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Die Finanzkommission ist grossmehrheitlich der Auffassung, dass der Beitrag an das Projekt zur Schaffung einer regionalen Integrationsfachstelle nicht via Budget zu bewilligen ist, sondern über einen einzelnen, speziellen Antrag.

In Anbetracht der Tatsache, dass der Bericht noch nicht einmal im Gemeinderat behandelt wurde und er selber nicht weiss, was er genau beschliesst, erachtet es die Finanzkommission als nicht sauber, die finanziellen Mittel via Budget zu bewilligen.

So ist zum Beispiel nach wie vor unklar, wo die Fachstelle örtlich angesiedelt würde, welcher Leistungsumfang tatsächlich angeboten werden soll und insbesondere wie die Finanzierung nach dem Jahr 2021 sichergestellt sein wird, denn dann wird sich der Kanton voraussichtlich aus der Finanzierung zurückziehen. Im Jahr 2021 wird der Kanton strukturell ein grösseres Problem als Wettingen haben.

Es gilt anzumerken, dass es keine gesetzlichen Vorgaben gibt, den gesetzlichen Auftrag der Integrationsförderung über eine solche Koordinationsstelle mit wiederkehrenden Kosten im Sinne von Personalaufwand zu lösen. Wer weiss, ob es im Zeitalter der sozialen Medien und des Internets nicht auch einfachere Lösungen gibt.

De Facto möchte die Finanzkommission verhindern, dass hier erneut im guten Willen by the way wieder eine Mogelpackung à la UNICEF-Label entsteht. Vielmehr ist die Finanzkommission der Auffassung, dass der Gemeinderat dem Einwohnerrat das Anliegen nach Klärung der offenen Fragen in Form einer Einzelvorlage zur politischen Beschlussfassung unterbreiten und nicht einfach via Budget ein unreifes Vorhaben ohne politische Diskussion platzieren soll. Dann kann der Einwohnerrat ‚en connaissance de cause‘ fundiert entscheiden. Das Budget wird entlastet. Es geht aber nicht um eine Streichung, sondern um das Verfahren.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, den Budgetbetrag beim Konto 5792.3136.01 um Fr. 25'000.00 auf neu Fr. 1'000.00 zu reduzieren.

Abstimmungsverhältnis: 5 Ja- : 2 Nein-Stimmen, bei 0 Enthaltungen.

Wassmer Christian: Die CVP-Fraktion schlägt einstimmig vor, den Finanzkommissionsantrag betreffend Streichung zu unterstützen. Allerdings mit dem Hinweis, dass zuerst das Konzept fertig ausgearbeitet, durch die Gemeinderäte aller Gemeinden abgesehnet und dann den jeweiligen Einwohnerräten bzw. Gemeindeversammlungen mittels separatem Antrag und kompletten Informationen unterbreitet wird. Grundsätzlich hat der Einwohnerrat bis heute keinen Auftrag zur Schaffung einer solchen Integrationsfachstelle erteilt. In den letzten Budgets scheint irgendwo Geld für die Ausarbeitung eines Konzepts enthalten gewesen zu sein. Besprochen wurde dies im Rat aber nicht. Bis heute liegt das Konzept nicht vor und es wurde auch noch nicht im Gemeinderat behandelt. Details über genaue Finanzierungsmethoden, Führung und Verantwortung, Chancen, Risiken, allenfalls Alternativen wie selber erbringen, regionale Lösung, einkaufen, sind nicht bekannt.

Wir sind der Meinung, dass der Betrag aus dem Budget gestrichen und zuerst das Konzept fertig ausgearbeitet werden soll.

Die Gemeinden sind zudem frei, wie sie den Gesetzesartikel umsetzen möchten. Es besteht weder vom Bund noch vom Kanton die Pflicht zur Schaffung einer solchen Stelle. Dies wurde schriftlich durch das kantonale Amt für Integration bestätigt. Es handelt sich um eine freiwillige, zusätzliche Dienstleistung in finanziell schwierigen Zeiten. Da sollten wir durchaus verstehen, was wir bewilligen. Bereits heute gibt es kostenlose Beratungen für Integrationswillige: z.B. www.integrationaargau.ch und www.hello-aargau.ch. Es würde uns freuen, wenn die anderen Parteien auch nicht die Katze im Sack kaufen wollen und wir das Thema später mit genügend vorhandenen Informationen behandeln.

Schmidmeister Lea: Wir kaufen nicht die Katze im Sack. Es fanden diverse Informationsveranstaltungen (z.B. World-Café) statt, an denen teilgenommen werden konnte. Über 100 Personen haben ein Konzept ausgearbeitet, welches auf der Homepage zu finden ist. Es handelt sich um die Pilotphase 'Regionale Integrationsfachstelle'. Der Bund und die Kantone wollen die Integrationsförderung von Ausländerinnen und Ausländern verstärken. Seit 2014 bis 2021, wahrscheinlich aber länger, laufen in allen Kantonen vierjährige Integrationsprogramme. Das Ziel ist laut Art. 4 des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) das Zusammenleben der einheimischen und ausländischen Wohnbevölkerung, basierend auf den Werten der Bundesverfassung, zu verbessern. Der Bund, die Kantone und Gemeinden sorgen gemäss Art. 56 AuG für eine angemessene Information von Ausländerinnen und Ausländern. Da genügt eine Homepage nicht. Die Informationen sollen über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der

Schweiz, insbesondere über die Rechte und Pflichten, informieren. Die geplante Regionale Integrationsfachstelle schafft als regionale Anlaufstelle im Bereich Integration günstige Rahmenbedingungen, um diesen Artikel umzusetzen. Neuzugezogene sollen am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben in der Gesellschaft in Wettingen teilnehmen können. 50 Gemeinden im Kanton setzen das bereits um. Von Wohlen bis Laufenburg, Menziken bis Aarau - Integration wird regional verankert. Nur Wettingen soll das nicht nötig haben? Stellen wir uns quer? Aus welchem Grund? Die Finanzierung der Regionalen Integrationsfachstelle wird durch verschiedene Gemeinden und den Kanton geteilt. Ein 'Schnäppchen' könnte man das nennen. Ein 'Schnäppchen', welches uns durch eine Ablehnung des Budgetpostens durch die Lappen geht. Vielleicht finden gewisse Gemeinden eine andere Lösung und wir müssen die Integrationsförderung selber aufziehen, was teurer zu stehen käme. Drei Jahre Pilotphase inklusive Evaluation der Angebote, Erfahrungen, Nutzung usw. zeigen uns, dass das Konzept wie auch der Finanzierungsplan bestehen. Liebe CVP-Fraktion, sagt Ja, so können wir mit den anderen Gemeinden zusammen starten.

Mollet Désirée: Ich bin überrascht, wenn ich denke, dass wir vorhergehend eine Stelle, mit der Begründung der Notwendigkeit einer besseren Verankerung des Ressorts Gesellschaft und der Umsetzung des UNICEF-Labels, bewilligt haben. In das Konzept der Regionalen Integrationsfachstelle wurde viel Zeit und Aufwand investiert, um eine günstige Lösung für die Erfüllung eines Gesetzesauftrags zu finden. Ein 21-seitiger Bericht zeigt auf, was vorgenommen und welcher Nutzen erhofft wird. Es wäre hilfreich gewesen, wenn dieser Bericht dem Einwohnerrat zur Kenntnis vorgelegt worden wäre. Wenn er nur online gestellt ist, wird er nicht von allen gelesen. Tatsache ist, dass die Planung bereits weit fortgeschritten ist und die Gemeinde Wettingen den Gemeinden Spreitenbach und Neuenhof eine Zusammenarbeit vorgeschlagen hat und sie ins Boot genommen werden konnten. Wenn wir jetzt Nein sagen, machen wir uns unglaubwürdig. Fakt ist auch, dass wir viel Leistung für wenig Geld bekommen werden. Es wird befürchtet, dass wir die Leistungen im Fall einer Ablehnung zu einem höheren Preis erbringen oder Geld für eine unbefriedigende, unwirksame Lösung verschwenden müssen. Die Fraktion FDP wird den Antrag der Finanzkommission ablehnen.

Hiller Yvonne: Wer meinen Ausführungen folgte, hat erfahren, dass Antoinette Eckert einiges mehr über ihre Stellenprozente hinaus geleistet hat. Sie hat für dieses Projekt die Zusammenarbeit mit den Gemeinden gesucht. Mich verwundert nicht, dass sie nicht auch noch Zeit gefunden hat, ein sauberes Konzept zu schreiben. Es wäre bedauerlich, hier einen Schnitt zu machen. Es ist alles verfügbar, wir können beginnen und die anderen Gemeinden sind im Boot. Wenn wir nochmals von vorne beginnen, stehen wir alleine da, was viel höhere Kosten verursachen würde.

Benz Thomas: Was ich zusätzlich noch einbringen will, wird wahrscheinlich vergeblich sein. Aber ich bin der Meinung, dass es doch gesagt werden muss. Es sprechen alle von unterschiedlichen Konzepten, Projekten und Stellen. Ich habe versucht, das Geschäft als Finanzkommissionsmitglied zu prüfen. Die Informationen, die vorhanden sind, habe ich erhalten. Der Weg, die Idee umzusetzen und das Projekt zu verfolgen, der stimmt und der Gemeinderat kann nicht kritisiert werden. Was ist passiert? Vor drei Jahren hat man mit der Workshop-Methode 'World Café' begonnen. Das 21-seitige Konzept ist vorhanden. Für die Ausarbeitung des Projekts mit allen beteiligten Gemeinden war im Budget 2018 ein Betrag enthalten. Ende 2017 haben sich die Gemeinden das erste Mal mittels einer Projektgruppierung getroffen. Neben Wettingen waren die Stadt Baden mit ihrer bereits bestehenden Stelle, der Kanton und die beigezogene Firma Schiess Beratungen vertreten. Die Idee für Wettingen bestand bereits und so wurde ein Konzept für alle Gemeinden erarbeitet. Der Gemeinderat wollte löblicherweise keine eigene, sondern eine regionale Stelle aufbauen. Der Start der Projektgruppe war im Jahr 2018. Die ex-

terne, spezialisierte Firma Schiess erarbeitete einen Prozessbeschrieb über die Erarbeitung des Konzepts. Unter Punkt 2 'Zielsetzung' des Dokuments vom 6. März 2018 steht: "Ein Konzept für ein dezentrales Angebot Integration ist als Entscheidungsgrundlage für die beteiligten Gemeinden erstellt. Die beteiligten Gemeinden sind über unterschiedliche Modelle von dezentralen Angeboten informiert und kennen deren Vor- und Nachteile. Varianten für die künftige Organisation liegen als Entscheidungsgrundlage vor." Wenn die im Dokument definierten Prozessschritte gründlich durchgelesen werden, steht unter Schritt 8: "Verabschiedung des Konzepts (25.10.2018)." Die Steuergruppe verabschiedet die definitive Version des Konzepts 'Angebot Integration'. Das Konzept dient dann den beteiligten Gemeinden als Entscheidungsgrundlage.

Die Auffassung ist falsch, wenn es darum geht, heute diese Stelle zu streichen resp. nicht zu bewilligen. Wenn ein Konzept erarbeitet wird, was im Budget 2018 unser Wunsch war, soll es fertig erstellt und wie geplant anschliessend dem Gesamtgemeinderat aller Gemeinden übergeben werden, damit alle die Vor- und Nachteile und die verschiedenen Varianten kennen. Das von den Gemeinderäten abgesegnete, fixfertige, bezahlte Konzept soll an die Einwohnerräte oder Gemeindeversammlungen gelangen und sachlich fundiert betrachtet werden. Ich war nicht die Person, die als erste für das Konzept gekämpft hat, kann aber auch nicht sachlich dagegen ankämpfen, wenn die Grundlagen fehlen. Es liegt kein definitives Konzept vor und es fehlen viele von mir aufgezählte und von der Firma Schiess vorgeschlagenen Punkte. Ich wünsche mir, dass wir über das Konzept, wenn es vorliegt, anfangs 2019 oder im Frühling 2019 - die Umsetzung der Regionalen Integrationsfachstelle eilt nicht - sachlich fundiert diskutieren und entweder mit Überzeugung für oder gegen das Konzept stimmen. Ich kann momentan keiner dieser Richtungen folgen. Vielen Dank für eure Mithilfe.

Fischer-Lamprecht Lutz: Die Fraktion EVP/Forum 5430 zeigt ein gewisses Verständnis für den Wunsch, vor einem Beschluss ein ausgearbeitetes Konzept in den Händen zu haben. Aber wir haben im Budget 2018 Geld für den Prozess gesprochen und das Konzept wird am 25. Oktober 2018 beschlossen. Wir sind der Meinung, dass wir nicht auf der Bremse stehen sollten. Die Integrationsfachstelle könnte im Jahr 2019 zu arbeiten beginnen, wenn wir das Geld sprechen. Wir vertrauen dem Gemeinderat, dass er das Geld für das Konzept nicht freigibt, wenn es nicht Hand und Fuss hat. Aus diesem Grund stimmen wir für die Integrationsfachstelle.

Letztes Jahr hiess es für 'little Wettige', dass ein Monat nach dem Budget kein Kreditantrag mehr eingereicht werden kann. Jetzt verlangt ihr vom Gemeinderat, dass er im Dezember 2018 dieses Geschäft mit einem Kreditantrag vorlegen muss. Da verstehe ich die Logik nicht.

Scherer Sylvia: Ich folge den Ausführungen der Fraktion CVP und unterstütze sie. Der vom Finanzkommissionspräsident François Chapuis vorgeschlagene Weg ist der richtige. Ich habe Bemerkungen zu meinen Vorrednerinnen anzufügen. Einerseits zu Lea Schmidmeister: Es war nicht der Fall, dass jedermann an diesen Informationsveranstaltungen teilnehmen konnten. Ich weiss, dass die Gesundheitskommission informiert wurde und ebenfalls die Sozialkommission. Jedoch wurden wir von der Gesundheitskommission darauf hingewiesen, dass dies nur eine Information ist und keine Aufforderung zur Teilnahme. Aber die Fraktionen wurden auf Delegationen nicht angesprochen. Andererseits zu Désirée Mollet: Du hast erwähnt, dass die umliegenden Gemeinden ins Boot geholt wurden. Ich weiss von einer Gemeinde ganz konkret, dass sie das abgelehnt hat und von einer zweiten, dass das Thema sehr gefährdet ist.

Rey Philippe, Gemeinderat: Ist es nicht so, dass wir nicht beurteilen können, ob das Einführen einer Integrationsfachstelle eilt oder nicht? Wir sind keine Ausländer. Es wohnen 5'695 Ausländerinnen und Ausländer in Wettingen. Davon sprechen 4'688 Personen kein Deutsch als Muttersprache. Jetzt kann man sich über den Zeitpunkt der Einführung streiten, aber diese 4'688 Personen haben keine Anlaufstelle im Rathaus. Das Argument von Thomas Benz ist richtig. Es gibt ein Gesetz, mit dem wir uns nicht strafbar machen, wenn wir es nicht ausführen. Aber wir haben trotzdem 5'695 Ausländerinnen und Ausländer. Wir können sie ignorieren. Wenn sie uns aber Probleme bereiten, weil sie nicht integriert sind, kosten sie uns viel Geld. Die Probleme wachsen bereits im Kindergarten, wenn sie nicht erzogen sind, unsere Sprache nicht sprechen, nicht integriert sind und die Eltern das Schulsystem nicht kennen. Deshalb ist der Gemeinderat der Meinung, dass diese Integrationsmassnahme nötig ist. Der Gemeinderat hat vor drei Jahren gefragt, ob eine Stelle mit wiederkehrenden Kosten im Rathaus notwendig ist. Er hat diese Frage verneint. So wurde der Kontakt mit sieben Gemeinden gesucht. Gestern Abend tagten die Delegierten und es stehen alle hinter diesem Konzept. Es wurde festgestellt, dass integrierte und viele nicht integrierte Ausländerinnen und Ausländer in den Gemeinden wohnen. Mit den nicht integrierten Personen werden wir langfristig Probleme bekommen. Über den Zeitpunkt der Einführung kann man sich streiten. Wenn aber ein Ausländer morgen einen grossen Schaden anrichtet oder eine nicht integrierte Ausländerin fremdplatziert werden muss, weil sie etwas missverstanden hat, kostet das das Zehnfache von Fr. 25'000.00. Es gibt keine günstigere Massnahme als eine gemeinsame, bestmögliche und günstige Lösung. Profis haben uns das Vorgehen erläutert. Die Gemeinden sind auch nur teilweise begeistert und wollen auch keinen Alleingang machen. Wenn die zu schaffende neue Stelle in Baden, die seit 1995 existiert, integriert werden könnte, diese Strukturen benützt werden dürften und alle Kosten (einen Sockelbetrag von Fr. 3'000.00 pro Gemeinde) geteilt werden könnten, wäre eine Variante vorhanden, mit der unsere 5'695 Ausländerinnen und Ausländer mit günstigen Fr. 25'000.00 abgeholt werden könnten. Nebenbei würden wir das Gesetz auch noch erfüllen. Es gibt ein Konzept, welches seit drei Jahren im Internet zu finden ist und aufzeigt, was nötig ist. In diesem Sinne sieht der Gemeinderat die Notwendigkeit mit der besten, schnellsten und günstigsten Variante als Konzept ausgearbeitet.

Benz Thomas: Warum folgt man den Spezialisten, die den Prozessbeschrieb ausgefertigt haben, nicht und bringt nicht nächstes Jahr oder nach Abschluss des Prozesses einen separaten Antrag? Somit könnten die Legislativen aller Gemeinden das Thema diskutieren und darüber befinden. Warum zieht man das jetzt vor? Diese Stelle kann so oder so nicht auf den 1. Januar 2019 besetzt werden, denn dann wäre alles bereits aufgegleist und das Personal eingestellt, ohne dass Varianten vorhanden wären. Einige Gemeinden halten ihre Gemeindeversammlung Ende November zu diesem Thema. Warum die Eile?

Rey Philippe, Gemeinderat: Das Argument kann man gelten lassen. Andererseits hat Wettingen bereits vor drei Jahren die Führung übernommen und eine Zusammenarbeit initiiert. Wenn wir jetzt als erste Gemeinde darüber befinden und eine ablehnende Haltung und Unsicherheit resultiert, ist das ein negatives Zeichen an die mitwirkenden Gemeinden und es könnte zum Ausstieg kommen. Dann stehen wir alleine da und haben immer noch 5'695 Ausländerinnen und Ausländer, für die niemand in unserer Gemeinde zuständig ist. Es gibt keine Ankerstelle, die von Ausländerinnen und Ausländer aufgesucht werden kann. Die Stelle in Baden, die 160 % beinhalten und Fr. 210'000.00 kosten würde und für die der Anteil von Wettingen nur Fr. 25'000.00 wären, wäre die optimalste Lösung.

Scherer Sylvia: Jetzt konnte ich dir, Philippe Rey, nicht folgen. Zuerst hast du uns mitgeteilt, dass alle Gemeinden zugesagt haben und jetzt sind wir die erste Gemeinde, die darüber befindet. Da stellt sich mir eine Verständigungsfrage. Ich habe Kenntnis von einer Gemeinde, dass sie das nicht ins Budget 2018 aufgenommen hat, welches bereits abgesegnet wurde und wie bereits erwähnt von einer zweiten, bei der das Thema auf der Kippe steht.

Rey Philippe, Gemeinderat: Ich war dabei. Baden, Neuenhof, Ennetbaden, Wettingen, Spreitenbach, Würenlos und Killwangen haben gestern Abend um 21.30 Uhr über das Vorhaben entschieden. Vielleicht wurden um Mitternacht noch andere Meinungen gebildet. Die Struktur und das Konzept, welches gestern noch mit Kleinigkeiten angepasst wurde, wurden finalisiert. Die Vertreter der sieben Gemeinden waren gestern der Meinung, die beste und optimalste Lösung gefunden zu haben.

Abstimmung

Beschluss des Einwohnerrats

Der Antrag der Finanzkommission, den Budgetbetrag beim Konto 5792.3136.01 um Fr. 25'000.00 auf neu Fr. 1'000.00 zu reduzieren, wird mit 18 Ja- : 25 Nein-Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.

Wassmer Christian: Seite 46: 5350 Fachstelle für Altersfragen: Dieser Posten erinnert mich stark an die Malerei im Werkhof. Im Budget sind 70 Stellenprozente und Fr. 45'000.00 Lohnkosten enthalten, obwohl die Stelle nicht besetzt und die strategische Stossrichtung weder abgeklärt noch beschlossen ist. Wir wünschen eine unvoreingenommene Prüfung einer regionalen Lösung bzw. Zusammenarbeit mit Pro Senectute, die ohnehin bereits Leistungen in diesem Bereich anbietet. Bis dahin dürfen weder die Stellenprozente noch das Lohnbudget beansprucht werden. Wir erwarten einen Bericht und Antrag im Einwohnerrat, bevor dieser Budgetposten freigegeben wird.

Läng Hanna: Ich möchte mich auch zu diesem Punkt, aber in eine andere Stossrichtung, zu Wort melden. In der Alterspolitik geht es nicht nur um eine Stelle bei der Pro Senectute, die als Anlaufstelle für Fragen von alten Menschen funktioniert. Wir haben ein Altersleitbild, welches wir beschlossen haben und gilt. Alterspolitik beinhaltet viel mehr und es wäre an der Zeit, das Leitbild nochmals durchzulesen und sich den Inhalt und die Bedeutung zu Gemüte zu führen. Ich möchte mich kurz halten. Diese Fachstelle, die im Altersleitbild enthalten ist, wurde nach einem kurzen Start zu einer LOVA-Massnahme und das Budget zeigt an, dass der Gemeinderat ein Outsourcing andenkt. Jedoch steht im Leitbild ausdrücklich, dass das nur zusammen mit dem Gemeinderat und der Bevölkerung realisierbar ist. Das ins Leben gerufene Seniorenforum gibt es, ohne grosse Begründung, auch plötzlich nicht mehr. Es ist nicht gut, wenn der Gemeinderat über sein Vorhaben via Budget informiert. Das kratzt am Vertrauen und wir und viele ältere Einwohnerinnen und Einwohner von Wettingen sind sehr beunruhigt und nicht glücklich. Auch die Meinung der CVP, die Fachstelle an die Pro Senectute abzugeben und den alten Menschen zuzumuten, sich telefonisch Rat zu holen, ist sehr befremdend. Es ist sehr schade, dass der Gemeinderat solche Überlegungen hinter verschlossenen Türen macht und unser Mitdenken und Nachfragen nicht mehr gefragt ist, obwohl die kostengünstigste Variante und die Unterstützung von einem tragfähigen Entscheid vorhanden wären. Wir werden keinen Änderungsantrag stellen. Über den vorliegenden Betrag kann man nicht abstimmen, wenn keine Kenntnisse der Verwendung vorliegen. Ich habe deshalb heute eine Interpellation mit der Frage "Altersleitbild Wettingen, wie weiter?" eingereicht. Je nachdem wie die Antworten ausfallen, werden sich die Fraktion EVP und sicher auch ältere Menschen von Wettingen Gedanken machen und allenfalls reagieren.

Scherer Roger: Konto 5350.3170.12, Seniorennachmittag: Die Fraktion SVP stellt folgenden Antrag:

Es sind Fr. 35'000.00 für die Durchführung eines Seniorennachmittags in das Budget 2019 aufzunehmen. Damit wollen wir einerseits den Respekt gegenüber der Generation, die unsere Gemeinde geprägt hat, wahren und andererseits das Altersleitbild der Gemeinde Wettingen unterstützen. Denn darin steht geschrieben: "Mit dem Altersleitbild setzt der Gemeinderat ein Zeichen bezüglich der Alterspolitik in Wettingen und nimmt die Verantwortung gegenüber der älteren und älter werdenden Bevölkerung wahr. Die aktive Beteiligung dieser Bevölkerungsgruppe am politischen und sozialen Leben in der Gemeinde unterstützt den Erhalt der Zugehörigkeit zur Gesellschaft, trägt zu einer positiven Lebenshaltung bei und ermöglicht den Nutzen von Wissen und Lebenserfahrung." Für unsere Fraktion und die gesamte SVP von Wettingen soll dieser Dank für unsere Seniorinnen und Senioren und für all das, was sie erreicht haben, gezollt werden.

Fischer-Lamprecht Lutz: Ich habe eine Frage an die Fraktion SVP. Ihr habt im Voraus plädiert, dass ihr das Budget 2019 ablehnen werdet. Wenn wir euren Antrag annehmen, stimmt ihr dann dem Budget 2019 zu? Wenn nicht, wäre das ja absurd.

Benz Thomas: Ich stelle diesbezüglich dem Gemeinderat die Frage: Wurde der Seniorennachmittag für die nächsten Jahre gestrichen oder ist die Tatsache, dass die Durchführung eines Anlasses dieser Grösse aufgrund des Umbaus des Tägis nicht möglich ist, der Grund dafür, dass er für das nächste Jahr nicht im Budget enthalten ist? Das Thema haben wir auch während der Prüfung des Budgets in der Finanzkommission diskutiert. Ich bitte, den Gemeinderat, den Grund zu erläutern.

Haas Markus, Gemeinderat: Ich nehme zuerst zur Fachstelle für Altersfragen Stellung. Ich sehe das Schreckensgespenst 'Outsourcing' nicht so tragisch. Baden liegt in der Nähe und die Pro Senectute macht eine gute Arbeit. Wir arbeiten am Konzept und werden die Lösung dem Einwohnerrat präsentieren.

Der Seniorennachmittag kann im Jahr 2019 nicht durchgeführt werden, weil das Tägi saniert wird, ist aber für das Jahr 2020 wieder vorgesehen.

Scherer Roger: Wird das Neujahrskonzert auch nicht stattfinden? Die Durchführung findet jeweils auch im Saal des Tägis statt.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Das Neujahrskonzert werden und können wir nicht abgesagen, da wir Verpflichtungen mit Sponsoren eingegangen sind. Das Neujahrskonzert 2019 findet in der Antoniuskirche statt. Leider können wir den Seniorennachmittag nicht in der Antoniuskirche durchführen. Normalerweise nehmen 600 bis 700 Seniorinnen und Senioren an diesem Anlass teil. Wir haben keine Räumlichkeiten für diesen Anlass zur Verfügung, wenn Fr. 35'000.00 ausreichen müssen. Das wurde schon vor längerer Zeit so abgesprochen und hat im Budget 2019 leider keinen Platz erhalten. Wie bereits erwähnt, ist der Seniorennachmittag im Jahr 2020 wieder vorgesehen. Das wurde übrigens den Seniorinnen und Senioren anlässlich des letzten Anlasses bereits kommuniziert.

Notter Daniel: Das ist ein Armutszeugnis. Wir sind doch in der Lage, in Wettingen einen Seniorennachmittag zu organisieren. Wir besitzen Dreifachturnhallen, in der Tägi Turnhalle können Anlässe für 1'000 Personen organisiert werden.

Abstimmung

Beschluss des Einwohnerrats

Der Antrag der Fraktion SVP, Fr. 35'000.00 für die Durchführung eines Seniorennachmittags in das Budget 2019 aufzunehmen, wird mit 25 Ja- : 16 Nein-Stimmen, bei 3 Enthaltungen, genehmigt.

Camponovo Christa: Ich stelle einen Antrag zum Ressort 4, Gesundheit, Seite 44. Das Konto 43 wird mit Gesundheitsprävention betitelt. Ich hoffe nicht, dass in Wettingen gesagt wird: "Wehe der Gesundheit". Die Gewaltprävention und Krankheitsprävention sind bekannt. Das Konto 43 muss mit ‚Gesundheitsförderung‘ betitelt werden.

Ich stelle den Antrag, dass der Begriff 'Gesundheitsprävention' durch 'Gesundheitsförderung' ersetzt wird.

6151 Parkhaus/Parkplätze Seite 51, Konto 6151.3150.00 Unterhalt Mobilien 54'000.00

Kürzung des Anschaffungsbudgets im Kontext des Postulats Parkplatzbewirtschaftung von Christian Wassmer

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Im Postulat von Christian Wassmer wird gefordert, die Parkplatzbewirtschaftung nach dem neusten und modernen System 'bargeldloses Bezahlen' auszurichten. Die Finanzkommission ist grossmehrheitlich der Auffassung, dass es aktuell sinnvoll ist, im Kontext des Postulats Parkplatzbewirtschaftung von Christian Wassmer einen Anschaffungsstopp und dem zu Folge die Kürzung des Anschaffungsbudgets zu beantragen. Die Finanzkommission will damit verhindern, dass im Jahr 2019 Ersatzbeschaffungen auf der Basis der alten Modelle und der bisherigen Systemtechnik erfolgen. Aus Sicht der Finanzkommission wären das Fehlallokationen, die es zu unterbinden gilt. Reparaturen sind selbstredend davon ausgenommen. Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat in diesem Thema sehr schnell vorangeht und habe gehört, dass bereits eine Arbeitsgruppe gebildet wurde und das geforderte Konzept zeitnah vorgelegt werden kann. Im Jahr 2019 sollen keine 'alten' Geräte beschafft werden.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, den Budgetbetrag beim Konto 6151.3150.00 um Fr. 10'000.00 auf neu Fr. 44'000.00 zu reduzieren.

Abstimmungsverhältnis: 6 Ja- : 1 Nein-Stimmen, bei 0 Enthaltungen.

Wassmer Christian: Die CVP Fraktion unterstützt die durch die Finanzkommission vorgeschlagene Kürzung einstimmig. Es muss aber klar sein, dass mit dieser minimalen Kürzung und dem grossen Restbetrag bis zur Behandlung des Postulats keine Neuananschaffungen getätigt werden sollen und lediglich dringend notwendige Reparaturen ausgeführt werden dürfen, um einen Ertragsausfall zu verhindern.

Ich habe heute vor dem Rathaus mein Auto parkiert. Die wunderschöne, neue, doppelt so grosse Parkuhr kann immer noch nur mit Münzen gefüttert werden (keine Noten, Kreditkarten, Twint etc.). Dafür dürfen wir nicht weiter Fr. 40'000.00 pro Jahr ausgeben. Es ist ein Ärgernis, dass wir Geld dafür in den Sand setzen. Das stört mich massivst und ich möchte das ändern. Ich bekomme viele gleichlautende Rückmeldungen aus der Bevölkerung. Ich hoffe sehr, dass mein Postulat bald behandelt wird. Die zuständige Gemeinderätin hat schon länger von diesem Handlungsbedarf Kenntnis. In der Zeitung konnte gelesen werden, dass die Gemeinde Buchs AG digitale Parkkarten eingeführt hat. Jede alte Parkuhr in Meiringen funktioniert über die 'Sepp-App', auf der nach dem Parkieren

die Autonummer registriert werden kann und die Parkkosten vor dem Wegfahren beim auschecken belastet werden können. Das wäre eine kostengünstige Lösung, welche nach maximal drei Jahren amortisiert wäre und mit der in Zukunft gespart werden könnte.

Abstimmung

Beschluss des Einwohnerrats

Dem Antrag der Finanzkommission, den Budgetbetrag beim Konto 6151.3150.00 um Fr. 10'000.00 auf neu Fr. 44'000.00 zu reduzieren, wird mit 43 Ja- : 0-Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Schmidmeister Lea: Konto 9901.3010.00, Bauamt/Werkhof, Löhne, Seite 61. Der Fraktion SP/WettiGrünen ist es wichtig, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Werkhofs nicht auf die Strasse gestellt werden. Der Gemeinderat hat versichert, dass keine Mitarbeiter ihre Anstellung verlieren werden. Haltet ihr dieses Versprechen? Auch wenn keine Kündigungen ausgesprochen werden und auf natürliche Fluktuation gesetzt wird, sind diese Stellen abgebaut. Es handelt sich wieder um Stellen, die von der Gemeinde in die Privatwirtschaft verschoben werden, was auch eine Änderung der Arbeitsbedingungen bedeuten kann. Wir hoffen, dass die Gemeinde Wettingen keine weiteren Stellen mehr abbaut und sich als verlässlicher Arbeitgeber bewährt. Baut die Gemeinde weitere Stellen ab, was ist geplant? Wenn ja, welche Bereiche sind betroffen? Um in diesem Fall ein Zeichen zu setzen, wird das Fraktionspräsidium SP/WettiGrünen das Budget ablehnen.

Fricker Martin: Konto 9610.3420.00, Zinsen, Kosten Kapitalbeschaffung, Seite 60. Ich stelle fest, dass die Gemeinde Wettingen im Jahr 2017 ca. Fr. 40'000.00 für die Beschaffung von Kapital ausgegeben hat. Das ist ein grosser Betrag. Auch im Budget 2019 ist ein stolzer Betrag von Fr. 15'000.00 vorgesehen. Im aktuellen Negativ-Tiefzins-Umfeld erstaunt mich das sehr. Meine Fragen dazu: Welche Dienstleistungen will die Gemeinde Wettingen für diese Fr. 15'000.00 einholen? Arbeitet sie dazu mit einem Versicherungsdienstleister/-broker zusammen? Wenn ja, mit wem? Wie wurde dieser Auftrag vergeben? Seit wann arbeitet die Gemeinde mit diesem Partner zusammen? Wurde jemals eine Konkurrenzofferte eingeholt? Wenn ja, wann das letzte Mal? Meine Fragen gelten nicht nur für Versicherungsleistungen sondern auch für die Finanzierungen.

Konto 9610.4420.00, Zinsen, Dividendenertrag. Wie bereits gehört, hat der Gemeinderat die Dividendenzahlung der EWW AG an die Gemeinde um 33 % als Teil der Umsetzung der LOVA 2, von Fr. 300'000.00 auf Fr. 400'000.00 erhöht. Gleichzeitig erhöht die EWW AG die Strompreise massiv. Wir können feststellen, dass die EWW AG die Strompreise erhöhen muss, damit der Gemeinderat mehr Geld für das Ausgleichen des Budgets erhält. Dazu meine Fragen an den Gemeinderat: Hätte die EWW AG auf eine Erhöhung des Kilowattstunden-Preises verzichten können, wenn die Gemeinde keine Dividendenerhöhung durchgeboxt hätte? Um wieviel weniger hätte man die Strompreise erhöht, wenn die vorangegangene Frage mit Nein beantwortet wird?

Maibach Markus, Vizeammann: Die Fragen stellen beinahe eine Interpellation dar und es ist sicher effizient, wenn diese heute Abend geklärt werden. Wir haben ursprünglich für die Investitionen im Tägi eine langfristige Emission vorgesehen, um die 50 Mio. Franken zu finanzieren. Das ist kein Daily-Business. In Sachen Negativzinsen braucht es eine professionelle Vermittlung. Wir haben mit verschiedenen Banken zusammengearbeitet und sind auch auf Plattformen tätig. Die Finanzkommission ist informiert, dass wir entschieden haben, dass die eigene Ausgabe einer Finanzanleihe für das Tägi zu schwerfällig und zu teuer ist. Deshalb haben wir zwei Anleihen à je 15 Mio. Franken getätigt. Das hat Vermittlungskosten verursacht. Deshalb ist dieser Betrag in der Rechnung 2018

hoch und im Budget 2019 noch mit Fr. 10'000.00 enthalten. Es ist wichtig, dass wir den Finanzmarkt zurzeit ausschöpfen können, auch mit lang- und kurzfristigen Anleihen. Wir versuchen, die kurzfristig günstige Zinslage und das Risiko, dass die Zinsen langfristig wieder steigen, mit einem flexiblen Ansatz auszugleichen, wofür wir Unterstützung brauchen. Dies nicht nur von einer Bank, sondern wir arbeiten mit verschiedenen Plattformen und Unterstützungsleistenden zusammen.

Ich möchte mich als LOVA 2-Präsident aus dem Gemeinderat an Lea Schmidmeister richten. Ich versichere, dass wir beim Outsourcing sozialverträgliche Lösungen suchen und haben. Wir machen das Outsourcing immer mit der Frage, ob sich eine interne Anstellung, einer externen Lösung gegenüber gestellt, lohnt. Bei den Malerarbeiten und Kehrrichtensorgung ist das so passiert. Dass es intern auch eine gewisse Flexibilität braucht, ist klar. Meine Gemeinderatskollegin Kirsten Ernst ist im Werkhof mit den sozialverträglichen Lösungen gefordert, weil dort die meisten Änderungen passiert sind.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Der Verwaltungsrat der EWW AG hat im Rahmen der Vorbereitungen seiner Tätigkeiten resp. zum Start des operativen Geschäfts angenommen, dass die EWW AG Dividenden in der Grössenordnung von Fr. 300'000.00 ausschütten kann. Die Dividende ist ein Teil des Gewinns, aus dem Ende Jahr eine Ausschüttung für den Eigner resultiert. Wir haben bereits der vorbereitenden Begleitkommission offengelegt, dass es sich bei diesem Betrag um einen Richtbetrag handelt und diesen in das Budget 2018 aufgenommen. Im ersten Geschäftsjahr wurde festgestellt, dass aufgrund von verschiedenen Aktivitäten, die früher im Umfeld der Gemeinde nicht möglich waren, massive Kosteneinsparungen erreicht werden konnten. Im Übrigen ist letztendlich der Ertrag oder der Zinsertrag des Investments, auf dem die Gemeinde als hundertprozentige Eignerin der EWW AG Anrecht hat, bei ca. 100 Mio. Franken Eigentum doch durchaus angebracht, dass die Erwartungshaltung an die Aktiengesellschaft auf der Ertragsseite für die Eignerin höher sein darf. Das Resultat der guten Bewirtschaftung hat der Verwaltungsrat entsprechend vorbereitet und dem Gemeinderat für das Budget 2019 zur Kenntnis gebracht. Der Gemeinderat hat Fr. 400'000.00 entsprechend übernommen.

Ich äussere mich zur konkreten Frage der Strompreise. Wir haben die Strompreise am 31. August 2018, wie es der Regulator EICOM erwartet, publiziert. Dort ist eine Erhöhung ersichtlich. Mit dem Newsletter 39/Okttober 2018 der EWW AG wurde Ihnen als Strombezüger erklärt, warum diese Erhöhung getätigt wurde, nämlich durch entsprechende Vorlegerpreise und veränderte Umlegung von Kosten, die wir einziehen und abgeben müssen. Wir haben nach wie vor den tiefsten Wert, den wir für die Kapitalisierung einsetzen. Wenn Sie unsere Strompreise abrufen, können sie feststellen, dass Wettingen nach wie vor massiv günstige Strompreise anbietet und damit den Strompreis nicht nur wegen der Dividende erhöhen musste. Seien Sie stolz auf unsere EWW AG und dass aufgrund des Kapitals der EWW AG und der Investitionen der Gemeinde in diese AG auch eine entsprechende Dividende zurückfliesst.

Fricke Martin: Das heisst im Klartext, dass man auf das Resultat stolz sein und der Bevölkerung etwas zurückgeben könnte, in dem die Strompreise nur leicht erhöht würden. Das wäre auch eine Möglichkeit und eine sehr soziale Tat, denn der Strompreis ist ein Preis, den jeder bezahlen muss, unabhängig davon ob er ein grosses oder kleines Einkommen und Vermögen hat.

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Ich habe einen den Steuerfuss betreffenden Antrag der Fraktion SP/WettiGrünen auf dem Tisch, über den wir jetzt nach der Debatte über die Erfolgsrechnung abstimmen.

Lamprecht Kristin: Die Fraktion SP/WettiGrünen beantragt, den Steuerfuss für das Budget 2019 bereits auf 100 % festzulegen. Der Finanzplan zeigt deutlich auf, dass die Gemeinde Wettingen nicht ohne Steuererhöhung auskommt. Um Schulden abzubauen braucht es die Steuererhöhung auf 100 %. Das ist im Finanzplan zu lesen. Nun fragen wir uns, warum wir mit der Steuererhöhung noch zuwarten? Es geht doch schliesslich um den Schuldenabbau. Warten wir, weil Wahlkampf mit einer Steuererhöhung im Hintergrund viel schöner und spannender ist? Warten wir, weil man besser noch mehr Schulden macht, als anfängt, Schulden abzubauen? Die Logik mit dem Warten erschliesst sich uns nicht wirklich. Wir sind der Ansicht, je früher wir den Trend einer immer weiteren Verschuldung stoppen, desto besser. Wenn wir bereits im Jahr 2019 die Steuerprozente aufstocken und 5 % Steuereinnahmen mehr zur Verfügung haben, können wir damit die Schuldenlast jährlich um 2,5 Mio. Franken reduzieren. Das ist eine grosse Summe auf die nächsten drei Jahre gerechnet. Die Reduktion der Verschuldung ist doch das am meisten besprochene Thema und die am meisten geforderte Massnahme hier im Rat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die "Mission EINE Generation!" kann man aber müsste man nicht verschieben. Deshalb bitte ich Sie, stimmen Sie mit uns und setzen Sie heute bereits ein Zeichen gegen die Verschuldung und zur Verbesserung der Selbstfinanzierung unserer Gemeinde.

Maibach Markus, Vizeammann: Das ist ein historischer Abend. Wir haben gegenüber dem demieiderätlichen Vorschlag nichts gespart! Es bestätigt aus meiner Sicht, dass der Gemeinderat auf dem richtigen Weg ist. Warum erhöht er die Steuern nicht, obwohl er wissend ist, dass es mittel- bis kurzfristig nötig ist, sie zu erhöhen, um die wachsende Schuldenlast abzubauen. Wir haben dieselbe Diskussion in der Finanzkommission geführt und es ist wichtig, dass ich nochmals zu verstehen gebe, wie die Betrachtung des Gemeinderats aussieht. Die Eintretensdebatte hat gezeigt, dass es Vertrauen in unseren Weg und Gewissheit braucht, dass der Weg der richtige ist. Ich habe erwähnt, dass wir stufenweise vorgehen. Das Wichtigste für uns ist, dass wir den Weg eingeleitet haben und die Nagelprobe die Rechnung 2018 sein wird. Das Vertrauen möchten wir auch in unsere Schätzungen haben. Wir machen das Budget 2019 und wissen noch nicht abschliessend, ob die Rechnung 2018 auf Kurs ist. Wir haben ein gutes Gefühl, aber erst die finale Rechnung 2018 wird das Resultat zeigen. Aufgrund der getätigten Berechnungen wissen wir, was Sache ist. So hat der Gemeinderat auch argumentiert. Unsere Einwohnerinnen und Einwohner brauchen das Vertrauen auch. Ich glaube, es wäre unverständlich, wenn die Steuern um 3 % und nach einer Weile bereits nochmals um 5 % erhöht werden würden. Wir werden unter Traktandum 3 diskutieren, wie es in den nächsten Jahren weitergeht. Die Diskussion von heute zeigt, dass die Erhöhung nötig sein wird, wenn wir die Schulden abbauen wollen, aber Sie müssen uns auch vertrauen. Wir stellen keinen Antrag auf Steuererhöhung, sondern bestehen auf unseren Antrag mit einem Steuerfuss von 95 %.

Abstimmung

Beschluss des Einwohnerrats

Der Antrag der Fraktion SP/WettiGrünen, den Steuerfuss von 95 % auf 100 % für das Budget 2019 festzulegen, wird mit 9 Ja- : 32 Nein-Stimmen, bei 3 Enthaltungen, abgelehnt.

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Ich bitte unseren Leiter Finanzen, Martin Frey, den Budgetausgleich bekannt zu geben, damit wir den Betrag im Konto 9100.4000.00, Allgemeine Gemeindesteuern, Einkommenssteuern Rechnungsjahr, als Ausgleich verbuchen können.

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Gemäss dem Leiter Finanzen, Martin Frey, resultiert ein Aufwandüberschuss von Fr. 2'150.00 im Budget 2018. Das Budget 2019 wurde um Fr. 2'150.00 erhöht.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Antrag der Finanzkommission, den Budgetbetrag beim Konto 9100.4000.00 von Fr. 42'612'866.90 um Fr. 2'150.00 auf Fr. 42'615'016.90 zu erhöhen, wird genehmigt.

Schlussabstimmung

Beschluss des Einwohnerrats

Der Antrag des Gemeinderats, das Budget 2019 der Einwohnergemeinde mit dem Steuerfuss von 95 % zu genehmigen, wird mit 33 Ja- : 11 Nein-Stimmen, bei 0 Enthaltungen, genehmigt.

3 Aufgaben- und Finanzplanung 2019-2022 und verschiedene Finanzszenarien (2018-1556)

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Die Traktandierung des Aufgaben- und Finanzplans im Einwohnerrat ist ein Novum. Es ist ein Novum, dass wir über diese Planung diskutieren dürfen. Die Finanzkommission begrüsst diesen Schritt des Gemeinderats explizit und dankt ihm für die Möglichkeit unverbindlich dazu Stellung zu nehmen. Die Finanzkommission und wohl auch alle Fraktionen gehen davon aus, dass der Gemeinderat die Voten zum Finanzplan in seiner weiteren Planung angemessen mit einfließen lässt. Der Finanzkommission ist der Finanzplan im Vorfeld der Budgetprüfung am 20. August 2018 detailliert präsentiert und erläutert worden. Ein herzliches Dankeschön dem zuständigen Ressortvorsteher und der Abteilung Finanzen. Die Finanzkommission erachtet den vorliegenden Aufgaben- und Finanzplan 2019-2022 als ausgezeichnetes Planungsinstrument mit hoher Aussagekraft, auch wenn uns allen bewusst sein muss, dass der Aufgaben- und Finanzplan ein Planungsinstrument ist und dass die hinterlegten Parameter jährlich überprüft und nachgeführt werden müssen.

Es gilt hier eindeutig das Sprichwort: "Planung ersetzt den Zufall durch den Irrtum – Plane nicht und du weisst nicht, wo du geirrt hast!".

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die Finanzkommission erwartet, dass sich der Gemeinderat irren wird! Aber eben nicht zufällig, sondern nachvollziehbar und Learnings aus der Planung mitnimmt, damit er vorausschauend steuern kann.

Die Finanzkommission kann die Parameter der realistischen Szenarien nachvollziehen. Sie nimmt dabei die Haltung des Gemeinderats, konservative Annahmen getroffen zu haben, zur Kenntnis. Die Entwicklung des Steuersubstrats lässt sich heftig diskutieren. Im Bereich Steuern herrschen sehr schwierige Situationen. Die Prognose, ob die zu erwartende gute Steigerung des Jahrs 2018 auch auf der Kantons- und Bundesebene weiter geht, ist nicht sauber erfassbar. Es wird laut, dass die Steigerung im Jahr 2020 wieder flacher wird. Aber man könnte mit dieser Prognose Lotto spielen.

Die Finanzkommission möchte verhindern, dass wir uns alle in Sicherheit wiegen. Denn auch hier gibt es ein treffendes Sprichwort: "Seid froh, es hätte schlimmer kommen können – wir waren froh und es kam schlimmer!" oder anders ausgedrückt: "Hühnerauge sei

wachsam!". Wir erwarten, dass dieses Instrument auch in Zukunft immer wieder vorgelegt wird und somit auch für den Einwohnerrat als Steuerungsinstrument dienen kann. Dieses bildet für die Diskussionen, was wir uns leisten wollen und können, eine gute Grundlage.

Die Finanzfehlbeträge werden auch im Jahr 2020 aufgrund der historischen Investitionssituation ausgewiesen sein. Eigentlich müssen wir uns eingestehen, dass wir aktuell über unseren Verhältnissen investieren respektive unsere Nachfahren über 20 Jahre eine hohe Schuldenlast abtragen lassen. Die Budgeterhöhung von heute Abend rechnen wir auch ein. Wettingen kann aktuell ein nachhaltiges Investitionsniveau von höchstens rund 10 Mio. Franken pro Jahr ästimieren. In Anbetracht der in der Vergangenheit bereits getätigten Investitionen in die Schulbauten und Strassen sowie der Tägi-Sanierung wird sich eine Verschuldungshöhe pro Einwohner ergeben, welche mehr als kritisch zu beurteilen ist. Wir werden uns im Kanton Aargau voraussichtlich an die Schuldenspitze katalapultieren. Die Feststellung des Gemeinderats, dass diese Situation angesichts der aktuellen Tiefzinsphase verkraftbar ist, mag kurzfristig zutreffen. In Anbetracht der Tatsache, dass ein Schuldenabbau aber erst ab 2025 möglich sein wird, birgt diese Einschätzung grosse finanzielle Risiken auf der Zeitachse. Wer weiss schon, wie die Zinssituation in sieben bis acht Jahren aussieht? Bei einer Erhöhung von 0,5 % ist das ganze Szenario am Boden. Ein leichter Zinsanstieg lässt die Welt sofort anders aussehen und das realistische Szenario mit einer Nettoschuld pro Einwohner von Fr. 1'500.00 im Jahr 2041 rückt in weite Ferne. In der Folge kommt der Gemeinderat selber zur Erkenntnis, dass eine Steuerfusseranpassung für die reine Schuldentilgung voraussichtlich unabdingbar sein wird. Er hat daher eine Erhöhung des Steuerfusses um 5 % auf das Jahr 2021 vorgesehen (siehe Tabelle S. 3).

Einige Haken sind enthalten. Im Jahre 2020 zeigt das Szenario bereits heute ein negatives Ergebnis von Fr. 466'000.00. Zum Glück ist der Aufgaben- und Finanzplan nur ein Planungsinstrument. Das heisst, dass der Gemeinderat im Budget 2020 erneut Massnahmen ergreifen muss, um ein ausgeglichenes Ergebnis erreichen zu können.

Im Jahr 2021 ist ein positives Ergebnis von Fr. 2'194'000.00 geplant, aber 1 % der Erhöhung wurde bereits wieder konsumiert. Es bleibt also viel zu tun!

Das sind Themen, die wir immer wieder und nicht nur im Budgetprozess miteinander besprechen müssen. Bei jedem Beschluss, den wir im Rat fällen, sollten wir die langfristigen Auswirkungen an wiederkehrenden Kosten hinterfragen.

Der Finanzkommission ist es ein grosses Anliegen, dass die finanziellen Probleme gelöst werden und dass wir alle erkennen, dass das mit diesem Finanzplan noch lange nicht gelöst ist. Der Gemeinderat und wir alle im Einwohnerrat müssen nach wie vor grosse Anstrengungen unternehmen, dass diese 5 % Steuerfusserhöhung tatsächlich vollumfänglich der Schuldentilgung angerechnet und diese sichergestellt werden kann. Das ist nicht so einfach, aber es wurde von Vizeammann Markus Maibach beim Steuerfusserhöhungsantrag für das Jahr 2020 erwähnt und ist auch die Meinung der Finanzkommission, dass wir mit der Rechnung 2018 zuerst den Tatbeweis erbringen lassen müssen, ob die Veränderung der LOVA 2, die Veränderung des Budgetprozesses, greifen. Wehe uns, wenn die 2 Mio. Franken Steuererträge/Steuersubstrat, die im Budget 2019 höher eingesetzt wurden, nicht fliessen. Dann sitzen wir in der Tinte. Dann stimmt unser Konzept und der Aufgaben- und Finanzplan nicht. Aber wir könnten aussagen, dass wir uns geirrt haben, es nicht zufälligerweise passiert ist und könnten Massnahmen ergreifen. Wir wüssten, warum wir uns geirrt haben.

Andererseits stellt sich die Finanzkommission die Frage, weshalb der Gemeinderat mit der Erhöhung des Steuerfusses zu Gunsten der Schuldentilgung um ein Jahr zuwartet und eine Erhöhung auf 100 % erst im Jahr 2021 vorsieht. Die Finanzkommission lädt den Gemeinderat ein, das Thema Schuldentilgung aktiver und progressiver anzugehen und eine Erhöhung auf 100 % im Jahr 2020 zu prüfen. Er lädt ihn ein, weil es ein Planungsinstrument ist, für das wir keine Beschlussfassung haben. Die "Mission EINE Generation" soll nicht warten müssen!

Der Finanzkommission ist es gleichzeitig ein grosses Anliegen, dass der Gemeinderat dem Einwohnerrat – und auch der Bevölkerung – klar und verbindlich darlegt, wie er langfristig sicherstellt, dass eine solche Steuerfusserhöhung auch tatsächlich vollumfänglich der Schuldentilgung angerechnet wird. Nämlich auch dann, wenn wir alle nicht mehr in diesem Rat sitzen. Das Jahr 2041 liegt in weiter Ferne. Unsere Ratsnachfolger dürfen nichts mehr an dieser Verbindlichkeit ändern. Ich träume heute noch von der Schuldenbremse und von Pflichtabschreibungen. Die Stadt Aarau überlegt sich, wie sie das selber machen kann. Es ist zu verlockend, die Steuern 5 % zu erhöhen ohne diese Verbindlichkeit. Die sternenklare Zukunft der Gemeinde Wettingen darf nicht getrübt werden!

Der Aufgaben- und Finanzplan 2018-2022 wird zur Kenntnis genommen.

Gähler Judith: Die Fraktion FDP bedankt sich beim Leiter Finanzen, Martin Frey, und seinem Team für den Finanzplan, der uns das erste Mal vorgelegt wurde und von uns eingesehen werden kann. Wir denken, dass das längerfristig ein sehr gutes und nützliches Instrument ist, das laufend angepasst werden muss. Wir hoffen, dass der Finanzplan dem Einwohnerrat zukünftig in regelmässigen Abständen zur Kenntnisnahme vorgelegt wird. Er zeigt für die nächsten zehn Jahre ein optimistisches Bild der Finanzen der Gemeinde Wettingen. Wir haben im positiven Sinn aufgenommen, dass sich der Gemeinderat zum ersten Mal zum Schuldenabbau bekennt, auch wenn das, wie heute bereits erwähnt, entgegen anderen Aussagen von vergangenen Jahren nur durch Steuererhöhungen zu bewältigen sein wird. In unseren Augen ist die prognostizierte Steuer- und Gesellschaftsentwicklung zu positiv kalkuliert. Wir denken an den grossen Wohnungsleerstand im Osten des Kantons, die hohen und für Familien unerschwinglichen Haus- und Baulandpreise in Wettingen und an den allenfalls steigenden Fluglärm, der zur Entwertung der Grundstücke führen kann. Wir stehen der Aussage, dass bis ins Jahr 2040 keine grösseren Investitionen mehr getätigt werden müssen, kritisch gegenüber. Stimmt das? Braucht es beim prognostizierten Wachstum keinen grösseren Schulraum? Die Fraktion FDP wird die Entwicklung im Auge behalten und genau hinschauen, wie sich die Prognosen bewahrheiten. Die Zukunft wird es uns zeigen.

Palit Orun: Die Aufgaben- und Finanzplanung ist ein wichtiges Thema, welches wir endlich auch im Einwohnerrat als Diskussionsgrundlage auf dem Tisch haben. Eigentlich hat alles mit der Sanierung des Tägis angefangen. Ich bin seit fünf Jahren im Einwohnerrat und habe zu meiner Anfangszeit im Rat das erste Mal von den langfristigen Auswirkungen unserer Investitionen gehört. Der Gemeinderat hat seinerzeit bekräftigt, dass die grossen Schul- und Turnhallenprojekte neben der Sanierung des Tägis ohne Steuerfusserhöhung durchgeführt werden können. Waren das nur leere Wahlkampfworte? Ich finde, das war ein einschneidender Punkt in den Finanzen der Gemeinde Wettingen. Dass das Postulat der CVP "Mission EINE Generation!" 5 % zur Reduktion der Schuldenlast als Vorwand genommen wird, um die Steuern zu erhöhen, ist sehr scheinheilig. Das heisst eigentlich, dass der Gemeinderat zu jener Zeit kein Interesse hatte, die Schulden in einer vernünftigen Zeit abzubauen. Da ist es nicht verwunderlich, dass wir nie eine 10-Jahres-Planung zu Gesicht bekommen haben. Die Transparenz war nicht gross geschrieben. Ich möchte heute von den betroffenen Gemeinderäten Philippe Rey, Markus Maibach

und Roland Kuster wissen, warum ihr die Aussage, dass die Tägi-Sanierung ohne Steuererhöhung möglich ist, mittragen konntet? Ist der Abbau der Schulden nie zu Sprache gekommen? Wurde eine Steuererhöhung nie diskutiert? Ich möchte heute von allen eine Antwort erhalten. Diejenigen, die die grossen Investitionen und die langfristigen Auswirkungen genauer analysiert haben, konnten schnell feststellen, dass ohne Sparwille die Steuern zwischen 5 und 10 % erhöht werden müssen. Ich werde erklären, warum 5 % Steuererhöhung für den Schuldenabbau nicht genügt. Ich habe schon x-fach in meinen Voten auf dieses Thema hingewiesen.

Die Fraktion GLP findet im Finanzplan die deutliche Handschrift von Vizeammann Markus Maibach. Die Transparenz wurde erhöht, das befinden wir als positiv. Die langfristigen Auswirkungen und Szenarien werden endlich aufgezeigt. Es sind aber auch viele linke Elemente enthalten, was sehr erstaunt, denn der Gemeinderat hat mit zwei FDP- und zwei CVP-Vertretern eine bürgerliche Mehrheit. Wenn die Parteilandschaft auf nationaler Ebene betrachtet wird, sind das genau diese Parteien, die eher sparen und verzichten und sich im Allgemeinen für tiefe Steuern einsetzen. In Wettingen scheint das nicht der Fall zu sein, denn im Finanzplan steht, dass die Steuern erhöht werden müssen. Die eher linken Elemente sind die Lohnerhöhung und die jährliche Erhöhung des Personalaufwands um 1 %. Für ein oder zwei Jahre würde ich das als gut befinden, aber ein Teuerungsausgleich für die nächsten zehn Jahre befürworte ich nicht. Erhöhungen des Sach- und übrigen Betriebsaufwands erscheinen mir auch bedenklich. Die Aufwände steigen konstant in den nächsten zehn Jahren. Extrem optimistische Steuerertragswachstumsprognosen von durchschnittlich 1,5 % werden bis in das Jahr 2027 gerechnet.

Die Fraktion GLP will vier Punkte zum Finanzplan anbringen:

1. Falls der Einwohnerrat in Zukunft über eine Steuererhöhung entscheidet, will die Fraktion GLP dafür sorgen, dass diese ausschliesslich für den Schuldenabbau verwendet wird und nicht irgendwelche Löcher gestopft werden.
2. Im Finanzplan ist keine wirtschaftliche Rezession eingeplant. Ich als Ökonom nehme eine grosse Wahrscheinlichkeit an, dass in den nächsten vier Jahren eine Rezession auf uns zukommen wird. Die Zinsen steigen bereits weltweit, in Europa und in der Schweiz wird das im nächsten Jahr der Fall sein. In den USA sind sie bereits über 2 % gestiegen, werden dieses Jahr nochmals um 1/4 % erhöht und das nächste Jahr erneut drei- bis viermal steigen. Der Ölpreis ist auf einem hohen Niveau. Ein weltweiter Handelsstreit sowie Einführungen von Tarifen sind alles Elemente, die die Wahrscheinlichkeit der Abkühlung der Wirtschaft erhöhen. Wir sind der Meinung, dass die 5 % Steuererhöhung für den Schuldenabbau nicht genügen, falls eine Rezession in den nächsten Jahren eintreten wird. Diese müssten um 10 % erhöht werden.
3. Wurden im Finanzplan die wichtigen Trends in der Altersvorsorge, in der Pflegefinanzierung und in der Sozialhilfe ausreichend berücksichtigt? Nach unserer Analyse stellen wir fest, dass die Sanierungen der neu erstellen Gebäude auch wieder eingerechnet werden müssten. Wurde das berücksichtigt oder kommt im Jahr 2042 alles wieder auf den Tisch?
4. Wie sind die anderen grossen Projekte enthalten? Ich spreche von der Limmattalbahn. Da kommen grosse Kosten auf uns zu.

Die Fraktion GLP nimmt den Aufgaben- und Finanzplan 2019-2022 und die verschiedenen Finanzszenarien zur Kenntnis mit der grossen Kritik, dass kein Rezessionsszenario eingebaut ist. Denn im pessimistischen Fall wird mit Steuerertragswachstumsraten von 1 bis 1,75 % gerechnet, was immer noch viel zu optimistisch ist.

Burger Alain: Die Fraktion SP/WettiGrünen bedankt sich beim Leiter Finanzen, Martin Frey, seinem Team der Finanzverwaltung und beim Gemeinderat für die vorliegende Aufgaben- und Finanzplanung. Es wurde bereits erwähnt, dass es sich um ein Planungsinstrument des Gemeinderats handelt und der Einwohnerrat nur darüber informiert wird. Aber genau diese Informationen schätzen wir und hoffen, dass der Gemeinderat auch in ganz vielen anderen Bereichen mehr und besser kommuniziert als in der Vergangenheit.

"Yes, we can" ist ein Wortlaut von Präsident Obama und auch unsere Fraktion hat in den letzten Jahren bei jeder Steuerfussdebatte wie auch heute "Yes, we can" mitgeteilt und eine Erhöhung auf der Einnahmenseite gefordert. Wettingen - das wird im Finanzplan einmal mehr klar - hat ein gewaltiges Schuldenproblem. Steuererhöhungen sind bekanntlich unpopulär. Wer zahlt gerne Steuern? Ein Abbau von Leistungen ist aber genauso unpopulär, wie auch der nächsten Generation einen grossen Berg an Schulden zu überlassen.

"No, we cannot do this" heisst es bislang von der bürgerlichen Seite. Steuererhöhung nein, zuerst muss der Sparwille spürbar sein. Solange die halbe Nacht durch noch alle Strassenlaternen brennen und das Tägi-Abonnement nach der Sanierung subventioniert wird, ist die Frage nach dem Sparwillen vielleicht berechtigt. Doch wenn man den Schuldenberg betrachtet, geht es nicht mehr ums Sparen.

Ohne Steuererhöhung würde es einen massiven Leistungsabbau brauchen, z. B. in der Bildung oder bei den Vereinen. Dumm ist, dass weder der Gemeinderat noch der Einwohnerrat für diesen Leistungsabbau Verantwortung übernehmen will. Es werden einzelne Leistungen ausgelagert und Prozesse optimiert, doch verzichtet wird nicht im grossen Stil, nein, der Einwohnerrat hat heute sogar das Budget erhöht. Sparen hat für mich eine andere Bedeutung. Für den Budgetausgleich ohne Landverkäufe und andere Sondereffekte braucht es schlussendlich trotz LOVA-Massnahme eine Steuererhöhung von 3 %.

Von "Yes we can" spricht heute auch der Gemeinderat das erste Mal. "Yes we can" Steuerfusserhöhung. "Yes we can" aber nicht heute und morgen. "Yes we can" ab 2021 den Steuerfuss um weitere 5 % anheben. Und wenn man den Fraktionsbericht liest, hört man auch vom Einwohnerrat das erste Mal ein leises "Yes, maybe, we can vielleicht später"...

"Yes, we can" - Unsere Fraktion SP/WettiGrünen sieht keinen Grund, um mit einem Schuldenabbau zuzuwarten und wir fordern keine weiteren Missionen in einer sternklaren Zukunft. Wir fordern Taten statt Worte, mehr Mut statt abzuwarten in der Frage unseres Gemeinderats und mehr finanzpolitischer Realismus statt die immer wiederkehrenden LOVA-Träumereien hier im Einwohnerrat. Denn für uns ist klar: Die Steuerfusserhöhung wird kommen, je früher desto besser.

Wir bleiben bei Obama: "Yes, we can und now we have to!"

Wir nehmen den Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis.

Benz Thomas: Alain, wir könnten jedes Jahr eine ähnliche Diskussion führen. Das ist das Schöne, man muss nicht viel vorbereiten und kann sich dementsprechend anpassen, weil man ja weiss, was diskutiert wird.

Wir möchten uns ganz herzlich beim Gemeinderat für das Vorliegende bedanken. Das ist nicht selbstverständlich. Endlich liegt die Ehrlichkeit und Transparenz, die wir brauchen und Vertrauen für die Zukunft schafft, vor. Wir haben vor über drei Jahren den Vorstoss "Mission EINE Generation!" eingereicht. Mit der Mission ist der Schuldenabbau im Zeitraum einer Generation gemeint. Mit grossem Interesse haben wir die mittel- und langfristige Planung zur Kenntnis genommen. Nach dem ersten Schritt der Eingabe unseres Postulats, wurde der zweite Schritt des Gemeinderats erfüllt. Das ist ein langer politischer Prozess, das ist uns klar. Jetzt liegt der Ball wieder bei uns, dem Einwohnerrat, und gemäss den Worten und Zahlen sollten wir auch die Taten folgen lassen. Heute ist uns das nicht gelungen. Da verstehe ich Orun Palit nicht, dass du dich über zu wenig sparen ärgern kannst. Schlussendlich hat der Einwohnerrat heute ein erstes Mal das Budget erhöht. Vielleicht sollten wir uns als Einwohnerräte bemühen, dass wir den Worten auch die Taten folgen lassen. Wir haben keine zusätzlichen Pflichtleistungen integriert, sondern uns im freiwilligen Bereich - ob sinnvoll oder nicht - bewegt. Immerhin hat der Gemeinderat seine Arbeit gemacht. Der Einwohnerrat hat der Erhöhung zugestimmt. Wir hoffen, dass Anliegen seitens des Einwohnerrats besser durchdacht werden. Es gibt überspitzt betrachtet parteipolitisch zwei Extreme: Diejenigen, die den Steuerfuss anheben wollen und diejenigen, die nur sparen wollen. Als Mitte-Partei sehen wir uns als Partei in der Mitte. Wir wollen sowohl als auch.... Wir wollen sparen, verschliessen uns aber auch nicht gegen eine Steuerfusserhöhung, die zweckgebunden für den Schuldenabbau verwendet wird und sind überzeugt, dass wir eher beim "Yes, we can" liegen, als "maybe, we can vielleicht irgendwann". In naher Zukunft werden wir für die Steuerfusserhöhung und den Schuldenabbau stimmen. Wir werden die Kennzahlen gespannt weiterverfolgen und sind überzeugt, dass jeder in diesem Rat auf seine Art und Weise finanzpolitisch das Beste für die Gemeinde Wettingen erreichen will. Für uns liegt der Schlüssel zum Erfolg im 'Sowohl als auch', möglichst in der goldenen Mitte. Das brauchen wir. Wir hoffen, dass wir auch in Zukunft unseren Beitrag leisten können.

Huser Michaela: Ich beginne nicht mit "make Wettingen great again". Auch wenn es gar nicht unpassend wäre, möchte ich diesen Vergleich doch nicht machen.

Am 18. Dezember 2014 hat die Fraktion SVP den Vorstoss Schulden- und Ausgabenbremse eingereicht - vor vier Jahren, weil es damals schon absehbar war, was nun eingetroffen ist:

- Die Nettoschuld pro Einwohner 2014 = Fr. 1'452.68 / Budget 2019 = Fr. 5'746.00 (das Tägi ist noch nicht einmal dabei!) mal vier!
- Der Steuerfuss wurde seit 2014 zweimal erhöht (1 x 2015 3 %, 1 x Steuerfussabtausch 2018 3 %) Total 6 %. Die nächste Steuererhöhung steht schon an.
- Durch die Erhöhung der Gebühren generiert Wettingen jährlich rund Fr. 250'000.00 Mehreinnahmen ohne Dienstleistungserweiterung.
- Der Stellenplan war heute Abend bereits mehrmals das Diskussionsthema. Vielen Dank Christian Wassmer für seine Ausführungen im letzten Traktandum. In den letzten fünf Jahren wurden rund 650 % neue Stellen geschaffen. Dies wird in der Statistik gar nicht richtig erkennbar, da 1500 Stellenprozente resp. 15 Stellen in das Tägi und 200 Stellenprozente vom Werkhof ausgegliedert wurden.

Mit unserem Vorstoss vor vier Jahren wollten wir entgegenwirken. Die SVP hatte die Zeichen erkannt, wir mussten Mike Shiva dafür nicht konsultieren. Dass wir unsere Finanzen mit allen Projekten, die anstehen, an die Wand fahren, wenn wir keine drastischen Massnahmen ergreifen, war uns bewusst. Der Zeitpunkt für die Einführung resp. alleine schon für die Diskussion, ob man eine Schulden- und Ausgabenbremse einführen möchte, war vor vier Jahren richtig. Dass der Gemeinderat diesen Vorstoss erst vier Jahre später behandelt, kommt einem Affront gleich: Man muss nicht Brandmelder installieren, wenn das Haus bereits abgebrannt ist. Diese Szenarien und die langfristige

Finanzplanung hätten wir gerne vor 3 1/2 Jahren vom Gemeinderat präsentiert erhalten. Heute lässt sich nicht mehr viel daran ändern. Warum der Gemeinderat so lange damit gewartet hat, eine transparente Finanzplanung aufzuzeigen, erschliesst sich uns nicht und muss hier nicht mehr diskutiert werden. Das Szenario ohne Steuerfusserhöhung ist schon gar nicht mehr denkbar, dessen Konsequenzen werden gar nicht aufgezeigt. Es ist ernüchternd in diesem Bericht zu lesen, dass die hohe Schuldenlast mittelfristig wieder auf ein vernünftiges Niveau abgebaut werden soll und die Weichen dafür frühzeitig gestellt werden müssen. Geschätzer Gemeinderat, dafür ist es schon zu spät. Enttäuschenderweise wird dann als entsprechende Massnahme eine Erhöhung des Steuerfusses um 5 %-Punkte ab 2021 genannt. Somit können wir uns auch hier nur wiederholen und auf die Verzichtsdiskussion hinweisen, welche nun endlich geführt werden sollte.

Reinert Marie Louise: Auch die Fraktion EVP/Forum 5430 möchte sich für die sorgfältige und ausgewogene Arbeit bedanken.

Notter Daniel: Orun Palit hat klare Worte gewählt. Ich stimme ihm in vielen Punkten zu. Wer sich nicht mehr an die Versprechungen erinnern kann, die im Zusammenhang mit der Sanierung Tägeri gemacht wurden, kann sich bei mir melden. Ich habe die Interviews und Zeitungsartikel gesammelt. Der Vizeammann Markus Maibach hat heute das gegenseitige Vertrauen erwähnt. Auch hier stimme ich zu aber zum Vertrauen gehört auch Offenheit, Sachlichkeit und Wahrheit. Ich habe Mühe mit den Behauptungen, dass die Gemeinde Wettingen die Personalkosten über die letzten fünf Jahre im Griff hatte. Tatsache ist, dass wir 1500 Stellenprozente in das Tägeri ausgelagert haben, welche wir mit Mehrstellen in den Sozialen Diensten und anderen Abteilungen wieder kompensiert haben. Wenn alles zusammengezählt wird, sind das 1,1 Mio. Franken Mehrkosten, die man in den letzten Jahren generiert hat. Sparen hat nicht nur heute Abend nicht stattgefunden, sondern auch in den letzten Jahren nicht.

Maibach Markus, Vizeammann: Ich möchte zur fortgeschrittenen Stunde nicht alles wiederholen, was ich bereits gesagt habe. Ich danke für die gute Aufnahme. Vielleicht wurde ein bisschen viel Zeit in Anspruch genommen, aber wir haben die Hausaufgaben gemacht. Ich möchte Orun Palit mit einem Zitat aus der Aargauer Zeitung aus dem Jahr 2012 Folgendes mitteilen: "Der Gemeinderat hat immer gesagt, dass eine Steuererhöhung von 5 bis 9 % allein aufgrund des Tägeris nötig sei." Das haben wir immer schon gewusst und kommuniziert. Wir haben zwischendurch tatsächlich beweisen müssen, wo wir sparen können. Die heutige Sitzung hat aufgezeigt, was noch drin liegt. Ich glaube, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Das Instrument Finanzplan haben wir immer öfters hervorgeholt und im Detail analysiert. Wir haben den Auftrag, fünf Jahre aufzuzeigen und wir haben zehn Jahre aufgezeigt. Es ist ganz wichtig, dieses Instrument auf diese Weise anzuwenden und ich hoffe, dass die Weiterführung auch im Sinne des Einwohnerrats ist. Das operative Ergebnis ohne Sondereffekte auszugleichen, war die Phase 1. Das Diskutierte möchte ich nicht wiederholen. Der Schuldenabbau wird als Phase 2 bezeichnet. Bei dieser Weichenstellung sind wir angelangt. Es ist wichtig, dass wir stufenweise prüfen, wo die Reise mit unseren Ein- und Ausgaben hingeht. Lieber Orun Palit, auch ich bin ein Ökonom und habe keine Lust, jetzt eine Zinsdiskussion zu führen. Wir können die Zinsentwicklung nicht voraussehen. Deshalb müssen wir laufend überprüfen, wo wir stehen und dass die richtigen Entscheidungen getroffen werden. Was wir wissen ist, dass die Schulden steigen und wenn wir diese abbauen wollen, ohne Superideen wie Verzichtspläne, dies über eine Steuerfusserhöhung abwickeln müssen. Das zeigt der Finanzplan auf. Wir haben die Steuerfusserhöhung für das Jahr 2021 eingesetzt. Wenn die Finanzkommission mitteilt, dass die Steuerfusserhöhung im nächsten Jahr zu prüfen sei, ist das sicherlich ein Steilpass für den Gemeinderat. Ich möchte mich an dieser Stelle bei der Finanzkommission für die Zusammenarbeit und Diskussion zum Thema Finanzplan bedanken.

Wir müssen die Rechnung 2018 analysieren und die richtigen Entscheide fällen. Der Finanzplan zeigt aber, dass wir den Schuldenabbau einleiten können, wofür es nicht zu spät ist. Wir setzen momentan ein Steuerprozent für den Kapitaldienst ein. Das sind eine halbe Million Franken. Wir werden 1 Mio. Franken einsetzen, wenn die Zinsen steigen. Um das zu verhindern, müssen wir die Schulden abbauen. Die langfristigen Anlagen haben wir mit niedrigen Zinsen getätigt und wir versuchen, diese Zinslage langfristig auszunützen. Die Schulden dürfen nicht steigen und auf der Höhe bleiben. Aber die Schulden dürfen steigen und wieder kleiner werden. Wichtig ist, dass wir das einleiten, zusammenarbeiten und Vertrauen haben. Ich habe das Diagramm auf Seite 18 der Beilage zum Finanzplan zitiert. Das Diagramm zeigt klar, dass der Personal- und der Sachaufwand konstant geblieben sind. Wenn wir das Tägi auslagern, sinkt der Personalaufwand und der Sachaufwand steigt. Gesamthaft haben wir jedoch gespart. Schlussendlich ist es wichtig, dass wir den Konsens haben, dass wir am Punkt angelangt sind, wo wir die Diskussion über den Schuldenabbau führen müssen und eine Steuererhöhung thematisieren müssen. Der Zeitplan ist bereitgelegt und der Steilpass der Finanzkommission aufgenommen.

Palit Orun: Vielen Dank, Markus Maibach, für deine Ausführungen. Ich möchte zu meinem Einwand doch noch von Ökonom zu Ökonom eine Antwort hören. Die Rezession der nächsten zehn Jahre wurde nicht in den Finanzplan aufgenommen. Warum? Von Philippe Rey und Roland Kuster möchte ich auch noch wissen, warum ihr die Aussage, dass die Tägi-Sanierung ohne Steuererhöhung möglich ist, mittragen konntet. Damit könnte die Vergangenheitsbewältigung abgeschlossen werden.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Lieber Orun, ich bin erstaunt. Der Gemeinderat, der vorne steht und das Ressort kommentiert, wird von unserem Team delegiert. Vizeammann Markus Maibach hat klar und deutlich die Vergangenheit geschildert. Das ist die Haltung des Gemeinderats und hat nichts mit Einzelpersonen im Gemeinderat zu tun. Ich verwahre mich klar und deutlich. Ich betone nochmals, dass mit der Abstimmungsvorlage zum ersten Projekt an das Volk mitgeteilt wurde, dass mit den bevorstehenden Schulbauten und der Sanierung des Tägis der Steuerfuss um 6 % steigen würde. Das wurde ebenfalls im Einwohnerrat so behandelt. Das beinhaltet nicht nur das Tägi, sondern die gesamten Investitionskosten für die Bildung resp. Schulen. Wir haben in den letzten Jahren Investitionen von ca. 80 Mio. Franken für Schulbauten getätigt. Man war immer der Meinung, dass diese aufgrund von Veränderungen im Schulsystem vorgezogen werden müssen. Nachfolgend wurde mit der Tägi-Sanierung begonnen. In dieser Zeit wird die Steuerfusserhöhung von 6 % in Anspruch genommen. Das war die Sichtweise von früher. Im Tägi haben wir nach wie vor die gleiche Planung und das habe ich schon mehrmals erklärt in diesem Raum. Wir wiesen 1,4 Mio. Franken Aufwand ohne die Berücksichtigung von Abschreibungen von Fr. 700'000.00 bis 800'000.00 aus. In der langfristigen Nutzen-, Kosten- und Risikenbewertung haben wir Ihnen und dem Volk erklärt, dass der Beitrag künftig ca. 2.0 bis 2.4 Mio. Franken sein wird. Nach den Erklärungen von Markus Maibach gibt es keine weiteren Ergänzungen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Der Aufgaben- und Finanzplan 2018-2022 wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Postulat Fraktion SVP vom 18. Dezember 2014 betreffend Schulden- und Ausgabenbremse für eine sternenklare Zukunft der Gemeinde Wettingen wird abgeschrieben.
3. Das Postulat Fraktion CVP vom 24. Juni 2015 betreffend "Mission EINE Generation!" wird abgeschrieben.

4 **Kreditabrechnung von Fr. 174'353.50 (inkl. MwSt.) für die Durchführung der Leistungsorientierten Verwaltungsanalyse (LOVA 2) (2018-1376)**

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Auf Ausführungen zum inhaltlichen Umsetzungsstand der Leistungsorientierten Verwaltungsanalyse 2 (LOVA 2) wird aufgrund der in der Ausgangslage aufgeführten und bereits erfolgten Prüfungen verzichtet. Ich verweise auf die Seite 5 im Erläuterungsbericht zum Budget 2019, auf welcher die Berücksichtigung der Auswirkungen aus der Umsetzung der LOVA-Massnahmen aufgeführt ist. Uns interessierte, ob der Kredit ein Kosten-Nutzen-Verhältnis zeigt.

Es wurden verwaltungsintern 967 Stunden bis zum Projektabschluss aufgewendet. Mit dem verwaltungsintern eingesetzten Aufwandsatz von Fr. 75.00 pro Stunde ergeben sich interne Kosten von Fr. 72'525.00. Somit belaufen sich die finanziellen Aufwendungen auf Fr. 246'878.50, resp. rund Fr. 250'000.00. Auf eine weitere interne Aufwanderfassung nach Projektabschluss wurde aus Effizienzgründen verzichtet. Wenn dem die Ergebnisverbesserungen im Jahr 2017, 2018 und 2019 gegenübergestellt werden, resultiert eine Verbesserung von 1,3 Mio. Franken. Insofern können wir bei der LOVA von einem Pay-back sprechen und ich bin überzeugt, dass es richtig war, diese Analyse in Auftrag zu geben.

Zudem wurde im Bereich der Sozialen Dienste mit dem Gutachten der Firma socialdesign eine fundierte Analyse zur Weiterentwicklung des Ausgabenbereichs bereitgestellt. Wir wissen über die Folgen Bescheid. Sie hat schonungslos den Zustand aufgezeigt. Auch dieser Teil wurde über den LOVA-Kredit bezahlt. Die verwaltungsinterne Umsetzung ist nach wie vor in Arbeit.

Die Finanzkommission geht davon aus, dass sich zusätzlich zum 'direkten' finanziellen Kosten-Nutzen-Verhältnis auch ein 'indirektes' Kosten-/Nutzenverhältnis für die Gemeinde Wettingen eingestellt hat. Es ist davon auszugehen, dass der mit dem Budgetjahr 2018 etablierte Paradigmawechsel in der finanziellen Führung (top-down/bottom-up-Ansatz) die Denkweise sowohl des Gemeinderats als auch der Verwaltung nachhaltig verändert hat. Wir sind gespannt auf die Rechnung 2018, die wir im Frühling überprüfen werden.

Das eigentliche Projekt LOVA 2 wurde gemäss Abschlussbericht vom 19. September 2016 umgesetzt und in den Tagesbetrieb der Gemeindeverwaltung überführt. Die stehende Projektorganisation wurde zwischenzeitlich aufgelöst, de Facto durch das Multi-Project-Management-Board (MPM-Board) ersetzt und der Führungsrhythmus des Gemeinderats ergänzt und darin etabliert. Das waren sehr zentrale Themen in dieser LOVA. Man hat die Schrauben neu eingestellt.

Der Gemeinderat beabsichtigt mit dem Jahresbericht 2018 ein letztes Mal einen eigentlichen LOVA-Massnahmenbericht zu erstellen. Der Begriff LOVA 2 wird dann nicht mehr Verwendung finden, sondern es wird von der Verwaltungsführung gesprochen.

Die Finanzkommission erwartet in diesem letzten Bericht klare Aussagen zum Stand der Einführung des IKS. Wie weit ist die Einführung vorangekommen? Gemäss Protokoll der früheren Budgetprüfungssitzung erwartet die Finanzkommission zudem "... vom Gemeinderat eine Stellungnahme über den Verzicht auf freiwillige Leistungen im Sinne eines Vorschlags gegenüber der Finanzkommission bzw. dem Einwohnerrat". Auch dieser Teil gehört in den Schlussbericht, damit eine klare Haltung erkennbar ist. Die Finanzkommission wird weiterhin die vorgesehenen, pendenten 17 Massnahmen begleiten und begutachten. Sie hofft, dass die Massnahmen erzielt werden. Sie wird auch weiterhin im Rahmen von Kreditanträgen und Budgetprüfungen diese Erwartung aufrecht halten.

Gesamthaft sind wir der Auffassung, dass ein Kosten-Nutzen-Verhältnis nachgewiesen wurde, was gegen die Meinung von einigen Stimmen im Rat, die LOVA koste uns mehr als sie uns bringt, resultiert.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, die Kreditabrechnung von Fr. 174'353.50 (inkl. MwSt) für die Durchführung einer leistungsorientierten Verwaltungsanalyse 2 (LOVA 2) zu genehmigen.

Abstimmungsverhältnis: 7 Ja- : 0 Nein-Stimmen, bei 0 Enthaltungen.

Fricke Martin: Zum "Yes we can" von Obama: Obama hat die Schulden von 10 Billionen US-Dollar auf 20 Billionen erhöht, soviel noch zu diesem Thema als Ergänzung.

Wir von der Fraktion SVP stimmen der Kreditabrechnung zu, möchten aber noch einige Bemerkungen festhalten. Die LOVA 2 hat insgesamt 72 Massnahmen beinhaltet. Davon wurden ca. 12 Massnahmen umgesetzt, primär Mehreinnahmen durch Gebührenerhöhungen. Das Potenzial, das die LOVA anfänglich aufzeigte, liegt bei 7 Mio. Franken. Ich zitiere aus dem Abschlussbericht der LOVA 2, Seite 36: "Lassen sich die vorgesehenen Massnahmen im Jahr 2018 konsequent umsetzen, dann darf im Jahr 2019 mit einer Erfolgsverbesserung von insgesamt 3'350'000 Franken gegenüber dem Budget 2016 gerechnet werden." Im Budget 2019 ist aufgrund der LOVA 2 eine Ergebnisverbesserung von Fr. 615'893.00 aufgeführt. Das ist im Erläuterungsbericht des Budgets 2019 auf Seite 5 erläutert. 3,35 Mio. Franken wurden versprochen, Fr. 615'893.00 sind umgesetzt. Das ergibt eine Differenz von ca. 2,734 Mio. Franken. Eine versprochene Erfolgsverbesserung wurde nicht umgesetzt. Die Differenz ergibt 5 Steuerprozent, was der Zahl der geforderten Steuerfusserhöhung entspricht. Gewisse Fraktionen attestieren dem Gemeinderat grossen Sparwillen, was mir aufgrund dieser Nichtumsetzung schleierhaft ist. Die Schuldenuhr tickt. Es ist höchste Zeit, dass der Gemeinderat seine Führungsfunktion wahrnimmt und eine transparente Verzichtsplanung aufzeigt. Was können wir uns in Zukunft noch leisten und was nicht? Unsere Fraktion würde vom Gemeinderat gerne wissen, wann er sich mit den restlichen ca. 60 Massnahmen auseinandersetzt und seine diesbezüglichen Planungen mit uns teilt. Ich bin überzeugt, dass das andere Fraktionen auch wissen möchten.

Maibach Markus, Vizeammann: Es geht darum nachzuweisen, was wir mit diesem Kreditvolumen gemacht haben. Der Finanzkommissionspräsident hat das aufgezeigt. Ich möchte noch erwähnen, dass wir die Kreditlimite nicht ausgeschöpft haben.

Es bietet sich eine gute Gelegenheit, um in die Zukunft zu blicken. Martin Fricker, du hast wahrscheinlich die letztjährige Budgetsitzung und die Finanzkommissionssitzung nicht mitbekommen, an der wir die Zahlenspiele in aller Länge diskutiert haben. Eine Ausleageordnung von Massnahmen und Einsparpotenzialen stand uns von einem Experten zur Verfügung. Wir haben Prioritäten gesetzt, da wir aus Kostengründen nicht alles umsetzen können. Eine Begleitung der Umsetzung hätte uns nochmals viel gekostet. Darauf haben wir bewusst verzichtet und die stufenweise Umsetzung selber in die Hand genommen. Dieser Prozess ist nicht abgeschlossen. Bei der Schätzung handelt es sich um eine Potenzialschätzung, damit die eingesetzten 2 Mio. Franken Erfolgsverbesserung für die nächsten zwei bis drei Jahre realistisch sind. Das heisst nicht, dass wir anschliessend nicht mehr sparen. Es ist wichtig zu erwähnen, wie die LOVA 2 weitergezogen wird. LOVA heisst Analyse und bedeutet die erste Phase. Diese ist nun abgeschlossen. Die Umsetzungsphase MPM-Board, in der der Gemeinderat strategisch wichtige Projekte mit finanziellen Effekten quartalsweise sichtet und kontrolliert, ist voll im Gang. Das ist der grosse Wert und ein kontinuierlicher Prozess, den wir aufgegriffen haben. Ich habe dem

Finanzkommissionspräsident angekündigt, dass wir den Begriff LOVA 2 im nächsten Rechenschaftsbericht das letzte Mal verwenden und als MPM-Board umbenennen. Dann hat der Einwohnerrat das Recht zu wissen, um welche strategischen Projekte sich der Gemeinderat kümmert und welches die zu erwartenden Resultate sind. Es gibt ganz verschiedene Ebenen. Ich nehme das Beispiel 'Strukturreform'. Ob das am Schluss finanzielle Auswirkungen hat oder nicht, ist offen. Aber es ist ein strategisch wichtiges Projekt, welches wir aus der Analyse behandeln müssen.

Ich bin froh um die Voten, damit wir die ersten Kapitel abschliessen und in den ordentlichen Prozess schreiten können. Die LOVA 2 ist ein laufender Prozess. Machen wir das Richtige? Machen wir das Richtige richtig? Diese beiden Fragen haben wir uns bei allen Prozessen gestellt. Der Input kommt einerseits aus dem Einwohnerrat, wenn er mehrheitsfähige Vorschläge zur Verzichtsplanung hat. Der Gemeinderat und die Verwaltungsangestellten bringen andererseits selber auch gute Ideen. Das wollen wir zusammenführen und laufend weitertreiben.

Burger Alain: In Zukunft wünsche ich mir Klarstellungen. In der Vorlage Tägi für den Einwohnerrat steht: "Aufgrund der heutigen Planungsergebnisse ist künftig allein aufgrund der Tägi-Sanierung keine weitere Steuerfusserhöhung notwendig." Das muss nicht heute Abend diskutiert werden, aber das steht jetzt irgendwie im Raum und es ist für die Zukunft und das Verhältnis des Einwohnerrats zum Gemeinderat nicht befriedigend. Ich wäre sehr dankbar, wenn geklärt werden könnte, wer zu jener Zeit welche Aussagen gemacht hat. Ich möchte keinen umfassenden Bericht fordern, bin aber mit dem Momentzustand nicht zufrieden.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Kreditabrechnung von Fr. 174'353.50 (inkl. MwSt.) für die Durchführung einer leistungsorientierten Verwaltungsanalyse 2 (LOVA 2) wird genehmigt.

5 Kreditabrechnung von Fr. 43'800.00 (inkl. MwSt.) für "little Wettige" an der Badenfahrt 2017 (2017-1254)

Lamprecht Kristin: Zum zweiten Mal befindet der Einwohnerrat über die Kreditabrechnung des Kredits des Beitrags der Gemeinde am Spektakel "little Wettige" an der Badenfahrt. Wenn man den Traktandenbericht anschaut, könnte man auf den ersten Blick denken, dass alles beim Alten geblieben ist. Die Summen sind die gleichen, das ist richtig. Das Entscheidende war die Forderung der Finanzkommission, dass die Kreditüberschreitung deutlich ausgewiesen werden sollte. Das ist nun geschehen. Unregelmässigkeiten kann man bemängeln. Eine Kreditüberschreitung ist eine Realität, die vorkommen kann. Da kann man nichts dagegen unternehmen. Dass die ganze Sache irgendwie un schön ist, liegt wohl bereits an der Vorlage. Darüber haben wir bereits diskutiert. Das Wichtigste, was man aus der ganzen Geschichte mitnehmen kann, ist ein Zitat aus der Rede des Gemeindeammanns: "Wir müssen für die Zukunft lernen und werden in ähnlichen Situationen unmissverständliche Anträge stellen." In Zukunft darf der Einwohnerrat keine Vorlagen mit Deutungs- und Auslegungsspielraum mehr durchgehen lassen, sondern konsequent zurückweisen. Wir haben Fr. 13'800.00 Lehrgeld gezahlt, was nicht unerheblich, aber vertretbar ist. Das darf uns in Zukunft aber nicht mehr passieren.

Die Finanzkommission empfiehlt, die Kreditabrechnung mit einem Abstimmungsverhältnis von 5 Ja- : 1 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung zu genehmigen.

Scheier Ruth: Die vorliegende Kreditabrechnung beinhaltet keine neuen Informationen. Es handelt sich um dieselbe Vorlage. Laut Gemeinderat und Bericht der Finanzkommission sind neu doch ein bisschen mehr Informationen eingeflossen. Ich konnte sie aber nicht herauslesen.

Die Fraktion GLP wird die Kreditabrechnung erneut ablehnen. Es bleibt uns nichts anderes übrig. Für den Auftritt von "little Wettige" an der Badenfahrt 2017 wurden Fr. 30'000.00 als ordentlicher Beitrag gesprochen. Die Verwendung wurde deklariert (Festpässe, Eintritte usw.). Zusätzlich wurden Fr. 25'000.00 als namentlich 'Risikogarantie für die Bauten des Gastroteils' reserviert. Die Badenfahrt ist vorbei und "little Wettige" hatte grossen Erfolg. Verschiedenen Berichten konnte ein Mehrerfolg entnommen werden. Somit resultieren Mehreinnahmen und mehr Gewinn als budgetiert. Das ist ein erfreuliches Ergebnis. Die Fraktion GLP möchte sich für diesen tollen Auftritt bedanken. Trotzdem ist es für uns nicht nachvollziehbar, warum man nach dem Grosse Erfolg einen Teil der Risikogarantie beanspruchen will. Es geht uns nicht darum, den Erfolg zu schmälern oder die tolle Arbeit abzuwerten, sondern um den glaubwürdigen Umgang mit den Gemeindefinzen. In der vorliegenden Kreditabrechnung wird ausgewiesen, dass das Budget bei der Vorpremiere, den Festpässen und Vereinsbeiträgen überschritten wurde. Genau dafür wurden die Fr. 30'000.00 gesprochen. Dieser Betrag durfte verwendet werden. Eine Kreditüberschreitung lässt sich nicht wirklich rechtfertigen. Es ist lobenswert, dass vom Veranstalter grosszügig mehr Festpässe, mehr Eintritte und mehr Vereinsbeiträge quasi als Erfolgsprämie gesponsert wurden. Das liegt aber offenbar im Ermessen der Veranstalter und demnach auch in dessen Rechnung, oder man hätte den Kreditantrag von Anfang an anders formulieren müssen. Es ist unzulässig, dafür die Risikogarantie zu verwenden. Dafür müsste in der Abrechnung mindestens ein Hinweis auf ein Defizit oder die Verwendung der Wörter 'unerwartete Mehrkosten in den Bauten des Gastroteils' ersichtlich sein. So wurde die Risikogarantie budgetiert. Wenn wir dieser Kreditabrechnung zustimmen, machen wir uns ziemlich unglaubwürdig und setzen ein merkwürdiges Zeichen. Wollen wir damit Tür und Tor für Willkür in der Abrechnung und Verwendung von Krediten öffnen?

Die Fraktion GLP lehnt folglich die Kreditabrechnung erneut ab und bittet den Gemeinderat um eine überarbeitete Abrechnung mit dem Nachweis eines Defizits bzw. der Verwendung für unerwartete Mehrkosten im Bereich Bauten Gastroteil, oder die offenbar zu Unrecht bereits ausbezahlten Gelder zurückzufordern.

Gähler Judith: Ich äussere mich kürzer aber sehr ähnlich zur Kreditabrechnung.

Die Fraktion FDP bedankt sich für die vorliegende Abrechnung, die genau so wenig aussagekräftig ist wie die letzte. Leider hat es der Gemeinderat in unseren Augen verpasst, die Chance zu nützen und uns eine transparente Abrechnung mit nachvollziehbaren Begründungen vorzulegen. Jedes weitere Wort dazu erübrigt sich.

Notter Daniel: Die Ausgangslage hat sich seit der letzten Kreditabrechnung nicht verändert, weshalb sich unsere Haltung auch nicht verändert. Wir bleiben uns selber treu und werden auch dieser Kreditabrechnung nicht zustimmen. Jeder, der einen Blick in die Erfolgsrechnung geworfen hat, weiss, dass die Einnahmen und der Gewinn höher als budgetiert ausgewiesen sind. Die Aussage, dass die Fr. 13'800.00 keinen Einfluss auf den Erfolg gehabt hätten, kann ich nicht nachvollziehen. Wir befinden es als fragwürdig, dass Steuergelder verwendet werden, um einem Verein zu mehr Gewinn zu verhelfen. Deshalb ist nach unserer Meinung ein Ja zu dieser Kreditabrechnung ein falsches Signal gegenüber allen Vereinen, die ohne Steuergelder gute Arbeit leisten.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Der Gemeinderat hat sich mit den Voten und dem Rückweisungsantrag nochmals auseinandergesetzt. Der Rückweisungsantrag beinhaltet nicht die Rückforderung des Geldes, sondern, dass die Fr. 13'800.00 nicht zu Lasten der Risikogarantie, was wir dazumal eigentlich angenommen haben, fallen. Das haben wir nicht gemacht. Dass die Fr. 30'000.00 als beantragten Verpflichtungskredit genutzt werden, das war der Auftrag an den Gemeinderat aus der letzten Einwohnerratssitzung. Es ist offensichtlich und klar, dass dieser nicht zur Finanzierung eines einzelnen Vereins diene, sondern dass zusätzlich entstandene Ausgaben zu Gunsten anderer Unterstützungen ausbezahlt werden mussten und nicht als Anreicherung und vor allem nicht als Äufnung eines Gewinns eines einzelnen Vereins verwendet wurden. Das ist und bleibt nach wie vor Tatsache und muss so zur Kenntnis genommen werden. Der Gemeinderat hat eine Lehre daraus gezogen, spart die Fr. 13'800.00 im laufenden Budget und gibt diesen Betrag an anderen Orten aufgrund einer Verzichtplanung nicht aus. Somit ist der Kredit mit Fr. 30'000.00 und nicht mit Fr. 43'800.00 belastet. Das ist die essentielle Änderung und wird auf der Seite zwei des Traktandenberichts wie folgt erklärt: "Die Mehrkosten von Fr. 13'800.00 werden zulasten der laufenden Rechnung kompensiert." So lautete die Willensäußerung des Einwohnerrats, die sehr genau aufgrund der Protokolläußerungen analysiert wurde. Das wurde auch gegenüber der Finanzkommission entsprechend erörtert und ich bin sehr froh, dass die Finanzkommission diesem Argumentarium folgen kann. Ich bitte Sie, die Kreditabrechnung entsprechend zu genehmigen. Ich muss Ihnen mitteilen, dass wir, wenn sie nochmals abgelehnt wird, die Hintergründe und den Betrag nicht ändern können, und dass nicht mehr der Gemeinderat, sondern eine andere Stelle für die Weiterbearbeitung zuständig sein wird.

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Ich nehme an, dass die andere Stelle der Regierungsrat sein wird.

Hiller Yvonne: Ich äussere mich nur ganz kurz zu buchhalterischen Belangen. Wir gehen davon aus, dass ein ordentlicher Gewinn gemacht wurde und wir sprechen von einer Defizitgarantie. Wo ein Gewinn vorhanden ist, gibt es kein Defizit zu decken, auch nicht durch andere vorhandenen Gelder.

Abstimmung

Beschluss des Einwohnerrats

Die Kreditabrechnung von Fr. 43'800.00 (inkl. MwSt.) für "little Wettige" an der Badenfahrt 2017 wird mit 14 Ja- : 21 Nein-Stimmen, bei 8 Enthaltungen, abgelehnt.

6 Motion Meier Obertüfer Jürg, Wettigrünen, und Wolf Thomas, SVP, vom 19. Oktober 2017 betreffend Monitoring der finanziellen Auswirkungen infolge Erhöhung Stellenprozente bei den Sozialen Diensten; Überweisung (2017-1042)

Wolf Thomas: Vielen Dank für die Entgegennahme der Motion. Die Ausgangslage mit dem Auftrag ist in der Motion klar formuliert. Darum gehe ich nicht weiter darauf ein. Wir sind gespannt auf die Resultate.

Die Motion wird stillschweigend überwiesen.

7 Postulat Schmidmeister Lea, SP, vom 13. Dezember 2012 für eine Bestandesaufnahme der lokalen ausserschulischen Bildungsangebote; Überweisung (2012-1653)

Schmidmeister Lea: Ich freue mich, dass der Gemeinderat mein Postulat endlich entgegennimmt. Enttäuscht habe ich zur Kenntnis genommen, dass das Postulat nie richtig gelesen wurde. Mittels Telefonanruf wurde mir mitgeteilt, dass man davon ausgegangen ist, dass ein riesiger Aufwand damit verbunden sei. Aber nachdem man das Postulat durchgelesen habe, sei dem nicht so. Die geforderte Bestandesaufnahme und Publikation der Angebote dauert hoffentlich nicht so lange wie das Lesen des Postulats.

Benz Thomas: Zu dieser späten Stunde und nach sechs Jahren langen Wartens bis zur Aufnahme im Einwohnerrat stelle ich einen Antrag. Die Internet-Links auf der Vorlage funktionieren nach sechs Jahren nicht mehr.

Mittlerweile sind über 200 Vereinseinträge, viele kulturelle Angebote usw. auf der Homepage der Gemeinde Wettingen ersichtlich. Vereine und weitere Institutionen können über verschiedene Internetkanäle mit Werbung profitieren. Wir sind der Auffassung, dass keine weiteren Ressourcen, weder personell noch finanziell, dafür eingesetzt werden sollen. Selbstverständlich darf der Gemeinderat resp. die Verwaltung im Rahmen der alltäglichen Arbeiten Aspekte aus diesem Postulat aufnehmen und punktuell die Homepage ergänzen oder in einem Schulspiegel ein spannendes Thema aufnehmen.

Die Fraktion CVP stellt den Antrag auf Ablehnung aufgrund der vorerwähnten Auffassung. Gemäss unseren Informationen wird irgendwann ein Antrag mit den Möglichkeiten und Kosten an den Einwohnerrat gelangen.

Schmidmeister Lea: Es wurde mir mitgeteilt, dass ausserschulische Bildungsangebote mittels neuer Homepage aufgeschaltet werden. Sie wäre dann besser strukturiert und es wäre eruierbar, in welches Bildungsangebot ein Kind angemeldet werden kann. Es würde aufgezeigt, welche altersgerechten Angebote für Kinder vorhanden sind. Es steckt ein kleiner Aufwand dahinter, so dass das Postulat nicht abgelehnt werden muss.

Scherer Sylvia: Wir von der Fraktion SVP unterstützen Lea Schmidmeister und ihr Postulat.

Abstimmung

Beschluss des Einwohnerrats

Das Postulat Schmidmeister Lea, SP, vom 13. Dezember 2012 für eine Bestandesaufnahme der lokalen ausserschulischen Bildungsangebote wird mit 28 Ja- : 12 Nein-Stimmen, bei 3 Enthaltungen, überwiesen.

8 Interpellation SP/WettiGrünen vom 16. März 2017 betreffend Zustand und Zukunft der Asylunterkünfte in Wettingen; Beantwortung (2017 – 0339)

Schmidmeister Lea: Der Zustand der vier Container in der Unteren Geisswies aus dem Jahr 1981 ist gemäss Gemeinderat zufriedenstellend. Wir von der Fraktion SP/WettiGrünen sind froh, dass der Gemeinderat einen Augenschein genommen hat. Gewisse Reparaturen wurden bereits vorgenommen. Trotz Dämmung und einer kuriosen Zeitschaltuhr für die Brandverhinderung befinden wir den Zustand der Container als desolat und wünschen eine neue Unterbringung. Bei dieser Interpellation wie auch beim vorgängigen Postulat nehmen wir erstaunt zur Kenntnis, dass die Vorstösse nicht richtig gelesen werden. So wurde ausdrücklich nach dem Zustand von allen Asylunterkünften/-wohnungen der Gemeinde Wettingen gefragt. Die Fraktion SP/WettiGrünen ist mit der Antwort nicht zufrieden und wird heute einen neuen Vorstoss einreichen.

Schluss der Sitzung: 00.15 Uhr

Wettingen, 18. Oktober 2018

Für das Protokoll:

Namens des Einwohnerrates

Einwohnerratspräsident

Hansjörg Huser

Gemeindeschreiberin

Barbara Wiedmer